Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 7 (1978)

Heft: 12

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 7. Jahrgang Nr. 12 20. Dezember 1978
Kiosk Fr. 1.80

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion:
Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Hänni (Bern) Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter

Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Wird die Schweiz zur Migros-Genossenschaft? *Seite 3*

Niklaus Meienberg über eine **Fabrikbesichtigung** *Seite 3*

Gespräch über die umstrittene Nawu-Wirtschaftsstudie **«Ideen haben Macht . . .»** *Seite 4*

«das konzept» dokumentiert den **Repressionskongress in Zürich** *Seite 5*

Analyse von Régis Debray **Die freie Welt braucht ihre Sklaven** *Seite 7*

Strahlenkinder am Atomforschungszentrum in Genf? *Seite 9*

Zensur in Berner Frauengefängnis **Dicke Post für Hindelbank** *Seite 12*

Möchten Sie unseren Bundesrat Kurt Furgler (EPD) einmal so photographiert sehen, so wie ein Klaus?

Dann hätten Sie halt am 3. Dezember Ja stimmen sollen.

Doch?

Frohe Festtage «das konzept»

Sergio Mantovani im Gespräch mit «das konzept»

Palästiner – plötzlich Feinde

Der Schweizer Sergio Mantovani, ehemaliger «Tagesschau»-Journalist, wurde am 9. April dieses Jahres zusammen mit einer Gruppe von Palästinern verhaftet. Die ägyptische Geheimpolizei konstruierte einen Terrorkomplott-Verdacht, der selbst in der Schweiz weiterverbreitet wurde: Die ägyptische Regierung brauchte im Zusammenhang mit den schleppenden Verhandlungen um einen Separatfrieden dringend einen Beweis für die ägyptenfeindliche Tätigkeit propalästinischer Kreise. Bestärkung für ihren Terrorverdacht gegenüber Mantovani, der mit einem Stipendium der ägyptischen Regierung in Kairo Arabistik studierte, erhoffte sich die Polizei durch ihr zugespielte schweizerische Polizeidossiers. Mantovani wurde in der Zitadelle von Kairo durch systematische Folter zu Aussagen gezwungen.

«das konzept»: Auf welche Weise hast du dich in Ägypten politisch betätigt?

Sergio Mantovani: Ich habe mit den dort erlaubten palästinischen Organisationen wie PLO, Fatah Kontakt aufgenommen. Für sie habe ich dann etwa Übersetzungen von Zeitungsartikeln gemacht und an den Aktivitäten der palä-

Mit Sergio Mantovani sprachen Fredi Hänni und Ruedi Küng von «das konzept»

stinischen Studenten, an Versammlungen und Diskussionen teilgenommen. Als Ausländer hatte man vor dem November 1977 relativ einfachen Zugang zu den Palästiner-Organisationen, die sich in der Öffentlichkeit selber vorstellen. Hingegen können die linken bis revolutionären ägyptischen Organisationen nur im Untergrund arbeiten.

Warum hat man gerade dich verhaftet?

Sofort nachdem Sadat erklärt hatte, er gehe nach Jerusalem, setzte eine massive Repressionswelle gegen die Palästiner ein. Die palästinischen Organisationen wurden noch am gleichen Tag verboten, ein Radiosender geschlossen, und Hunderte von Palästinern wurden abgeschoben – ziemlich wahllos.

Du warst als Terrorismusverdächtiger im Gefängnis. Wie waren die Haftbedingungen im Vergleich zu den Bedingungen in der BRD oder der Schweiz?

Die Repression läuft viel eher auf der physischen Ebene, Gewalt und allenfalls Einschüchterung. Ein Land wie Ägypten ist nicht imstande, eine Isolationshaft aufzuziehen, wie sie hier praktiziert

«Stammheim ist schlimmer»

wird. Das ist organisatorisch gar nicht möglich, angefangen damit, dass das Licht gar nicht 24 Stunden brennt.

Es ist schwierig, Vergleiche anzustellen. Man wird verunmenschlicht, fast zum Tier gemacht. Aber es ist nicht eine Isolationshaft, wo man innerlich zerstört wird. Zusammenfassend kann man sagen: Lieber ein paar Monate in einem ägyptischen Gefängnis als zehn Tage in Stammheim. Man kommt weniger geschädigt zum Gefängnis hinaus als in Stammheim, wo man technologisch, elektronisch isoliert wird. Man wird nicht mit einer Präzisionsmaschine konfrontiert, die man nicht angreifen kann. Man sieht den Gegner vor sich.

Die Idee zum terroristischen Komplott, das um deine Person konstruiert wurde, ist doch importiert . . .

. . . das ist westliches Strandgut. Genauso wie sie die europäische Werbung auf die lächerlichste Weise nachmachen, haben sie die Terrorhysterie imitiert. Da hatte einer bei der ägyptischen Polizei

«Terrorhysterie imitiert»

eine Idee: In Italien war gerade Moro entführt worden, also verhafteten sie mit den Palästinern einige Ausländer mit italienischem Namen und erfanden ein Komplott zur Ermordung von arabischen Politikern. Wegen der Stellung der europäischen Massenmedien zum Terror glaubt die Polizei in Ägypten, jeder ausländische Student mit etwas langen Haaren und politischen Interessen könne sofort glaubhaft zum Terroristen gemacht werden.

Nach diesem Präventivschlag – man wusste, dass sich die Palästiner gegen die «Friedensinitiative» wandten – hat man die ganze Sache umfunktioniert: In einer grossen Pressekampagne wurde behauptet, die Gegner der neuen Sadat-Politik seien samt und sonders Ausländer, die Ägypter stünden voll und ganz hinter Sadat. Palästiner galten in dieser Kampagne nicht mehr als Araber, sondern als Ausländer. Und als solche wurden sie diskriminiert. Es wurde behauptet, die Palästiner hätten 1948 ihr Land verkauft, mit dem Geld in Ägypten dann praktisch alles aufgekauft und lebten in Saus und Braus, während es dem ägyptischen Volk, gerade weil es für die Sache der Palästiner gekämpft habe, so mies gehe.

Hat es denn in Ägypten tatsächlich viel reiche Palästiner? Sind Ressentiments vorhanden, die es nur zu schüren galt?

Ressentiments sind nur insofern vorhanden, als die Ägypter sagen: Wir wollen keinen Krieg mehr, wir sind für den Frieden. Das kann aber nur durch Provokationen aufbrechen, etwa in gesteuerten Zusammenstössen oder Schlägereien Mitte November 1977. Es wurde damals herumgeritten auf dem Widerspruch zwischen scheinbar ausbeuterischen Palästinern einer Minorität, die auf Kosten der einheimischen Mehrheit Privilegien wahrnimmt, und den ägyptischen Massen von Armen.

Aber ist denn die Situation in der Realität so?

Nein, nein, überhaupt nicht. Klar gibt es ein paar reiche Palästiner. Die Palästiner sind nicht nur ein Volk von darbenden Flüchtlingen. Ein Grossteil ist zwar in den Lagern von Libanon, Syrien und Jordanien, zum Teil auch noch am Westufer oder aber lebt in den verschiedenen asiatischen Ländern, und dann gibt es auch Profiteure innerhalb des palästinischen Volkes. In der palästinischen Grossbourgeoisie hat es solche, die Riesenprofite gemacht haben. In Ägypten hat es jedoch nicht viele reiche Palästiner; die sitzen in Saudi-Arabien und am Golf und lindern ihr schlechtes Gewissen durch Geldbeiträge an die PLO.

Gibt es so etwas wie Fremdenhass – etwa vergleichbar mit den schon vorhandenen Ressentiments gegen Fremdarbeiter in der Schweiz?

Es gibt im Volk keine rassistische Strömung, vom Gefälle Unter-/Oberägypten mal abgesehen. So etwas muss gesteuert werden. Die Verfolgung der Palästiner kam eindeutig von der Regierung aus. Es ist möglich, dass ein Teil der ägyptischen Bourgeoisie infolge der Propaganda jetzt auch glaubt, Ägypten habe vier Kriege

«Profiteure auch unter den Palästinern»

nur für die Palästiner geführt. Hingegen gibt es zur Zeit eine virulente Anti-Saudi-Stimmung, gegen die Saudiaraber, die in Kairo ihren Reichtum mit blitzblanken Amerikanerwagen, die sie nach einem Monat zum Älteisen werfen, zur Schau stellen. Wichtig ist aber: Das ägyptische Volk ist nicht nachtragend. Das könnte von heute auf morgen ändern. Ausserdem: man darf sich nicht vorstellen, dass die Ägypter über die Möglichkeiten verfügen, sich zu informieren. Das Informationsniveau der Leute ist nicht mit unserem zu vergleichen. Mit gezielten Pressekampagnen lässt sich leicht eine momentane Stimmung provozieren.

In der Schweiz ist man im allgemeinen über den Nahen Osten sehr schlecht, oder zumindest einseitig informiert. Ein Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten sieht auf den ersten Blick gar nicht so schlecht aus. Was nützt ein solcher Frieden, und wem nützt er?

Sadat ist zu einem gewissen Zeitpunkt nicht viel anderes übriggeblieben, als nach Jerusalem zu gehen. Er hatte die Wahl: entweder die Politik, die er jetzt eingeschlagen hat, oder eine Revolution, was er aber nicht will. In der wirtschaftlichen Situation und wegen seiner Parteinahme für die kapitalistische Welt bleibt ihm nichts anderes übrig. Das Land ist total verschuldet und wird zum Teil vom

«Währungsfonds diktiert»

Internationalen Währungsfonds verwaltet, der gewisse Verhaltensregeln diktiert, ob Sadat will oder nicht. Er versucht ein Bürgertum zu schaffen, auf das er sich dann stützen kann. Die Konzessionen an die Bourgeoisie, diese totale freie Marktwirtschaft – im anarchischen Sinn total frei –, die noch nirgends funktioniert hat, ausser man gestehe ein, dass Korruption ein wesentliches Element der Wirtschaft ist, haben Sadat abhängig gemacht von den Amerikanern. Seit 1973 haben sich rund 5000 Ägypter einen Millionenreichtum zugelegt – während die Massen bei einer jährlichen Inflation von 25 bis 35 Prozent real verarmen. Sadat nützt das alles vor allem aus einem innenpolitischen Grund. Nach den Aufständen im Januar 1977 in allen ägyptischen Städten hat er eine neue Politik, jene der «deferred gratification», der Belohnung in der Zukunft, gewählt. Er baute einen Mythos: Wenn Frieden,

Fortsetzung auf Seite 2

Mantovani und Bacchetta: «Haft verlängert»

Das stand in den Dossiers

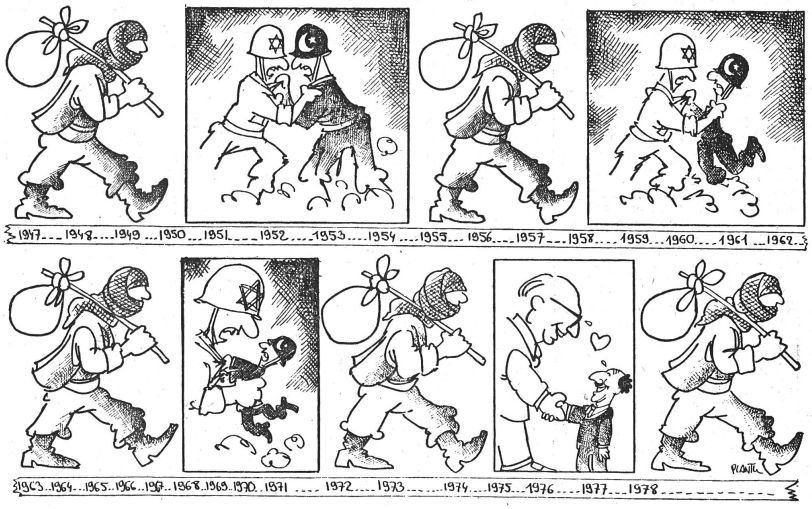
dk **Die Schweizer Behörden behaupteten wiederholt, sie hätten alles Erdenkliche zur Freilassung der in Kairo inhaftierten Schweizer, Sergio Mantovani sowie des Ehepaars Gianni und Doris Bacchetta, unternommen. In Tat und Wahrheit lieferte die Schweizer Polizei dem ägyptischen Geheimdienst – auf welchem Weg immer – Dossiers über die in Kairo einsitzenden Schweizer. Hier die – von Mantovani und Bacchetta in einem Gespräch mit dem «konzept» geschilderten – Fakten, welche von Zürcher und Bundespolizeistellen beharrlich geleugnet werden.**

«Am 23. Mai 1978», so Bacchetta, «haben sie mich nach vier Wochen Verhörpause zu Ahmed Abdelal gebracht, der sich als Chef der Untersuchung vorstellte. Er versprach, mich freizulassen wenn ich ihnen helfen würde, mit Informationen über Sergio. Ich sagte, dass ich über Sergio längst alles ausgesagt hätte. Abdelal erklärte, sie wüssten, dass ich in der Schweiz Mitglied der Rote Hilfe sei. Ich sagte, dass dies nicht stimme und ich nicht mal genau wisse, was die Rote Hilfe ist – seit drei Jahren war ich ja zur Hauptsache nicht mehr in der Schweiz. Darauf meinte er: ‹Entweder Sie lügen, oder die Schweizer Polizei lügt. Wir haben Unterlagen aus der Schweiz erhalten!› Er sagte sogar, er sei in Zürich gewesen. ‹Unter anderem›, so fuhr er weiter, ‹sammelt doch die Rote Hilfe Geld für streikende Arbeiter. Und sie haben für streikende Arbeiter Geld gesammelt.› Da ist mir ein Licht aufgegangen. Im Jahr 1971 hatte ich mit der Polizei zu tun, weil ich nach einer Geldsammlung für streikende Arbeiter im Zürcher Shopville von der Polizei verhört worden war. Die Untersuchung war bereits nach *einem* Verhör eingestellt worden. Diese Information kann nur von der Zürcher Polizei weitergegeben worden sein. Weder Sergio noch meine Frau wussten davon. Und auch im Cincera-Archiv war ich nicht verzeichnet. Die zweite Information, welche die Polizei über mich besitzt, betrifft einen Vorfall aus dem Jahr 1974 an einer Zürcher Demonstration. Ich war als Pressefotograf dort und wurde von einem Zivildedektiv angefallen, der mir die Kamera aus der Hand schlug. Ich habe im letzten Moment noch abgedrückt (das Bild des zuschlagenden Polizisten erschien in der Presse und erregte einiges Aufsehen, dk.). Die Zürcher Polizei hat wohl fälschlicherweise daraus geschlossen, dass ich damals für die Rote Hilfe, die ein Buch über Zivildetektive herausgegeben hatte, arbeitete. Ich hatte damals Klage gegen Unbekannt eingereicht. Diese beiden einzigen Informationen, welche die Zürcher Polizei über mich hat, gelangten in die Hände der ägyptischen Geheimpolizei. Die haben dann diese beiden Dinge vermengt. Die Zürcher waren einem falschen Hasen aufgesessen, und die Ägypter haben ihn dann weitergegeben. Ausserdem gab es die Rote Hilfe 1971 noch gar nicht, soviel ich weiss.»

Mantovani: «Mir hat man Ende Mai gesagt, ägyptische Polizeibeamte seien in der Schweiz gewesen, man hat mich mit Fragen über die Rote Hilfe konfrontiert, man hat mir gesagt, sie besässen eine Liste mit -zig Namen, und man hat mir Namen genannt, die ich aber nicht gekannt habe. Ich war schliesslich drei Jahre weg.»

Die Dossiers aus der Schweiz wirkten sich haftverlängernd aus, wie die beiden Zurückgekehrten übereinstimmend betonen. Ihr grosses Glück sei gewesen, dass die ägyptische Justiz ein für die arabische Welt aussergewöhnlich hohes Ansehen mit entsprechendem Selbstverständnis besitze. Die Justizbehörden glaubten die schon oft konstruierten Komplott-Theorien nicht mehr ohne weiteres. So habe die Justiz – trotz mangelhafter Gewaltenteilung – rasch gesehen, dass die Anschuldigungen von Geheimpolizei und Innenministerium juristisch unhaltbar seien. Oberstaatsanwalt Kaljubi habe die Untersuchung schon nach drei Wochen einstellen wollen, sei aber nachher kaltgestellt worden.

Wie die Dossiers nach Kairo gelangt sind – auf offiziellem Weg (über die Interpol, beispielweise) oder auf Schleichwegen –, ist unerheblich. Das erst nach sechs Tagen erfolgte Polizei-Dementi ist nur schwer zu durchbrechen. Aber es leckt irgendwo. Wollte die Schweizer Polizei etwa den «heissen Tip» zur Aufdeckung eines angeblichen Terroristen-Ringes geben? Eingedenk der allgemein herrschenden Terrorhysterie im Frühling dieses Jahres ist vieles möglich und manches wahrscheinlich.



Was will die Linke im Kanton Jura?

In der Oktobernummer des «konzepts» hat Beat Schneider (POCH-Bern) die Linke im Kanton Jura charakterisiert. Wir veröffentlichen die Stellungnahmen der Linksgruppen zusammen mit einem Gespräch mit Jean Moritz, einem Exponenten der Béliers.

«das konzept»: Die Wahlen (Parlament, Regierung) haben im Jura eine bürgerliche Mehrheit ergeben. Trotzdem sind bei den eidgenössischen Abstimmungen die jurassischen Stimmbürger den Parolen der Gewerkschaften und Linksparteien gefolgt. Wie erklärst du dir dieses Phänomen?

Jean Moritz: Das hat seine historischen Gründe. Zunächst sind die Linksparteien, vor allem die kleinen Gruppen wie *RML* oder *«Combat Socialiste»* kaum im jurassischen Volk verankert. In der Hauptsache sind es die *Sozialdemokraten (PS)* und *unabhängigen Christlich-Sozialen (PCSI)*, welche wählermässig ins Gewicht fallen. Die traditionellen Linksparteien (PS, PCSI und die kommunistische Arbeiterpartei, POP) werden aber von der jurassischen Befreiungsbewegung, die im *«Rassemblement jurassien» (RJ)* und bei den *Béliers* (Jugendorganisation des RJ) ihre organisierte Form findet, überlagert. Die Bewegung selbst kann nicht als «rechts» oder «links» eingestuft werden; sie ist sicher in dem Sinne «progressiv» als sie die jurassische Politik mit dem kämpferischen Geist der Befreiung dynamisiert.

Fortschrittlich ist die Bewegung eigentlich erst seit 1962, als bei der damaligen Volksabstimmung die Separatisten unterlegen sind und das RJ seine politische Strategie ändern musste.

Wie stark arbeiten die Linksparteien zusammen, gibt es ein gemeinsames Linksprogramm?

Eine strukturelle Zusammenarbeit unter den Linken gibt es nicht. Es gibt natürlich Kontakte auf informeller Ebene, besonders auf der Ebene des ideologischen Austausches. Es ist vor allem aber dem starken Einfluss des *RJ* und besonders den *Béliers* zu verdanken, dass fortschrittliche Positionen in die Verfassung aufgenommen wurden. Auch die Sensibilisierung des politischen Bewusstseins, was die internationale Solidarität mit den unterdrückten Völkern und die Kritik des Staatsapparates anbetrifft, ist ein Verdienst dieser beiden Organisationen.

Wie beurteilst du die Chancen einer Linkspolitik unter diesen Voraussetzungen?

Wenn die jurassische Linke ihren Einfluss geltend machen will, so muss sie sich auf ein gemeinsames Programm einigen. Die parlamentarischen Linksparteien POP, PS und PCSI müssen auf der strikten Durchsetzung der Verfassungsrechte beharren und die CVP auf einen fortschrittlichen Kurs fixieren, denn es ist das allgemeine Interesse der jurassischen Befreiungsbewegung, ihren Einfluss auf die südjurassische Jugend und die Arbeiter in der «besetzten Zone» (Südjura) nicht zu verlieren.

PCSI

Parti crétien socialiste indépendant

Die drei politischen Formationen, PCSI, PS und POP, jede für sich deutlich profiliert, haben sich während der Erarbeitung der jurassischen Verfassung im Rahmen des *Mouvement d'unité populaire (MUP)* und *des Mouvement populaire des familles, (MPF)* zu gemeinsamem Denken und Handeln zusammengeschlossen, unter Miteinbezug der Gewerkschaften. Diese Zusammenarbeit hat sich als sehr fruchtbar erwiesen. Sie ermöglichte es, die meisten Postulate der Linken in der Verfassung zu verankern, was gewiss nicht immer leicht geschah, sondern in vielen Fällen schwer abgerungen werden musste durch konsequenten Druck auf eine zögernd folgende CVP.

Was kann die Linke tun? Welche Möglichkeiten hat sie? Mathematisch gesprochen wird sie durch das Zentrum oder/und die Rechte dominiert, sowohl im Parlament als auch in der Regierung. Sie wird sich in einem anhaltenden Kampf um Konzessionen befinden und wird im Spiel der Parteien gewiss wichtige Punkte nach eigenen Optionen entscheiden können. Andererseits darf auf eine charakteristische Besonderheit der jurassischen Wählerschaft hingewiesen werden. Diese Wählerschaft gibt sich eine Mehrheit der Gewählten, die rechts oder im Zentrum stehen, aber sie stimmt nicht selten nach den Empfehlungen der Linksparteien, wenn es um Gesetze oder Sachfragen geht, hauptsächlich auf eidgenössischem Boden. Die letzten eidgenössischen Urnengänge geben davon Zeugnis und bilden einen positiven Punkt und wirken ermutigend. Die Linksparteien sind zu Zusammenarbeit gezwungen, aber eine zu grosse Angleichung würde ihnen zum Schaden gereichen.

Die Unabhängig-Christlichsoziale Partei des Jura ging im Jahr 1957 aus einer Trennung von der CVP hervor. Sie wird heute von vielen im Jura als linker als die Sozialisten bezeichnet. Sie kann nur wachsen auf Kosten der CVP, und die CVP weiss dies und macht aus ihr ihren direktesten Gegner. Es kommt gar vor, dass sich die CVP, freilich nur von Fall zu Fall, mit den Sozialisten verbindet, um die Christlichsoziale Partei zu schlagen, diesen unerwünschten Spielverderber. Zu ihrem 20. Gründungsjahr hat die Unabhängig-Christlichsoziale Partei ein Manifest veröffentlicht, das in klarer und einfacher Sprache ihr Programm bekanntgibt, ihre sozialen Forderungen mit christlicher Weltanschauung in Übereinstimmung bringt und als Fernziel die Selbstverwaltung anstrebt. Es gilt dabei, gewissen traditionellen Tendenzen ihre Wählerschaft Rechnung zu tragen, wie z. B. dem Misstrauen vor einem übermächtigen und allgegenwärtigen Staat, dem Willen zur Verteidigung, der Hochhaltung christlicher Werte und dem Willen, einen Staat zu errichten, der dem Prinzip der Solidarität Rechnung trägt.

Ein schwacher Punkt der Unabhängig-Christlichsozialen Partei des Jura, aber ein starker Punkt der Sozialistischen Partei ist die Isolation, in der sie sich befindet. Unabhängig-Christlichsoziale Parteien gibt es nur in den Kantonen Freiburg, Wallis und Luzern. Dazu handelt es sich durchweg um schwache Formationen. Ihr Erfolg im Jura könnte durchaus eine antreibende Wirkung auf ihre Gesinnungsfreunde in andern Kantonen ausüben, was die Unabhängig-Christlichsoziale Partei des Jura lebhaft wünscht. Die eingetretene Stärkung der Partei kann der jurassischen Linken im allgemeinen nur zum Wohle gereichen.

Adrien Schaffner
Präsident der PCSI

Partei der Arbeit

Parti ouvrier et populaire (POP)

Die nun dank dem erfolgreichen Kampf für die «Befreiung» in der jurassischen Verfassung verankerten weitreichenden und fortschrittlichen Richtlinien decken im weitesten Sinne die kurzfristigen Programmziele der Linken ab. Hier sind die Anerkennung des Kantons Jura als «demokratischer und sozialer Staat, auf Brüderlichkeit aufgebaut», die Berufung auf die Grundfreiheiten, wie die Freiheit des Denkens, des Ausdrucks und die Meinungsfreiheit; das Recht auf Arbeit; das Recht auf angemessene Entlöhnung; das Streikrecht; der Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter; das Gewähren der politischen Rechte an die ausländischen Arbeitnehmer; das Solidaritätsprinzip in der Finanzierung der sozialen Sicherheit; das Recht auf Wohnung und der Schutz der Mieter und der Pächter zu nennen.

Eine permanente Aufgabe der Linken wird nun die Umsetzung dieser Richtlinien in die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Wirklichkeit des neuen Kantons sein. Dies bedingt, dass, ausserhalb der notwendigen Präsenz im Parlament, diese Ziele in einer breiten Aktionsgemeinschaft mit den Volks- und Gewerkschaftsorganisationen verfolgt werden.

Die momentane bedrohliche Situation auf dem Arbeitsmarkt (vorab die Zunahme der Teilarbeitslosigkeit) ruft nach einer Mobilisation der Arbeitnehmer und des Volkes, die riskieren, für die strukturellen Schwächen der jurassischen Wirtschaft büssen zu müssen. Das heisst, dass die Abwanderung eines beachtlichen Teils der Produktionsmittel ins Ausland, die Ausbeutung der Grenzgänger und die Entlassungen bekämpft werden müssen. Der Kampf um die Verteidigung und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eng mit dem Kampf für eine Verbesserung der Rahmenstrukturen verbunden.

Trotz der *provisorischen* Teilung des Juras muss die Linke die Solidarität der Arbeiter auf beiden Seiten der «Demarkationslinie» wieder bestätigen.

Sie reiht sich damit in die Perspektive der breiten Volksbewegung gegen das Grosskapital ein, indem sie sich für echte und tiefe Veränderungen einsetzt.

Sekretariat der POP Jura

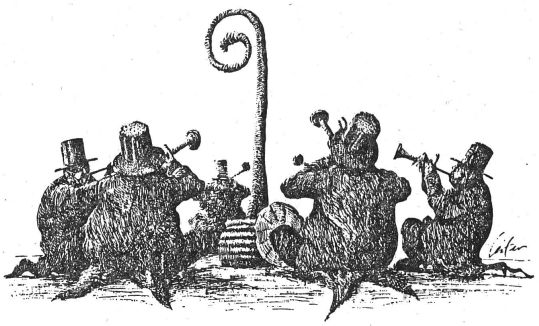
Revolutionäre Marxistische Liga

Ligue marxiste révolutionnaire

Kurz zur Erinnerung die Haltung der RML gegenüber der jurassischen separatistischen Bewegung. Wir haben das Recht auf Selbstbestimmung des jurassischen Volkes unterstützt, also auch sein Recht auf die Bildung eines eigenen Kantons. Gleichzeitig haben wir die jurassischen Arbeiter(innen) und Jugendlichen vor den vom Rassemblement jurassien (RJ) verbreiteten Illusionen über den neuen Kanton gewarnt. Die jurassische Verfassung stellt sich in den Rahmen des schweizerischen bürgerlichen Staates, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützt. Er schützt damit das Recht einer Minderheit von Kapitalisten, über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung zu entscheiden. Für die jurassischen Werktätigen heisst das, dass der neue Kanton in keiner Weise ihre Probleme lösen wird, die auch hier Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, hohe Arbeitszeit und Arbeitsrhythmen heissen. Die Uhrenkonzerne, die Banken, Von Roll haben das letzte Wort und nicht das jurassische Parlament. Im übrigen hatte die kleinbürgerliche Führung des RJ im separatistischen Kampf immer ein Ziel, nämlich im Rahmen der künftigen jurassischen Regierung den Honigkuchen zwischen den CVP- und SP-Bonzen aufzuteilen.

Im neuen Kanton wird die RML versuchen, die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse zu entwickeln, und ebenso Aktionen der Werktätigen auf gewerkschaftlicher wie politischer Ebene vorschlagen. Wir schlagen allen Arbeiterorganisationen eine Einheitspolitik vor, um unmittelbare Antworten auf die Krise zu geben, welche im Jura besonders hart zugeschlagen hat. Die RML wird weiterhin jede Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen ablehnen und sich weigern, den jurassischen Staat zu verwalten, wie dies die SP und die PdA tun. Wir werden versuchen, in der jurassischen Linken Diskussionen anzureissen, wie mit dem Kapitalismus gebrochen werden kann, wie Erfahrungen der Arbeiterkontrolle über die Arbeitsplätze, Löhne und Berufsausbildung stimuliert werden können.

Denis Schoeni
RML, Jura



Palästiner- plötzlich Feinde

Fortsetzung von Seite 1

dann wirtschaftlicher Aufschwung. Das Tragische daran ist, dass diese Rechnung sicher nicht aufgehen wird – aus aufzeigbaren Gründen. Die Gelder aus dem Ausland sind nur in ein kleines Gefäss geflossen, in ein Gefäss, das von Leuten kontrolliert wird, die auf Korruptionsebene einen selektiven Import geschaffen haben. Das heisst: Plötzlich hatte es in Kairo ein Warenangebot wie an der Zürcher Bahnhofstrasse. Das blieb aber innerhalb des kleinen Kreises von ohnehin schon Wohlhabenden. Der ganze Aufschwung passierte auf völlig spekulative Art, Produktivität gleich Null.

Wenn der Friedensvertrag nächstens unterschrieben wird, wird die Repression weitergehen?

Es ist ganz klar, dass diese Repression weitergehen wird. Nicht nur Palästiner werden verfolgt, auch Ägypter kommen dran. Von den linken Ägyptern behauptet man kurzerhand, sie seien aus dem Ausland bezahlt. Deren Stimmen sind dann einfach nicht ägyptisch. Wer nicht für den Separatfrieden ist, so hämmert die offizielle Propaganda ein, ist kein Ägypter. Nicht gouvernemental denkende Intellektuelle, vor allem Journalisten, werden kriminalisiert.

Kann man davon ausgehen, dass der Separatfrieden die Palästiner zu kurz kommen lässt? Werden die Palästiner von Sadat verraten?

Das hängt vom Standpunkt ab. Meiner Meinung nach ist ein Separatfrieden, der nichts weiter ist als ein Rückzugsabkommen, ein drittes auf dem Sinai, ein eindeutiger Verrat an der palästinischen Sache. Die militärische Unterstützung durch Ägypten, ein ganz wesentliches Element im antizionistischen Kampf, fällt weg. Durch den Wegfall der ägyptischen Armee haben die arabischen Staaten schon heute überhaupt keine Möglichkeiten mehr, sie sind politisch ausgeliefert. Wenn der Separatfrieden zustande kommt, muss Syriens Assad über kurz oder lang versuchen, sich innenpolitisch in Richtung eines syrisch-israelischen Separatfriedens durchzusetzen. Nur glaube ich heute noch nicht daran, dass der Frieden zwischen Israel und Ägypten zustande kommt – ausser Israel würde ganz wesentliche Konzessionen machen. Im grösseren Zusammenhang: Es wird versucht, in einem Moment der Krise des Kapitals in einer strategisch wichtigen Region den bewaffneten Kampf zurückzuschrauben, weil er nicht nur für Israel, sondern für die ganze Region gefährlich ist. Ein wesentlicher Faktor ist dabei der Iran. Wenn Persien als imperialistischer oder subimperialistischer Garant wegfällt, ändert sich für Sadat die Situation möglicherweise so, dass er sich fragt: Soll ich überhaupt mit Israel Frieden schliessen? Diese wichtige Frage wurde hier noch nirgends ausdiskutiert oder nur gestellt.

Kanonenfutter

dk. In Ägypten leben verhältnismässig wenige Palästiner, rund 40 000. Sie haben – wie auch in allen anderen Ländern mit Ausnahme von Jordanien, wo sie einen Pass erhalten – den Status von Flüchtlingen. Palästiner dürfen in Ägypten deshalb ohne nachweisbare Berufsbildung keinen Beruf ausüben. Das heisst konkret: Entweder gehen die Palästiner in die Armee oder sie beginnen, am Rand der ägyptischen Legalität allerlei Geschäfte abzuwickeln. In der ägyptischen Armee bilden die Palästiner gesonderte Einheiten, die in allen Nahostkriegen als Kanonenfutter an die vorderste Front geschickt wurden. Anderseits kann der Abdrängungsprozess in wirtschaftliche Randgebiete zu einer Ghetto-Situation führen, die im entscheidenden Moment für Hetzkampagnen missbraucht werden kann: «Die Situation der Palästiner ist absurd ähnlich jener der jüdischen Minoritäten in Europa, die auch durch restriktive Bestimmungen in geächtete Berufe abgedrängt wurden» (Mantovani).

«Wegen der Wirtschaftskrise Konflikt zurückschrauben»

echo

New American Movement

«Nach-Watergate» – was nun? Von Tobias Kästli, in Nr. 10/78

Als «ehemaliger US-Linker» (ich habe mehrere Jahre in Amerika gelebt und gearbeitet) fand ich es schade, dass die Autoren die nichtstudentische Linke in ihrem Report etwas zu kurz kommen liessen. Die US-Linke arbeitet durch die starke Mitarbeit und scharfe antirassistische Kritik/Selbstkritik von seiten der Schwarzen, Chicanos, Puertoricaner, Indianer u. a. *wesentlich weniger universitätsbeschränkt* als in der Schweiz oder der BRD. *Uli Clever, Freiburg i. Br.*

Dummheit

«Wollt Ihr die totale Polizei?» in Nr. 1/78

In alten «das konzept»-Nummern blätternd, finde ich im Januar 1978 folgenden Satz: «Ob allerdings das von linker Seite angekündigte Referendum sinnvoll ist, scheint mehr als fraglich.» Nehmt euch gefälligst bei der Nase – oder steht Ihr etwa noch zu dieser Dummheit?

B. S., Pohlern

Tun wir nicht. *Die Redaktion*

Nachahmenswert

Als Anerkennung für Ihren erfolgreichen Einsatz gegen den «Einsatz» einer Busipo.

P. J. M., Pratteln

(Mit der Überweisung von 80 Franken auf das Konto des «konzepts»)

Hugo Faas bespricht:

Aus der Schweizer Plattenküche

In der Schweizer Musikszene ist zurzeit schwer was los. Das lässt sich unter anderem auch an der regen Plattenproduktion ersehen. Aus dem grossen Angebot möchte ich diesmal drei herausgreifen, die – obwohl untereinander total verschieden – alle Dokumente der heutigen Musikszene sind und eine aufmerksame Hörerschaft verdienen.

Skibeeren: «Folk-Rockin'» (Image U-780-019)

Die *Skibbereen* haben mit ihrer zweiten LP noch an Profil gewonnen. Diese Zürcher Folk-Rock-Gruppe spielt wie aus einem Guss. An dieser sorgfältig produzierten LP gefällt mir besonders, wie sich die Solisten Roli Ambühl, Ruedi Hoppler und Erwin Bucher gegenseitig anspornen und sich zu fägigen und frechen Soli und Läufen antreiben. Die beiden Rhythmiker Gianni Gadient und Jürg Steger sorgen für den nötigen Kitt, der die Band zusammenhält. Einzig an vokaler Qualität haben die Skibbereen eingebüsst. Dieser Unterschied wird dadurch verdeutlicht, dass Ex-Skibi Kathrin Gurewitsch noch einen Song zu dieser LP beigesteuert hat. Ihr «Don't Pass Me By» ist dafür ganz grosse Klasse.

Amerindios: «Alejado de ti. . . pero contigo» (Voxpop 4014)

Ebenfalls ihre zweite LP in der Schweiz hat die chilenische Gruppe *Amerindios* herausgebracht. Diese Exil-Chilenen pflegen die traditionelle südamerikanische Folklore auf ihre eigene unkonventionelle Art. Neben den traditionellen Instrumenten wie Gitarre, Charanga, Quena usw. fügen sich auch Elektrobass und Orchestersätze nahtlos in die Musik der Amerindios ein. Über dieser Musik – noch verstärkt durch das politische Engagement in den Texten – hängt eine wehmütige, ergreifende Stimmung, die schwankt zwischen der Wut über das Geschehen im Nach-Allende-Chile und der Sehnsucht, in die Heimat zurückkehren zu können. Schade nur, dass Voxpop diesmal die Texte nicht auch ins Deutsche übersetzt hat.

Anton Bruhin/Stephan Wittwer: «Neun improvisierte Stücke 1974», Anton Bruhin : «Rotomotor» (Sunrise 078-1962)

Eine der markantesten Figuren der Zürcher Szene ist *Anton Bruhin*, Schriftsteller, Maler und Musiker in einer Person. Er ist verantwortlich für die ausgeflippteste LP-Produktion des zu Ende gehenden Jahres. Er hat sein Archiv geöffnet und Material der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, das er 1974 zusammen mit dem Free-Jazz-Gitarristen Stephan Wittwer eingespielt hat. Diese Aufnahmen belegen u. a. die wichtige Rolle, welche die Schweiz und A. Bruhin bei der Einführung der Schnurregyge in den Free Jazz gespielt haben. Die zweite Seite zeigt Anton Bruhin als Sprachgenerator in einem motorischen Idiotikon unter dem Titel «Rotomotor».

Berichtigung

Die Illustration zum VSS-Artikel «Nichthochschulkantone an die Kasse» in der Nummer 11/78 entnahmen wir der Wochenzeitung des Partito Socialista Autonomo, *«politica nuova»*.

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Mitarbeiter-Sitzung: **15. 12. 78**
Weinbergstrasse 31 12.00 Uhr
Redaktionsschl. **Nr. 1/79: 5. 1. 79**
Inserateschluss: **Nr. 1/79: 8. 1. 79**

Körnchenfresser und Politische – eine Schweizer Geschichte

WIR und die Migros

Von Tobias Kästli

Wird die Eidgenossenschaft zur Migros-Genossenschaft? Claude Beck jedenfalls bläst in seinem Buch «M – wer denn sonst?» Alarm. Der Schriftsteller Walther Kauer will nachdoppeln. Heute schon kann man – vorläufig erst im Kanton Bern – bargeldlos bei der Migros einkaufen. Migros-Geld! Die Geldscheine der Nationalbank werden wir fortwerfen können. Migros hat gesiegt, Migros ist eine Idee! – Gewachsen ist diese Idee in ächtem Schweizer Boden, in einer von der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre gepflügten Erde. Damals traf sich «Dutti» mit dem Jungbauernführer Müller . . .

Hans Müller, der Dokter, ist ein kleines Männchen; er ist heute 87jährig, bei bester körperlicher und geistiger Gesundheit. Einmal zur Zeit des Zweiten Weltkriegs, so erzählt er, sei er nach Beendigung der Nationalratssession mit *Gottlieb Duttweiler*, dem Migros-Gründer, die Bundeshaustreppe hinuntergeschritten. Dutti, der Hühne, habe zu ihm hinuntergeblickt und gesagt: «Dokter, wir zwei könnten dem Volk noch mehr helfen, wenn wir zusammenspannen würden.» Er habe hinaufgeschaut und gefragt: «Dutti, wie meinen Sie das?» – «Sie sorgen für die Produktion gesunder Nahrungsmittel», habe Dutti gesagt, «und ich sorge für den Vertrieb.» Das sei der Anfang der *«Biologischen Anbau- und Verwertungsgenossenschaft Heimat»* gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete Müller diese Genossenschaft, schloss Verträge mit Bauern im Grossen Moos (Seeland BE), durch welche sie verpflichtet waren, nach den Richtlinien des Biologen Dr. Hans Müller zu produzieren, wogegen Müller ihnen den Absatz garantierte, was ihm dank der Zusammenarbeit mit der Migros möglich war.

Kampf gegen die Geldsäcke

Müller war in der Mitte der dreissiger Jahre als Bauernpolitiker aus der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei hinausgeworfen worden; sein Mitmachen bei der Kriseninitiative (zusammen mit dem Gewerkschaftsbund) hatte ihm den Vorwurf eingetragen, er leiste dem Marxismus Vorschub. Im Nationalrat, im bernischen Grossen Rat und in andern Kantonsparlamenten entstanden dann jungbäuerliche Fraktionen, welche eine linksgerichtete Politik verfolgten. Müller war der oberste Jungbauernführer. Als Nationalrat machte er zahlreiche Vorstösse zur Abänderung des Bodenrechts: Landwirtschaftsboden sollte der Spekulation der Reichen entzogen werden. Er war nicht einverstanden mit der Politik der hohen Preise, wie sie vom Bauernsekretariat in Brugg aus betrieben wurde; denn sie trieb einen Keil zwischen Bauern und Arbeiterschaft. Die Bodenverschuldung müsse gemindert werden, meinte er; es gehe nicht an, dass die Bauern einen Grossteil ihres hart erarbeiteten Einkommens in Form von Zinsen an die grossen Geldsäcke abführen müssten.

Mit solchen Thesen machte er sich nicht überall beliebt. In der Nationalratsdebatte über die Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe im Jahr 1937 warf Nationalrat Reichlin (Vizepräsident des Bauernverbandes) seinem Kollegen Müller vor, er vertrete nationalsozialistisches Gedankengut. Später liessen die Sozialdemokraten, die in der Richtlinienbewegung* zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit Müller zusammengearbeitet hatten, diesen aus wahltaktischen Gründen fallen. Die Jungbauernbewegung war damit isoliert. Müller wurde jetzt bald als Bolschewik, bald als Nazi bezeichnet. Enttäuscht zog er sich aus der Politik zurück und gründete dann eben die Genossenschaft «Heimat». Müller betont, die heute noch existierende Genossenschaft von etwa 500 Bauern sei finanziell völlig unabhängig von der Migros. Faktisch ist sie natürlich abhängig – abhängig vom grössten Geldsack!

Körnchenfresser einst und jetzt

Müllers Genossenschaft hat noch andere Abnehmer als die Migros: Private Haushaltungen können sich wöchentlich Pakete mit biologischem Gemüse aus dem freiburgischen Galmiz zuschicken lassen. Kürzlich fragte ich einen Bekannten, ob er den einstigen Jungbauernführer Müller kenne. Er fragte, ob es der sei, welcher sich für den biologischen Landbau einsetze. Er kenne einige Leute, alte Linke, deren revolutionäres Bewusstsein sich heute darin erschöpfe, dass sie sich biologisches Gemüse von Müller ins Haus schicken liessen. Die Revolutionäre seien Körnchenfresser geworden, meinte er, was in der Ausdrucksweise nur insofern unsorgfältig war, als es sich um Gemüse handelte.

Revolutionäre, welche zu Körnchenfressern wurden, hat es auch früher schon gegeben. Der Anarchist Erich Mühsam hat dazu in seinem Büchlein «Ascona» einiges gesagt (und die Bewohner des Monte Verità mit Spott überhäuft). Auch in den dreissiger Jahren fehlten die Gesundheitsapostel nicht. Es gab solche, welche einen engen Zusammenhang sahen zwischen der Gesundung der krisengeschüttelten Wirtschaft und der Gesunderhaltung des eigenen Körpers.

Freie Wirtschaft, nackte Körper

Die meisten Opfer der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre hatten keine Ahnung von den Ursachen der Arbeitslosigkeit. Eine Ausnahme bildeten diejenigen, welche in eine Veranstaltung der Freiland-Freigeld-Bewegung gerieten. In allgemeinverständlichen Vorträgen wurde ihnen dort erklärt, die in den zwanziger Jahren gewaltig gewachsene Kapitalbildung habe auf die Zinsen gedrückt; jetzt streike das Kapital, das Geld werde in den Banken eingesperrt, um so einen höheren Zins zu erzwingen. Die Verminderung des umlaufenden Geldes sei die Ursache der Krise. Der Ausweg bestehe in der Schaffung eines neuen Geldes, welches nicht zurückbehalten werden könne, welches obligatorisch zirkuliere, auch wenn es keinen Zins mehr abwerfe . . .

Staat und Nationalbank waren nicht zu gewinnen für solche Ideen, welche als revolutionär und antikapitalistisch galten. Die Freiwirtschafter schritten zur Selbsthilfe: 1933 wurde eine Genossenschaft gegründet, der möglichst viele Gewerbetreibende und Geschäftsleute beitreten sollten, um im internen Waren- und Kreditverkehr nicht mehr das Geld der Nationalbank, sondern das eigene Freigeld zu verwenden.

Einer der Begründer dieses *Wirtschaftsrings* (WIR) war *Werner Zimmermann.* Dieser hatte ein Jahr vorher schon mitgeholfen, die Siedlung Schatzacker in Bassersdorf ins Leben zu rufen, um *«naturverbundenen Landbau, gesunde Lebensweise und Entschuldung des Bodens zu fördern.»* Die wirtschaftswissenschaftliche Fundierung seiner Gründertätigkeit hatte der damalige Lehrer Zimmermann bei *Silvio Gesell* gefunden. Gesells Hauptwerk aus dem Jahr 1916 trug den Titel *«Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld».*

Alles sollte *naturgemäss* geordnet sein, und um Natürlichkeit zu finden, schien Nacktheit das geeignete Mittel. Zimmermann konnte sich da auf ein wissenschaftliches Gutachten stützen, das Prof. E. Bleuler (Zürich) im Jahr 1934 verfasste: «Ein praktischer Versuch, aus der ungesunden Situation herauszukommen, ist die sogenannte Nacktkultur.»

Wie dem Jungbauernführer Müller blieb auch dem Freiwirtschafter Zimmermann der Vorwurf nicht erspart, er sei ein Nazi. In einem Volkshochschulkurs im Jahr 1938 hatte er wohl ein bisschen zu sehr den Blut-und-Boden-Jargon gebraucht, wonach er von der Linkspresse angegriffen wurde. In seiner Schrift *«Freiheit oder Zwang? Ein Wegweiser zur befreienden Tat»* (verlegt beim Nacktbadevereinspräsidenten Fankhauser in Thielle) legte er seine Ideen schriftlich dar. Er zitierte dabei fleissig Wagners «Ring der Nibelungen»: «Die Arbeit zum Segen des Volkes muss die Macht des Goldes brechen.» Diesen Gedanken hat auch Müller in seiner Zeitung *«Der Schweizer Jungbauer»* immer wieder propagiert: Das Volk muss seine Führer frei wählen können und darf nicht von der Geldmacht beherrscht sein.

Kritik an der bürgerlichen Demokratie. Kritik von links oder von rechts? Das Bild ist schillernd. Jedenfalls arbeiteten die Freiwirtschafter wie die Jungbauern in der Richtlinienbewegung mit den Sozialdemokraten zusammen. Alle drei Gruppierungen stimmten darin überein, dass die Wirtschaft nicht auf Kosten der kleinen Einkommen saniert werden durfte. Im übrigen waren aber die Sozis *für*, die Freiwirtschafter (und auch die Jungbauern) *gegen* Planwirtschaft. Nach Auffassung der Freiwirtschafter sollte der Staat lediglich die Aufgabe übernehmen, durch ständige Anpassung der Geldmenge an das Warenangebot (bei Loslösung der Währung vom Gold!) für eine kaufkraftmässig stabile Währung zu sorgen.

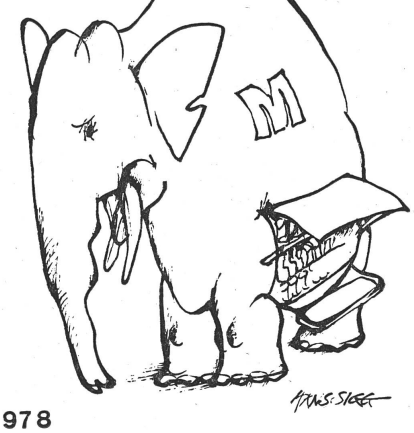
Freiwirtschafter und Landesring

Die Freiwirtschafter organisierten sich politisch in der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz. Bei Wahlen hatten sie kaum Erfolge zu verzeichnen. Ihre Vertreter liessen sich deshalb meistens auf der Liste des Landesrings (Migros-Partei) wählen, so die Nationalräte Salzmann und Werner Schmid. Die Liberalsozialisten sind der Auffassung, dass viele ihrer Postulate heute verwirklicht sind; mit Genugtuung vermerken sie, dass der Index der Konsumentenpreise bei der staatlichen Geldpolitik eine wesentliche Rolle spielt. Sie sind deshalb nicht mehr in radikaler Opposition gegenüber dem Staat. Das Selbsthilfeexperiment des Wirtschaftsrings ist für sie nicht mehr so wichtig. Der *WIR-Wirtschaftsring* existiert zwar heute noch, hat seit dem Anfang der Rezession sogar eine beträchtliche Umsatzsteigerung auszuweisen (Umsatz heute etwa ¼ Milliarde Franken); aber er hat keine gesellschaftspolitischen Ambitionen mehr, gibt im stillen und streng beobachtet von der Bankenkommission Kredite zu günstigen Bedingungen an seine Teilnehmer. Was einst Experimentierfeld der Freiwirtschafter war, ist theoretisch ziemlich uninteressant geworden. Silvio Gesells Utopie einer «natürlichen Wirtschaftsordnung» kann experimentell nur erprobt werden in einer einigermassen geschlossenen Volkswirtschaft. Der Wirtschaftsring mit seinen 901 Genossenschaftern und seinen knapp 24 000 Teilnehmern ist weit davon entfernt, das Modell einer Volkswirtschaft abzugeben.

Da ist die Migros mit ihren 1,1 Millionen Genossenschaftern, mit ihrer weitverzweigten Produktions-, Verteilungs- und Dienstleistungsstruktur viel effizienter. Die Migros – der Staat im Staat, die Volkswirtschaft in der Volkswirtschaft – ist offenbar ein geeignetes Experimentierfeld. In den sechziger Jahren glaubten die Freiwirtschafter, der Staat habe das Rezept gefunden, um die Wirtschaft krisenfrei zu managen. Die Rezession von 1974 hat die Ernüchterung gebracht. Die Migros-Führung hat das Rezept für krisenfreies Management zwar auch noch nicht gefunden. Die Migros-Kreditkarten werden den Migros-Computern aber bald zusätzliche Daten über das Konsumverhalten des Migros-Volkes liefern. Man kann zuversichtlich sein: Es wird weiter experimentiert. Versuchskaninchen sind wir alle. ●

* In der Richtlinienbewegung setzten Sozialdemokraten, Gewerkschaftsbund, Freiwirtschafter und Jungbauern nach der knappen Ablehnung der Kriseninitiative ihre Zusammenarbeit fort. In den «Richtlinien» (zum Beispiel Akzeptieren der Demokratie) setzten sie die Mitgliedschaft fest bzw. schlossen bestimmte potentielle Mitglieder wie die Kommunisten aus.

1925



1978

martin Männer tragen Martin–Schuhe
Martin, le chausseur de monsieur

Fabrikbesichtigung

Viel zusammengewesen mit Roland Gretler, in letzter Zeit. Reportage über SAURER in Arbon. Komparativ von SAUER. Er Bild, ich Text. Der Photograph Gretler ist viel herumgekommen in einheimischen Fabriken; ein weitgereister Mann. Hat mir manches erzählt.

Fabriken sind unerforschte Territorien, schwierig zu besichtigen. Man ist von Zürich aus schneller in Australien als in der MOWAG (Kreuzlingen). Eine Schweiz in der Schweiz. Kennst du das Land, zu dem die grauen Firmen-Wegweiser mit dem roten Punkt hinführen? Abgetrennt von der Aussenwelt mit rot-weiss gestrichenen Zollschranken. Den Personalausweis muss aber der Arbeiter nicht überall zeigen wie bei RENAULT in Billancourt, dem Mann im Pförtnerhäuschen gilt manchmal schon ein Gesicht als Pass. Der kann unterscheiden zwischen Arbeiterköpfen und den Unbefugten. Und Stacheldraht vor dem Werk wie bei der Fabrik von Domat-Ems GR braucht es auch nicht überall.

Gretler war oft befugt, er hatte Aufträge. So musste er eines Tages auch in der Schuhfabrik MARTIN, Grabs SG, Photos schiessen. Der Auftrag kam nicht von den Arbeitern, kann man sich denken, aber ohne Arbeiter war er nicht zu erledigen. Es war nämlich geplant, vier Stück währschafte Schuhmacher mit den Utensilien des Handwerks auf ein Werbephoto zu bannen. Nun findet man Schuhmacher, hatte sich der Werbemann T. gedacht, am ehesten in einer Schuhfabrik. Also Stelldichein der Herren T. & Gretler beim Rayonchef von MARTIN. Man geht durch die Fabrik, Besichtigung des Menschenmaterials von hinten. Die Schuharbeiter sitzen nämlich mit dem Rücken zum Gang, durch den die Gruppe spaziert. Die Arbeiter machen das ganze Leben – sofern nicht die Fabrik vor ihrer Pensionierung schliesst – die gleichen paar Bewegungen an ihren Maschinen. Modern Times. Man kann es auch nennen: rationelle Arbeitsteilung, perfekte Spezialisierung.

Nun konnte man aber werbetechnisch nicht die Rücken brauchen, ohne Gesichter stellt sich der wahre «human touch» nicht ein. Der Rayonchef tritt folglich in der von Geratter erfüllten Fabrikhalle von hinten an die Arbeiter heran, legt bald dem einen, bald dem andern die Hand auf den Kopf, fasst ihn energisch, dreht den Gegenstand um 120 Grad und fragt den Werbefachmann: «PASST DER DA?»

Die vier Passenden dürfen ihre Arbeit unterbrechen. Es erfolgt jetzt in einem andern Raum die Kostümierung mit der echt schuhmacherischen Schürze und anderen Utensilien, welche die Arbeiter in ihrem Leben noch nie benutzt haben und auch nie benutzen werden. Siehe Bild. Gretler unternimmt die Gruppierung, bittet um bestimmte Positionen, der Rayonchef doppelt nach und formuliert im Befehlston, was Gretler als Bitte gesagt hatte: MÜLLER, KOPF NACH LINKS! BLATTER, HAND HERUNTER. Nachher werden sie wieder entkleidet, und die vier Lücken im Gang schliessen sich; marsch-marsch.

Ein anderes Mal war Gretler bei VON ROLL, in der Klus. Keine Bagatelle, VON ROLL. Alte Trutzburg der Metallindustrie mit bedeutenden Gewerkschaften hinter den Mauern und viel Arbeitertradition. (Ausserdem die Firma mit dem gemütlichsten Verwaltungsratspräsidenten-Namen: WOHNLICH heisst er, aber Jack mit Vornamen. Aus Amerika importiert.) Wie es so gehen kann, musste Gretler bei VON ROLL auch auf den Abtritt. Da jede anständige Fabrik ihren Abtritt hat – oder wie sagt man? Toilette? Abort? Latrine? –, erhoffte sich Gretler eine schnelle Erledigung des Problems. Bei den Männeraborten für grössere Kollektivitäten verhält es sich meist so, dass aussen eine Tür ist, welche zum Raum führt, worin die Pissschalen befestigt sind mit den Trennwändlein, und dann Türen mit intimen Schüsseln. Wie staunte aber unser Gretler, als er an den innen geschlossenen Türen so Blechkästlein erblickte wie auf Bahnhöfen. Läuft verwundert und etwas pressant zum Rayonchef zurück und fragt: «Ist das Ihr Ernst? Wollen Sie auch dort noch Geschäfte machen? Der lacht und sagt, es handle sich um ein Missverständnis, *nicht Zwanzger oder Füfzger müsse man dort hineinstecken, sondern Jetons, und überreicht ihm einen. Jeder Arbeiter bekomme periodisch von der Fabrik eine bestimmte Anzahl von Jetons mit seiner Matrikelnummer. Es sei oft vorgekommen, dass die Latrinen von den Arbeitern im verschmutzten Zustand zurückgelassen worden seien und dass man den Schuldigen nicht habe zur Rechenschaft ziehen können. Dem sei jetzt abgeholfen worden. Die Jetons fallen nämlich in ein enges, genau angepasstes Röhrchen, so dass bei Reklamationen der Kontrolleur nur die Nummer des* zweitobersten *Jetons ablesen müsse (denn der* oberste *Jeton gehört dem Entdecker, welcher den Unrat denunziert), und dieser werde dann sofort zur Reinigung verpflichtet.*

Gretler hat nicht erfahren, ob die Jetons auch *ausgegeben wurden, damit Buch geführt werden kann, wie oft jeder Arbeiter wöchentlich auf den Lokus geht und teure Arbeitszeit vergeudet. Vielleicht gibt es Abzüge. Der Abtritt ist in Schulen, Gefängnissen, Fabriken traditionsgemäss das Reich der Freiheit. Er war als einziger Punkt der Kontrolle ein wenig entzogen, man konnte rauchen, sinnieren, eventuell auch den Stuhlgang erledigen, lesen, Poesie an die Wände schreiben und noch anderes tun. Und warum die Latrine so teuflisch befleckt worden war, hat Gretler auch nicht erfahren, ob Erbitterung gegen die Fabrik drin war oder eine anale Wut, die man nur an diesem Ort herauslassen konnte, oder ob hier der einzig mögliche Ort der Lustempfindung für die Arbeiter war. (Das leitende Personal hat andere Möglichkeiten. Sein Abort ist sauber.) Oder uralte Maschinenstürmerei, die man transferiert hat und nicht mehr an den schuldigen Objekten auszulassen wagt. Jedenfalls ist es der VON ROLL gelungen, nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch den Magendarmtrakt IHRER Arbeiter erfolgreich zu kontrollieren (auch der Fabrik RINGIER in Zofingen ist die Einführung des Jeton-Systems gelungen). Und die taylorisierten Kutteln rebellieren nicht.*

In der Firma HESS (Textil, Amriswil TG) ist die wissenschaftliche Erfassung der Fäkaliendeponie der dort besonders zahlreichen Fremdarbeiterinnen noch nicht auf dem VON ROLLschen Stand. Im Wilden Osten sind die Fabrikanten immer etwas hintendrein. Gretler hat auch bei HESS photographiert. Es ist einfach immer alles geschlossen, von aussen bis innen. Punkt 6.45 wird das Fabriktor verriegelt, wer später kommt, muss läuten. Vorgesetzte haben einen Schlüssel. Der griesgrämige Vorarbeiter weist dann allein schon mit seinem Mienenpiel die säumigen zurecht. Abwartgefühle. Die Abtritte sind auch *immer verschlossen. Wer dort hinein will, muss beim Vorarbeiter den Schlüssel holen. (Mussten wir im Kindergarten nicht.) Der Vorarbeiter hat also immer Allwissenheit, den Panoramablick des klassischen Gefängniswärters. Da kann ein Ort noch so entlegen oder dunkel sein, Gott weiss alles. Und wartet auf die Rückkehr der Arbeiterin an den Arbeitsplatz. Wenn es übrigens einmal brennen sollte (Textilien!) bei HESS in Amriswil, so ist geplant, das Fabriktor auch während der Arbeitszeit zu öffnen.*

So preisgünstige, pflegeleichte Arbeitskräfte möchte sich HESS nicht durch Natureinwirkung wegbrennen lassen.

Niklaus Meienberg

Konzept-Gespräch über eine umstrittene Wirtschaftsstudie aus politischer Sicht

«Ideen haben Macht, besonders wenn sie gut sind»

Es dämmert langsam, dass auf dem heute vorherrschenden Entwicklungsgang der Wirtschaft ein menschenwürdiges Dasein für alle kaum zu realisieren ist. Dass trotz allen Windungen der gouvernementalen Ökonomen nicht einmal mittelfristig Vollbeschäftigung garantiert werden kann. Von einer sparsameren Nutzung der noch verbleibenden Rohstoffquellen ganz zu schweigen. Die Auseinandersetzung um die Wachstums- und Umweltstrategien beginnt auch in der Schweiz die Praxisferne akademischer Zirkel zu überwinden: Schweizer Wissenschaftler haben vor kurzem einen interessanten Report zu Fragen des quantitativen und qualitativen Wirtschaftswachstums veröffentlicht.

Die Redaktion

das konzept: In Ihrer Studie werden die fatalen Auswirkungen eines einseitig auf die Steigerung der Quantität ausgerichteten Wirtschaftswachstums von verschiedenen Perspektiven her beleuchtet. Ist in privatkapitalistischen Gesellschaften wie der Schweiz eine nicht primär an der Quantität orientierte Wachstumskonzeption ohne *grundlegende* Veränderung der kapitalistischen Art des Wirtschaftens überhaupt realisierbar?

Werner Geissberger: Es steht für uns mehr oder weniger fest, dass ein Produktionssystem, das auf Kapitalakkumulation und Kapitalverwertung basiert, Wirtschaftswachstum benötigt. Unter den vorgegebenen Wirtschaftsstrukturen ist eine freie Marktwirtschaft nicht denkbar, ohne dass die Umweltbelastung unerträglich wird. Unter diesen Voraussetzungen das Wirtschaftswachstum zu stoppen, bedeutete aber die massenhafte Zerstörung von Arbeitsplätzen . . .

Am Gespräch nahmen teil: Dr. Theo Ginsburg (Physiker), PD an der Eidg. Techn. Hochschule Zürich; Dr. Werner Geissberger (Ökonom und Publizist), Wettingen AG; Georg Hodel und Rolf Nef von der Redaktion «das konzept».

. . . heisst das, dass unter den heutigen Verhältnissen Arbeitsplatzsicherung nur mit Wirtschaftswachstum erkauft werden kann?

Theo Ginsburg: Das ist eine unbewiesene Behauptung.

WG: Man weiss bis in die höchsten Führungsspitzen der Wirtschaft, dass die technologische Entwicklung diese Lösung verunmöglicht. Nehmen wir das Beispiel BRD. Hier gibt es relativ genaues Zahlenmaterial. Man weiss z. B., dass mit dem Einsatz von Mikroprozessoren 4 Mio. Arbeitsplätze eingespart werden können – was mit der Zeit sicher auch gemacht wird. Um diesen Ausfall mit Wirtschaftswachstum wettzumachen und um die kommenden, geburtenstarken Jahrgänge zu beschäftigen, ist eine Produktivitätssteigerung von ca 13% nötig. Bei uns in der Schweiz können wir die Arbeitslosigkeit vorderhand noch exportieren. Gehen wir aber von diesen 13% in der BRD aus, so bedeutet dies eine Verdoppelung der Güterproduktion in 5–6 Jahren. Dies ist aus ökologischen Gründen undenkbar.

TG: Bisher war es möglich, mit dem Arbeitsangebot von einem Bereich der Güterproduktion in einen anderen zu wechseln, wenn rationalisiert wurde. Heute wird nun in allen Produktionsbereichen rationalisiert, selbst im Dienstleistungssektor. Und neue Bereiche sind noch nicht erschlossen. Wir schlagen deshalb in unserem Buch vor, den Dienstleistungsbereich um die Sozialarbeit zu erweitern, was zugegebenermassen zur Zeit mangels Sozialprestige derartiger Tätigkeiten auf grosse Widerstände stossen dürfte.

Das ist aber nicht nur eine Frage des Sozialprestiges, sondern auch eine Frage des Geldes. Diese Mittel müssen ja auch irgendwo produziert werden.

TG: Lediglich etwa 10% der freigesetzten Mittel werden wieder in die Güterproduktion gesteckt, der Rest fliesst in die verschiedenen Bereiche der Organisation, Verteilung und Administration.

WG: Kürzlich wurden wieder Zahlen über die Schweiz veröffentlicht: 4,7% Produktivitätssteigerung im letzten Jahr. Vereinfacht heisst das, dass bei einer gleichbleibenden Zahl von Arbeitskräften 4,7% mehr Güter produziert worden sind. Würde dies nun nicht in die Güterproduktion gesteckt, sondern in Freizeit umgewandelt, so hätten wir in zehn Jahren die 30-Stunden-Woche. Diese ermöglichte auch einen anderen Lebensstil und die Herbeiführung von Bewusstseinsveränderungen.

Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohneinbusse zeigen sich ja schon heute in vielen Bereichen. Besteht nicht gleichzeitig eine starke Tendenz zur Vermarktung der sich durch Arbeitszeitverkürzungen ausdehnenden Freizeit? Daher nochmals die Frage: Ist die Durchsetzung von *qualitativem* Wachstum im grösseren Massstab ohne *grundsätzliche* Veränderung der Art des privatkapitalistischen Wirtschaftens möglich?

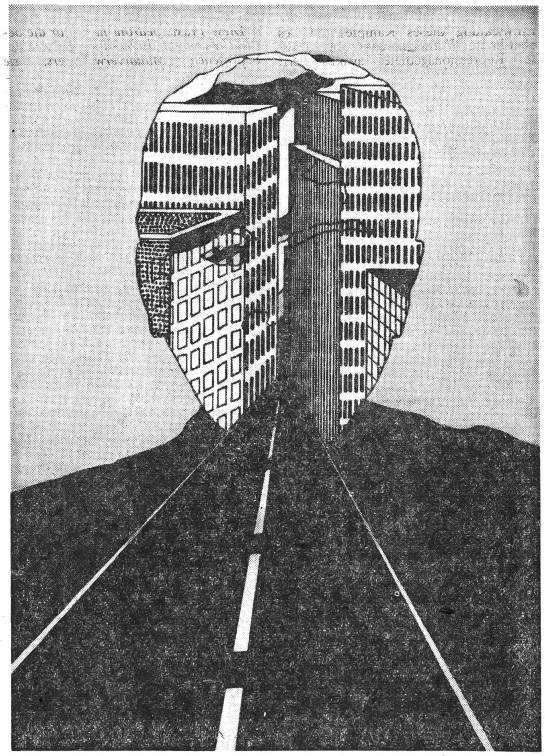
TG: In der Mangelsituation ergibt mehr Quantität auch mehr Qualität. Von einem bestimmten Entwicklungspunkt an hingegen wird die Qualität durch mehr Quantität herabgesetzt – siehe z. B. das Autoproblem. Wir plädieren nun nicht für einen Weg zurück, was ja heissen würde: weniger Quantität und damit auch weniger Qualität. Wir plädieren für einen neuen Weg, der heisst: weniger Quantität, mehr Qualität. Dies ist auf dem Hintergrund der heute vorliegenden technischen und ökonomischen Erkenntnisse auch durchaus möglich. Qualitatives Wachstum ist Wachstum ohne Umweltzerstörung unter Erhaltung der Rohstoffreserven . . .

WG: . . . wie auch die Schaffung von zusätzlichen Beziehungsfeldern, also mehr menschlicher Wärme, die es ermöglicht, auf ein Mehr an Prestigegüter zu verzichten. Diese Vorstellungen sollten eigentlich nicht so schwer zu verstehen sein. Leider ist es so, dass die öffentliche Meinung in die gegenteilige Richtung manipuliert wird.

TG: Spätestens in zehn Jahren haben wir mit einer wirklichen Energiekrise zu rechnen. Mit diesem Zeitraum rechnet auch die Energielobby. Trotzdem soll jetzt unter der Maxime «Erdölsubstitution» – z. B. durch einen forcierten Ausbau der Kernenergiegewinnung – nach Angaben der Experten der Weltenergiekonferenz bis im Jahre 2020 80% der geschätzten Weltvorräte an Erdöl aufgebraucht werden. Das Ziel müsste jedoch sein, die Erdölvorräte zu strecken, also den Energieverbrauch resp. die Energieproduktion zu stabilisieren.

WG: Durch die Veränderung des Lebensstils könnte der Energieverbrauch gesenkt und die Lebensqualität verbessert werden. Denn die Hälfte der Energie wird vergeudet und sinnlos vertan. Wirtschaftsmanager oder Politiker denken jedoch bloss in 4-Jahres-Zyklen. Ein Manager ist gezwungen, seine Dividenden im bestehenden Wirtschaftsrahmen zu realisieren. Wer dies nicht tut, ist ein schlechter Unternehmer. Diejenigen, die sich nicht an diese Maxime halten, sitzen nicht lange auf ihrem Job. Daneben gibt es noch die Durchbrecherphilosophen wie z. B. Herman Kahn, der auf die schöne und unfehlbare menschliche Ratio baut: eine gigantische Technokratie mit schnellen Brütern, Wasserstofftechnologie etc.

Welche Möglichkeiten gibt es denn, die Vorstellungen über alternatives *qualitatives* Wirtschaftswachstum in der Bevölkerung breiter abzustützen? Besteht nicht die Gefahr, dass sich die Mächtigen der Konsequenzen ihres Tuns durchaus bewusst sind, aber nichts zur Veränderung unternehmen? Man kann ja nicht warten bis zur Katastrophe. Zudem erfolgt in derartigen kritischen Situationen die Krisenbewältigung meist nicht in Richtung mehr Demokratie, sondern bestenfalls in Richtung mehr Technokratie.



TG: Ich glaube, das Volk spürt, dass da etwas nicht mehr richtig funktioniert. Es scheint mir eine Aufgabe der Wissenschaftler zu sein, dieses Unbehagen zu formulieren und die Diskussion voranzutreiben. Das Volk ist durchaus in der Lage, unser Anliegen aufzunehmen. Der Wille zur Veränderung muss letzten Endes von der Basis ausgehen, nicht vom Überbau. Die zu erwartenden Krisen werden das ihrige dazu beitragen, dass die notwendigen Umstrukturierungen in Gang kommen.

Aber selbst einem BBC-Arbeiter, der traditionell links steht und gewerkschaftlich organisiert ist, ist die ökologische Problematik kaum klar. Der Wunsch, ein Auto oder ein Farbfernsehapparat zu besitzen oder irgendwo im Ausland Ferien zu machen, dürfte doch allemal noch im Vordergrund stehen.

TG: Erst durch das Erkennen der Grenzen des Wachstums ist es möglich geworden, die herrschenden Produktionsverhältnisse in Frage zu stellen. Ich glaube feststellen zu können, dass sich diesbezüglich in den letzten 5 Jahren ganz allgemein ein Bewusstseinswandel durchgesetzt hat. Die Problematik ist jedenfalls bekannt, auch dem Durchschnittsbürger. Früher oder später wird dies auch auf die Machtstrukturen durchschlagen. Auch die Mächtigsten wissen, dass das System langfristig nicht überleben kann, wenn es den Planeten weiterhin in der bisherigen Art und Weise ausbeutet.

Es ist bekannt, dass man schon heute am Umweltschutz recht gut verdienen kann. Die sich anbahnende systematische Vermarktung der – zunehmend wachsenden – Freizeitbedürfnisse haben wir schon angesprochen. Besteht nicht die Tendenz, dass die Mächtigen in kleinen Schritten durchwegs langsam vom Fetisch Quantität abrücken sich jedoch zugleich ihr Scherflein über die Runden retten und dass sich *real* an der Entfremdung des einzelnen in der Werkstatt, im Büro kaum etwas verändert? Die Gefahr also, dass sich nicht eine Entwicklung in Richtung von mehr Mitbestimmung und Demokratie, sondern eher in Richtung vermehrter bürokratischer Kontrolle und Verwaltung anbahnt?

WG: Alle die Arbeitnehmer, Mieter und Konsumenten müssen doch allmählich merken, dass sie die demokratische Mehrheit bilden, und dass in der Demokratie ein grosses Veränderungspotential steckt. Mit unserem Modell der «kleinen Netze» wollen wir ja die Macht der grossen Konzerne «unterwandern». Der demokratische Weg, Schritt für Schritt die Verfügungsgewalt einzelner über die Produktionsmittel zu beschränken, scheint mir der richtige und langfristig auch der zum Ziel führende Weg zu sein.

TG: Wir müssen die Arbeiter politisieren, unsere Vorstellungen vermehrt in die Gewerkschaften tragen. Es gibt in den Gewerkschaften ja viele gute Leute mit dem notwendigen Durchblick wie z. B. Beat Kappeler. Immerhin haben sich alle grossen Umwelt- und Naturschutzorganisationen in der Energiepolitik auf eine gemeinsame Linie einigen können. Auch die Umweltkonzepte der SPS und des LdU weichen nicht stark von dieser Plattform ab. Die Gewerkschaften beginnen, auf diesen Kurs einzuschwenken. Hier zeigt sich eine Möglichkeit zur Schaffung einer gewissen Gegenmacht zur Energielobby. Ideen haben Macht, besonders wenn sie gut sind.

Eine alternative Struktur müsste sicher stark dezentralisiert sein. Doch handelt es sich hier nicht zum Teil um recht utopische Modelle? Modelle, die sich in Gesellschaften auf relativ tiefem Entwicklungsniveau (wie z. B. China) ohne grosse Schwierigkeiten verwirklichen lassen, hingegen in so komplexen Gesellschaften wie der Schweiz ziemlich schnell an Grenzen stossen?

WG: Ich sehe – dies im Gegensatz zu China – auf *zwei* Ebenen, etwas Neues. Die Automation für einfache Arbeitsabläufe, die vollautomatisierte Produktion von Massengütern soll erhalten bleiben. Hier soll weiterhin die ganze Kraft unserer Technologie eingesetzt werden. Diese automatisierte zentralisierte Produktion von bestimmten Massengütern gibt erst den Freiheitsraum, um anders zu leben, um gewisse Teile der Produktion dezentral zu organisieren.

TG: Ein einfaches Beispiel ist die Sonnentechnologie. Die Sonnenkollektoren können auf hohem technologischen Niveau zentral massenhaft produziert werden. Hingegen werden für Montage, Wartung etc. dieser Sonnenkollektoren immer Handwerker in *dezentralen* Strukturen benötigt. Hier ist keine Massenproduktion möglich. Diese Aufteilung zwischen einer zentralisierten massenproduktiven und einer dezentralisierten handwerklichen Ebene ist auch in vielen anderen Beschäftigungsbereichen möglich.

Möglich sicher. Aber sehen sie doch die Reaktion der Bevölkerung auf Versuche, die Arbeitszeit generell zu verkürzen, die Mitbestimmung einzuführen etc. Sämtliche derartige Vorlagen wurden in den letzten Jahren von der Bevölkerung meistens mit einem erdrückenden Mehr abgelehnt. Wie erklären sie sich diese systematischen Stellungsnahmen gegen die eigenen objektiven Interessen, wenn man so sagen kann?

WG: Es wird dem Stimmbürger Angst gemacht: Wenn du dem zustimmst, dann kann nicht mehr exportiert werden, dann geht dein Arbeitsplatz verloren etc. Diese Panikmache ist auch im Nachrichtenbereich der Medien zu finden. Fast jeden Tag wird der neuste Dollarkurs in den Nachrichten bekanntgegeben. Dahinter steht: Wenn der Dollar noch weiter sinkt, dann kann überhaupt nicht mehr exportiert werden, dann werden schliesslich alle arbeitslos. Es wird aber nicht immer gleichzeitig darauf hingewiesen, dass die Schweiz eine sehr tiefe Inflationsrate hat, dass in der Schweiz verglichen mit anderen hochentwickelten Industrieländern noch immer sehr hohe Arbeitszeiten bestehen etc.

Sicher wird mit Angst operiert. Angst kann von den Mächtigen als Disziplinierungsmittel eingesetzt werden. Ist es ein Zufall, dass in Ihrem Buch über die sozialen und gesellschaftlichen Hintergründe des quantitativen Wirtschaftswachstums in der Schweiz, also u. a. auch über die Machtstrukturen, nur relativ magere Ausführungen zu finden sind?

WG: Dies stimmt nicht ganz. Wir haben uns zum Teil auch zu diesen sozialen Problemstellungen geäussert. Wir haben wissenschaftliche Ansprüche an unsere Studie gestellt. Die schweizerische Machtstruktur kann jedoch mit unseren Mitteln nicht in zwei, drei Jahren wissenschaftlich untersucht werden. Vielleicht folgt später ein zweites Buch über Machtstrukturen, Information und Bildung.

NAWU

heisst *neue Analysen über Wachstum und Umwelt* und das ist das Produkt einer mehrjährigen interdisziplinären Forschungsarbeit eines 23köpfigen Forschungsteams, welches Strategien gegen Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit entwirft und Wege zu neuen Lebensformen aufzeichnet.

Das Projekt stand unter der Leitung von *Prof. H. Ch. Binswanger*, Hochschule St. Gallen, und Dr. *Theo Ginsburg*, ETH Zürich. Die Redaktion der in leichtverständlicher Sprache abgefassten Studie besorgte *Dr. Werner Geissberger;* sie ist unter dem Titel *«Wege aus der Wohlstandsfalle, Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise»* im S.-Fischer-Verlag erschienen und kostet 29.40 Fr.

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Die «Multi/Uno-Papers» und die Presse

rk/evb. Die Veröffentlichung der *«Multi-Papers»* durch die *«Erklärung von Bern»* (EvB), welche die Unterwanderung der Uno durch die Schweizer Multis bewiesen – vgl. die Dokumente im «konzept» Nr. 7, 8/78 –, brachte der Entwicklungsorganisation unter anderem einmal mehr die mühselige Erfahrung, dass die Schweiz. Presse-Korrespondenz (spk*) und die Schweiz. Depeschenagentur (sda) einen gewichtigen Teil der Presse in der Schweiz beherrschen. So haben Leser der Lokalzeitungen und der Kopfblätter grosser Regionalzeitungen in der deutschen Schweiz über die ganze Multi-Geschichte folgende Informationen erhalten:

– Eine Meldung der sda, welche die Dokumentation vorstellte und die wichtigsten Punkte ohne wertenden Kommentar zusammenfasste. In vielen Fällen setzte die Redaktion mit dem Titel bereits einen negativen Akzent.

– Es folgten Berichte der Bundeshauskorrespondenten, wonach Bundesrat Honegger die Anschuldigungen der EvB als *«ungerechtfertigt»* und *«lächerlich»* zurückgewiesen hatte.

– In einem von der sda verbreiteten Dementi bezeichnete der spk-Korrespondent Paul Keller die ihn betreffenden Aussagen der Dokumentation als *«unwahr»* und *«diffamierend»*.

– Es folgten zwei spk-Artikel, die zusammen mindestens 270 000 Abonnenten erreichten. Der eine verteidigte das Vorgehen der Schweizer Multis, und in beiden wurde die ganze Publikation zu einer Enthüllungsaffäre degradiert. Die Frage nach der Herkunft der Papiere rückte damit auch in der übrigen Presse in den Mittelpunkt.

– Schliesslich gelang es der spk gar, in der Einleitung zu einer von René Bovey gezeichneten Artikelserie über Nestlé in Argentinien und Brasilien die mit harten Fakten belegte Dokumentation zu einer *«Mär von der angeblichen Unterwanderung der Uno»* zu erklären.

Am Image, das sich die einseitig informierten Leser von dieser Erklärung von Bern machen mussten, dürfte also hängengeblieben sein, dass sie mit unbelegten Behauptungen einen Multi-Knüller konstruiert habe. Auf der niedrigsten Stufe führte das zu Kommentaren, die sie als Nestbeschmutzer und marxistisch unterwanderte Organisation bezeichneten.

Wenn aber die von der Wirtschaft unterstützte Agentur die schweizerische Presselandschaft derart einseitig beherrscht, dass eine notwendige politische Diskussion einfach verhindert werden kann, dann ist die Möglichkeit der politischen Meinungsbildung in diesem Land in ganz gravierender Weise bedroht.

* «das konzept» hat diese gewichtige Meinungsmacherin in Nr. 5/76 durchleuchtet.

Spots

Am erstmals in der Schweiz durchgeführten Militärfilmfestival hat die Schweiz mit «Infanteriekampf» einen Preis der Militärjury errungen. Der Preis der Publikumsjury ging an den Film «Die Superente», welcher ebenfalls aus der Schweiz kommt. Das Ganze ist tatsächlich keine journalistische Superente, und es steht zu befürchten, dass das nächste Jahr der Film «. . . dass kein Schwein überlebe» den grossen Ästhetikpreis der Kommission für Militärische Landesverteidigung (KML) erhalten wird.

*

«Nicht mehr das Erschaffen einer neuen, sondern das Sicheinrichten in der bestehenden Welt scheint das neue Leitmotiv der Jugend zu sein.» Dies ist das «NZZ»-Fazit aus einem «soziologischen Porträt der stadtzürcherischen Jugend», das Robert Blancpain für das Sozialamt erarbeitet hat. Experten (?) finden die Jugend von heute gegenüber 70/72 generell «leistungsorientierter, politisch desinteressierter, pessimistischer, nach innen gekehrter, in der Freizeit passiver, anständiger» und – «unglücklicher».

*

In Peking wird vermehrt Kritik am verstorbenen Parteivorsitzenden Mao Tsetung laut. Auf einer Wandzeitung wagte ein Eisenbahnarbeiter die direkte Frage: Hat Präsident Mao Fehler begangen oder nicht? – und gab auch gleich die Antwort: Ja. Allerdings berief er sich dabei – sicher ist sicher – auf eine Selbstkritik des Parteivorsitzenden aus früheren Jahren.

*

Am Reformationssonntag wurde in der Schweizer TV die Gottfried-Keller-Verfilmung «Ursula» ausgestrahlt (gemeinsam von der TV und der DDR finanziert). An der Kirchensynode im Kanton Zürich wurde dieses Faktum mit Empörung gerügt (wohl weil da ein Haufen Blutte drin vorkommen und weil der Zwingli in einen anderen Rahmen – einen marxistischen; wie die «NZZ» meint – gestellt wird). Was hat dieser Kirchenmensch denn beim Fernsehen eigentlich zu sagen, dass es, wenn er nichts sagt, ein Versagen ist?

Verteidiger von Terroristen als Terrorsympathisanten verketzert

Keine Verteidigung von Terroristen?

Von Bernard Rambert, Rechtsanwalt im Zürcher Anwaltskollektiv

Man ist in der Schweiz schnell in den «Terrorsympatisantensumpf» gezogen, besonders die Linke. Die Verteidiger der Terroristen Kröcher und Möller haben dieses Phänomen erlebt – und stellen es in Frage: Gibt hier die Linke den Kampf auf? Denn nicht allein politische Differenz, sondern Angst bestimmt dieses Verhalten.

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich gewiegen,
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert,
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Pastor Martin Niemöller

Kürzlich wurden wir Verteidiger von G. Kröcher und Chr. Möller von drei linken Zeitungen* interviewt. Alle drei Pressemacher stellten uns mehr oder weniger als erste Frage: Schadet ihr nicht der linken Bewegung und auch eurem Anwaltsbüro (Anwaltskollektiv), indem ihr diese Leute verteidigt . . .?

Ich weiss, dass diese Frage von vielen Leuten mit Ja beantwortet wird. Ich weiss auch, dass hier in der deutschen Schweiz praktisch kein Anwalt freiwillig bereit ist, in einem Verfahren gegen Mitglieder bewaffneter Organisationen zu verteidigen. Als wir linke Anwälte in Zürich, Basel und Bern anfragten, ob sie mitverteidigen würden, lehnten – mit einer Ausnahme – alle ab. Einige sagten offen, sie hätten Angst. Nicht vor den Klienten, sondern vor den Repressionen. Die reichen ja bekanntlich vom eigenen Berufsverbotsverfahren bis zu demjenigen der sogenannten Lebensgefährten.

Verteidiger diskriminiert und kriminalisiert

Dabei ist Verteidigen an sich nichts Verbotenes – auch nichts Revolutionäres. Ich würde sogar sagen: An sich ist Verteidigen nicht mal etwas besonders Politisches. Politisch wird es erst, wenn man anfängt, die Verteidiger zu diskriminieren, zu kriminalisieren und mit ihnen deren nähere Umgebung: Bürokollegen, Verwandte. Darin erblicke ich ein Politikum, eine direkte Repression gegenüber den direkt Beteiligten, die mit Berufsverboten rechnen dürfen, und eine indirekte Repression gegenüber allen, die es nicht mehr wagen, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Öffentlich, versteht sich. So habe ich zum Beispiel erlebt, dass mir linke Kollegen sagen, sie könnten in unserem Berufsverbotsverfahren nichts für uns machen, sie wollten nicht, dass man sie mit uns identifiziere. Mit uns heisst eben: mit den «Terroristenverteidigern».

Das ist ein interessanter Vorgang: Als Vertreter des würdigen Anwaltsstandes darf man grundsätzlich keine Vertreter von bewaffneten linken Organisationen vertreten. Wenn man's trotzdem macht, dann kommt der Staatsschutz mit seinen Helfershelfern und stempelt einen zum Bombenträger, Kassiberschmuggler und Todesschützen – den Rest besorgt dann die solcherart manipulierte öffentliche Meinung.

Und ein ganz schöner Teil der Linken hier in der Deutschschweiz zumindest macht da halbwegs mit, indem man schweigt, aus dieser Angst, ins Abseits abgedrängt zu werden, mit diesen Genossen, die den bewaffneten Kampf heute und hier für richtig halten und die vom Staatsschutz als *die* Staats- und Volksfeinde abgestempelt wurden, identifiziert zu werden.

Da mag mitspielen, dass man diese Politik für falsch erachtet, ja für kontraproduktiv. Ich glaube aber, dass das Angstmoment eine ganz wichtige Rolle spielt. Anders ist das Desinteresse gewisser Genossen an Solidarität mit der Situation all jener Verteidiger in solchen politischen Verfahren kaum zu verstehen. Dass nicht nur hier in der Schweiz mit den Verteidigern politisch gespielt wird, zeigt zum Beispiel die BRD. *Alle* Verteidiger in politischen Strafsachen wurden öffentlich diskriminiert und in Berufsverbotsverfahren einbezogen . . . Die Linke hat hiezu wenig gesagt.

Ich mache da keinen moralischen Vorwurf. Ich will das vielmehr einmal zur Diskussion stellen. Ist die Linke wirklich der Meinung, dass man in solchen Verfahren als Linker nicht mehr verteidigen darf? Ist die Linke wirklich der Meinung, dass man beim bürgerlichen Staat einfach das Feld räumen soll, ihm das Führen der Prozesse gegen die Leute, die den bewaffneten Kampf für richtig halten, überlassen? Und: sind wir schon so weit, dass man als Folge eines «politischen Reifungsrozesses» (Hans Hehlen) gewisse Genossen wie heisse Kartoffeln fallen lässt? Gemeint ist: dass wir den bürgerlichen Staat gewähren lassen, wenn er seine ganze Macht, seinen immensen Repressionsapparat walten lässt? Mit dem Argument, es sei jetzt taktisch falsch, etwas zu machen. (. . .)

Will man diese Repressionen hinnehmen?

Der Staat geht ganz offen, ja bewusst dazu über, oppositionelle Gefangene nicht nur zu foltern, sondern in ihrer physischen und psychischen Integrität zu zerstören. Nun: ich weiss, dass auch in der Linken auf diese Feststellung nur ein Achselzucken folgt. So im Stil: sie haben's ja gewusst und damit gerechnet. Dieses Achselzucken ist gefährlich. Nicht nur, dass ein massives Repressionsfeld geräumt wird. Was hier exerziert und geprobt wird, könnte sehr wohl im Zuge der allgemeinen Aufrüstung gegen die Linke auch bei andern angewandt werden. Je gefährlicher beispielsweise der Anti-AKW-Kampf wird, je massiver wird dagegen eingeschritten werden.

Und der bürgerliche Staat wird auch da kaum davor zurückschrecken, zur physischen Liquidierung der Genossen zu greifen, wenn's ihm nützt. Brokdorf war nur ein Vorgeschmack. So unterscheiden sich die Haftbedingungen der deutschen Genossen, welche im Zusammenhang mit Grohnde inhaftiert wurden, kaum von denjenigen Gefangenen aus der RAF, dem 2. Juni usw.

Politisch geht es nicht um die Frage, ob der bewaffnete Kampf heute allgemein richtig ist. Sondern: *ob man massive Repressionen gegen bestimmte Leute hinnehmen will*, sich dagegen nicht wehrt und damit sich zurückzieht, das Feld räumt. Der Kampf gegen die Repression, gegen die Berufsverbote, gegen die Zerstörung des Menschen durch AKW, Haftbedingungen usw. usw. ist an sich allein noch nicht offensiv – er ist vielmehr Voraussetzung für den offensiven Kampf gegen das Bürgertum. Um die Entwicklung dieses Kampfes geht es aber heute. Wenn man dabei aber gewisse Repressionsgebiete ausklammert, zum Tabu erklärt, wird man selbst Opfer der Repression. ●

* Vgl. «das konzept» Nr. 7, 8/78, den «focus» Nr. 98 und die «POCH-Zeitung» Nr. 26/1978.

«das konzept» dokumentiert den Repressionskongress

Seit der Gründung des Demokratischen Manifests (DM, April 1976) haben sich die staatlichen Angriffe gegen die demokratischen Rechte verschärft und auf beinahe alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt: Neue Lehrerrichtlinien in mehreren Kantonen, erhöhte Unterschriftenzahlen für Volksinitiative und Referendum, Ungültigkeitserklärung der PdA-Initiative gegen Teuerung und Inflation, mehrere Bundesgerichtsentscheide zur Aushölung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, die zunehmende Bespitzelung von Soldaten, AKW-Gegnern und andern oppositionellen Gruppen, die Verstärkung der Polizeikräfte in den Kantonen, die zunehmende Internationalisierung – genauer: Germanisierung – der Polizei und schliesslich die Busipo.

Um diesem staatlichen Angriff entgegenzutreten, hat das DM am 18./19. November in Zürich einen nationalen Kongress gegen die Repression durchgeführt. Von den vielen Referaten haben wir zwei ausgewählt: zum Problem der vielen Selbstmorde in den schweizerischen Gefängnisen und zur schwierigen Frage des Verhältnisses der Linken zu politischen Gewalttätern. Daneben dokumentieren wir weitere Vorträge in Kurzauszügen.

Die Psychiatrisierung der Militärdienstverweigerer

Kaum jemand spricht von denjenigen, welche den Kampf gegen den Militarismus ausserhalb der Armee führen und dafür zu langen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Hunderte von Militärverweigerer trifft jedes Jahr die Repression der Militärjustiz. (. . .)

Immer wieder versucht die Militärjustiz, Militärverweigerer – vornehmlich solche mit politischer Argumentation – mit gekauften Gutachten zu psychisch Kranken zu erklären, welche für ihre Handlungen nur bedingt verantwortlich gemacht werden können. Verweigerer, welche sich weigern, bei diesem lächerlichen Theater mitzuspielen, werden durch die Polizei zwangsweise dem Psychiater vorgeführt. Letztere scheuen sich oft nicht, seitenlange Berichte über Militärverweigerer zu schreiben, welche konsequent jegliche Auskunft verweigern.

Wie man sieht, unterscheidet sich die Behandlung der Dissidenten in der Schweiz kaum von derjenigen die Dissidente in anderen Ländern erleiden; mit dem kleinen Unterschied, dass bei uns gewisse Kreise nicht genug über Menschenrechtsverletzungen im Ausland lamentieren können, während im eigenen Land genau die gleichen Unterdrükkungsmethoden gang und gäbe sind.

Militärverweigerer, welche aufgrund «schizoider Züge» oder «verminderter Zurechnungsfähigkeit» verurteilt werden, bekommen zwar oft «mildernde Umstände» zugesprochen (was sich in Strafen zwischen 3 und 6 Monaten Gefängnis niederschlägt), gleichzeitig sind sie aber doppelt bestraft: Einerseits gelten sie als Gesetzesbrecher und anderseits als psychisch Kranke.

Diese Praxis bedroht nicht nur die berufliche und gesellschaftliche Existenz des betroffenen Militärverweigerers, sie erlaubt es den Militärgerichten auch, den Fall zu entpolitisieren, zu verharmlosen: Im Vordergrund steht nicht mehr die politische und moralische Haltung des Verweigerers, sondern dessen geistiger Gesundheitszustand. Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, dass es ein von der Armee besoldeter Militärpsychiater ist, welcher bestimmt, wer geistig gesund ist und wer nicht. (. . .)

Matthias Huber,
Internationale der Kriegsdienstgegner

Repression von innen

Wenn ein Bademeister, eine Lehrerin, ein Immigrant oder eine Ärztin wegen der politischen Gesinnung keine Anstellung kriegt oder diese verliert, reden wir von direkter Repression, von unmittelbarer Unterdrückung. Mittelbare Unterdrükkung, indirekte Repression, liegt vor, wenn sich andere, die eine mit diesen Opfern solidarische politische Gesinnung haben, sagen: Ich schwöre dieser Gesinnung ab, ich bin nie ein Linker gewesen, ich habe mich nie kritisch geäussert, an keinen Demonstrationen teilgenommen, denn ich will und muss meine Stelle behalten! (. . .)

Nehmen wir an, jemand sage an seinem Arbeitsplatz, das Spitzel-, Agenten- und Denunziantenwesen, unter dessen Stern wir leben, arbeiten und politisieren, sei doch bestimmt eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig. Dann bekommt er von seinen Kollegen zu hören: sie hätten nichts zu befürchten, ihnen könne niemand etwas vorwerfen, ihretwegen könne es ruhig Spitzel und Denunzianten geben, ob er denn ein schlechtes Gewissen habe? Andere Kollegen stimmen ihm zögernd bei, hinter vorgehaltener Hand, nachdem sie sich vergewissert haben, dass niemand zuhört. Diesen Kollegen gegenüber können Sie feststellen: Sie sind die Opfer der indirekten Repression. (. . .)

Aber: es gibt sogar Fremdsteuerung von innen her! Wer sich sozial angepasst verhält, muss schliesslich bemerken, dass er von gesellschaftlichen Mächten gegen seine eigenen Bedürfnisse gelenkt wird. Diese Normen haben sich mittels identifikatorischer Anpassungsmechanismen in seinem Innern eingerichtet und lenken von innen her.

Das Raffinierte dieser Mechanismen ist, dass sie unbewusst verlaufen und ich davon gar nicht unbedingt Kunde habe. Ich habe Angst und weiss es nicht; dabei geht mein ganzes Verhalten aus dieser nicht bemerkten Angst hervor, ich passe mich an und glaube, dies nicht zu tun, ich kritisiere und merke dabei nicht, dass ich dies so tue, dass es den etablierten Gewalten zugute kommt.

Wir kämpfen gegen die äusserlich fühlbare und spürbare Bundessicherheitspolizei und vergessen darüber den Polizisten und Gesinnungsrichter in uns selber

Hans Hehlen,
Lehrer VPOD, Zürich

«Öffentlichkeit ist zu erkämpfen»

Wir haben uns nicht nur gegen die restaurative Tendenz zu wehren, sondern auch gegen das rapide Sinken der Reizschwelle in der Öffentlichkeit: Der Berufsverbotsfall Jürg Jost machte monatelang Schlagzeilen. Heute gelten Berufsverbote als fester Bestandteil der politischen Landschaft. Vor ein paar Jahren galt eine aufgeflogene Telefonabhörung als Verstoss staatlicher Schnüffler gegen die Individualrechte. Heute hält es der Bürger für normal, dass es so was halt auch in der ältesten Demokratie der Welt gibt. Und vor zwei Jahren wirkte es noch als Bombe, als Cinceras Denunziokratie aufflog. Heute würde ein zweiter Cincera die Medien wohl die Achseln zucken lassen: Das hatten wir schon, was ist denn neu daran? – Als ob Skandale weniger skandalös wären, nur weil sie seit einiger Zeit andauern!

Überhaupt keine Reizschwelle scheint gegenüber den Furglerschen Versuchen zu bestehen, bei uns deutsche Zustände einzuführen. Ein «konkret» und ein «Stern» können enthüllen, dass der deutsche Herold den staunenden Furgler-Leuten auf seinem Computer-Terminal Dutzende von sogenannten konspirativen Wohnungen in Schweizer Städten vorführte, ohne dass hiesige Massenmedien auch nur eine Zeile aufmucken. Und wenn Bundesrat Furgler, im europäischen Ministerwald noch immer ein Bäumchen neben dem Baum, voreilig die GSG-9-Männer nach Payerne einfliegen lässt, dann kritisiert unsere wachsame Presse hinterher – wenn's hochkommt – die ungenügende Informationspflicht in dieser Sache.

Aber: Öffentlichkeit stellt sich nicht von selber ein, sozusagen automatisch und naturgesetzlich. Öffentlichkeit ist zu erkämpfen wie anderes auch. (. . .)

Jürg Frischknecht, DM Zürich

Selbstmorde in Schweizer Gefängnissen und U-Haftanstalten

Durchschnittlich alle drei Wochen einer

Von Jim Sailer, Aktion Strafvollzug (ASTRA)

Die vielen, allzu vielen Selbstmorde in Schweizer Gefängnissen scheinen die zuständigen Behörden – und allen voran den so frommen Justizminister Furgler – nicht sonderlich zu bewegen: Wie sonst käme es dazu, dass in dieser Sache nichts geschieht – nichts, was zur Besserung dieser unglücklichen Zustände führen könnte?

Ich erinnere mich an den Wutausbruch eines staatenlosen Ungarn, der von den Behörden von Grenze zu Grenze abgeschoben wurde und der einige Monate Untersuchunhshaft in einer der 110 Einerzellen des Bezirkgefängnisses Zürich sass. Beim Verteilen des Essens stürzte er in den Gang und schrie in gebrochenem Französisch: *«Die Schweiz ist das allerschlimmste Land überhaupt, man wartet und wartet und wartet, und nichts, gar nichts geschieht; man schreibt, man wartet, man schreibt wieder, nichts, nichts. – Ich kenne viele Gefängnisse in der Welt, das Essen ist meistens schlechter, und die Zellen sind nicht so sauber wie hier. Aber verdammt, es geschieht etwas. In Frankreich zum Beispiel, Besuche kommen, Anwälte kommen, man kann mit Mitgefangenen sprechen, hie und da sieht man sogar den Untersuchungsrichter, hier ist nichts, nichts, man wartet Monate, kein Mensch kommt, hier ist man eingeschlossen wie in einem Sarg.»*

Wie mörderisch unsere Gefängnisse sind, bestätigt sogar das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), das im August dieses Jahres eine Interpellation von PSA-Nationalrat *Carobbio* vom Dezember 1977 beantwortete. Diese Interpellation fragte nach der Selbstmordhäufigkeit und dem Psychopharmaka-Missbrauch in unseren Gefängnissen.

In amtlich-fachidistischem Jargon windet sich der 60seitige Bericht des EJPD um diese Statistik der in den Tod getriebenen Gefangenen: *«Wegen kernneurotisch bedingter Autoaggressionsneigung und der eingeschränkten Möglichkeit, seine subjektiven und objektiven Probleme zu lösen, erscheine der Rückgriff auf autoaggressive Aktivitäten und damit auch auf den Suizid nicht als unverständlich»*, heisst es beispielsweise in diesem Machwerk der Furglerschen Justizabteilung, in dem kein einziges Wort über die Folgen der Isolation verloren wird.

In 3 Jahren, zwischen 1975 und 1977, haben sich laut dem Bericht 51 der durchschnittlich 3700 Insassen in den insgesamt 153 Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzugs umgebracht. Häufigste Todesart ist mit 78% die Strangulation.

Isolation als Hauptursache

Der Bericht liefert auch gleich den Beweis, dass die fast vollständige Isolation die Hauptursache der Selbstmorde ist: In der Untersuchungshaft ist die Selbstmordrate fast 5mal höher als im Strafvollzug. Kann der Gefangene wenigstens tagsüber zusammen mit Mitgefangenen in Regensdorf Körbe flechten oder in Lenzburg Särge schreinern, so ist er also 5mal weniger gefährdet als in der Untersuchungshaft, wo er 23½ Stunden pro Tag allein in seiner Zelle ist.

Die restliche halbe Stunde kann er, in den wenigen Bezirksgefängnissen, wo Bundesgerichtsentscheide respektiert werden, schweigend in einem Hof spazieren, Sprechverbot, von Mann zu Mann 4 Meter Abstand.

Auch Jugendliche werden von Jugendanwälten in Untersuchungshaft gesteckt, was sich im Bericht in dem lapidaren Satz niederschlägt: *«Eine Relation zwischen der Altersgruppe und der Suizidhäufigkeit ist einzig für die Gruppe der 16- bis 20jährigen festzuhalten, welche sich deutlich häufiger das Leben nehmen, als statistisch zu erwarten wäre.»*

Vergleicht man die Selbstmordhäufigkeit der Anstaltsinsassen mit derjenigen der übrigen Bevölkerung, so ergibt sich ein erschreckendes Bild: In der Untersuchungshaft sind Selbstmorde 26mal häufiger als «in Freiheit». Zum Vergleich einige Zahlen aus den Nachbarländern: In der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich ist die Selbstmordhäufigkeit der Anstaltsinsassen 4mal geringer als in der hochgelobten humanen Schweiz. In Italien und Österreich 6mal geringer.

«Christliches» Schulterzucken

Man würde meinen, dass eine Regierung, welche das ganze Jahr mit dem Wort *«christlich»* Schabernack treibt, nur schon aufgrund dieser Zahlen irgend etwas tun würde, und sei es auch nur, um den Schein eines Hauchs von Humanität aufrecht zu erhalten. Man könnte zum Beispiel in einem Bericht einige der wissenschaftlichen Isolationsforschungen zitieren, wonach es ein Wunder ist, dass nicht *jeder* Untersuchungsgefangene unter den hierzulande üblichen Haftbefindungen schon nach ein paar *Tagen* durchdreht.

Weit gefehlt, das Departement Furgler, das die Oberaufsicht über den Strafvollzug in den Kantonen innehat, begnügt sich mit der Zustellung des Berichts, der weder Empfehlungen noch Folgerungen enthält, an die Kantonsregierungen und, was nicht einmal nötig gewesen wäre, auch an die *«interessierten ärztlichen Organisationen»*. Darüber hinaus geschieht nichts.

Man nimmt in Kauf, dass sich Einbrecher, Drogensüchtige, Betrüger in ihrer Zelle erhängen, durchschnittlich alle drei Wochen einer, jahraus, jahrein, Schulterzucken, hinlänglich bekannte Sprüche, «er war ein armer Tropf» (der Gefängnispfarrer ist ergriffen).

Selbstmordversuch strafbar!

Dabei wäre es ohne weiteres möglich, die Isolation in der U-Haft so zu lockern,

Fortsetzung auf Seite 6

Z-Verlag, Basel

180 Seiten (mit Begriffserklärungen und vertiefendem Anhang)

12.80 Fr.

erhältlich im Buchhandel oder bei Buch 2000, Affoltern a. A.

Durchschnittlich alle drei Wochen einer

Fortsetzung von Seite 5

dass die Überlebenschancen etwas grösser würden.

Petition an die Zürcher Regierung
Die menschenrechtswidrigen Haftbedingungen in den Gefängnissen sind abzuschaffen:

- 3 Stunden täglich unbehinderter Kontakt unter allen Gefangenen
- gemeinsame Arbeit
- Aufenthaltsräume
- Gemeinschaftszellen
- Verbot der Sichtblenden vor den Zellenfenstern
- Aufhebung der Sprechverbote
- mindestens 2 Stunden Besuchszeit wöchentlich, auch von Nichtangehörigen
- 1 Stunde Spaziergang täglich (auch an Wochenenden und an Feiertagen)
- Recht auf Zuzug eines Arztes nach eigener Wahl

Im Kanton Zürich etwa liegt seit Dezember 1976 eine Petition beim Regierungsrat. Die wesentlichsten Forderungen der Gefangenen wurden darin zusammengefasst: (vgl. Kasten)

Die Dauer der Untersuchungshaft ist auf 6 Monate zu beschränken

Statt auf diese Petition zu reagieren, antwortet die Zürcher Regierung auf ihre Art: Im März 1977 reiht sie in einer Verordnungsrevision *neu* den Selbstmordversuch *in die Reihe der Disziplinarverstösse* ein, die der Untersuchungsrichter mit bis zu 20 Tagen scharfem Arrest bestrafen kann. Solchen Kantonsregierungen überlässt unser Landesvater Furgler, auch bekannt für sein Geschwätz über die Resozialisierung der Strafgefangenen, die Gestaltung der Haftbedingungen.

Zum Thema Gefängnis hat «das konzept» berichtet:
– Isolationsfolter (4/78)
– Neubau der Strafanstalt Witzwil (2/78)
– Einsperren in der Schweiz (10/77)

Jede Nummer gegen 1.80 Fr. bei der Redaktion erhältlich: Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich.

das konzept TIP

Repression in der Schweiz

Zum Repressionskongress publizierte das Demokratische Manifest eine Broschüre, welche Repression gegen Linke seit 1973 eindrücklich dokumentiert sowie Beiträge zur Immigrations- und Flüchtlingspolitik, zur Armee und zur politischen Polizei (Polizeicomputer etc.) enthält.

Bestellung durch Bezahlung von 2 Fr. auf PC 80-48476 (Demokratisches Manifest Zürich) mit dem Vermerk «Materialien-Broschüre».

Schweigemarsch für Zivildienst

Am Samstag, dem 23. Dez., findet ein Fackelzug während der ganzen Nacht durch die Strassen Berns statt im Gedenken an die Militärdienstverweigerer, die die Weihnachtszeit im Gefängnis verbringen, mit dem Aufruf, die Bemühungen um eine aktive Friedenspolitik, um Abrüstung und um Einführung eines Zivildienstes in der Schweiz zu unterstützen.

Besammlung um 20 Uhr auf dem Bärenplatz, Bern; die Kundgebung endet am Sonntag, dem 24. Dez. um 6 Uhr mit dem gemeinsamen Verbrennen der Fackeln auf dem Bärenplatz.

Organisation und weitere Auskünfte: Komitee für einen echten Zivildienst, Deutschschweizer Sekretariat, Postfach 158, 3052 Zollikofen, Tel. (031) 57 69 85

«Züri fürs Volk»

«Ein Generalabo auf die gesamte zurzeit erscheinende Zürcher Alternativpresse kommt nach unserer Besprechung auf ca. 600 Fr./Jahr zu stehen und schmeisst dem geplagten Leser monatlich gut 800 engbedruckte Seiten A4 auf den Tisch (das entspricht dem Umfang des zurzeit gültigen Telefonbuchs).» Natürlich haben wir zuerst unter dem Stichwort «die andere Presse» nachgeschaut – ob wir auch vorkommen. Und «das konzept» steht da, sogar unter den Auserlesenen «von allgemeinem Interesse». Aber vermutlich interessiert Sie etwas ganz anderes aus dem Bereich «Ankommen» bis «Abhauen». Eine Wohnmöglichkeit oder eine Stelle zum Beispiel, ein Handwerkskollektiv, etwas Kulturelles oder eine Lehrlingsorganisation. In dem von Marianne Berna im Eco-Verlag herausgegebenen «anderen Handbuch» (189 S.) finden Sie bestimmt die Adresse, die Ihnen in Zürich bisher gefehlt hat. Und das ist seine 12 Franken bestimmt wert. Erhältlich im Buchhandel und am Kiosk.

Buch zum «Tat»-Streik

«Liquidiert» heisst das bei Lenos soeben erschienene Buch zum «Tat»-Streik. Reich illustriert, flüssig geschrieben gibt es einen vollständigen Überblick über die Vorkommnisse in der «Tat»-Redaktion seit dem erstmaligen Erscheinen der «Tat» im April 1977. Der «Tat»-Streik wird – aus der Sicht der «Täter» – auch in den grösseren Zusammenhang des Eingriffs in die Pressefreiheit gestellt. «Erstmals streike in der Schweiz eine Zeitungsredaktion», heisst der Untertitel. Wird es das letzte Mal sein?

«Liquidiert», herausgegeben von der Schweizerischen Journalisten-Union, Lenos Politprint 7, 152 Seiten, 15 Franken.

Neuauflage – Neuauflage – Neuauflage – Neuauflage

das konzept hilft verhüten

unerwünschte Schwangerschaften und, wenn es nicht mehr anders geht, unerwünschte Kinder. Soeben hat «das konzept» die Liste der Ärzte, die Verhütungsmittel liberal handhaben, neu überarbeitet. Auch in das Merkblatt zum Schwangerschaftsabbruch haben wir wieder mehr Informationen zu Kliniken und Ärzten im In- und Ausland aufgenommen, darunter auch Rückmeldungen von Frauen, die mit unserer Dienstleistung etwas anfangen konnten. Sie erhalten die Liste auf Anfrage gratis (bitte frankiertes Antwortcouvert beilegen!).

Buntes SSR-Silvesterprogramm:

Aegypten Jetzt buchen! **Fr. 1070.-**
Eine faszinierende Reise ins geheimnisvolle Land der Pharaonen: Kairo-Luxor-Gizeh-Kairo
27.12. - 3.1. Fr. 1090.- / 31.12. - 7.1. 1070.-

Florenz **Fr. 170.-**
Nachtzug, Unterkunft mit Frühstück, 28.12.-2.1.

Prag **Fr. 455.-**
8 Tage mit Stadtrundfahrt und Silvesterfeier. Halbpension, SSR-Reiseleiter 26.12.-2.1. (MZ)

Bim Schänke a d'Ferie dänke!
SSR-Reisegutscheine machen mehr Freude und bringen Spass. Erhältlich an allen Verkaufsstellen oder per Telefon.

SSR-Reisen
anders als anders
Reisen für junge Leute.
Zürich, Basel, Bern, St. Gallen, Chur, Luzern, Solothurn.
Telefonverkauf: 01/242 31 31

Bestellcoupon für das konzept - Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel		Preis	Porto + Verpack.	Total
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–78	ungebunden	8.50	–.70	9.20
		mit Spiralbindung	12.50	–.70	13.20
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978		2.50	–.70	3.20
.....	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–)	gefalzt	3.50	–.70	4.20
		ungefalzt in Rolle	3.50	2.—	5.50
.....	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.–)	gefalzt	1.50	–.70	2.20
		ungefalzt in Rolle	1.50	2.—	3.50
.....	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Frauenbewegung heute» (Vortrag Jutta Menschik März 1976 in Zürich)		1.—	–.40	1.40
.....	«das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang		10.—	2.—	12.—
.....	Poster «Unser Strauss» (aus Nr. 1/78)	ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
		gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78)	ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
		gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Mai-Zitig (gemeinsame Zeitung zum 1. Mai vom «zeitdienst» und «dem konzept»)		2.—	–.—	2.—
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» (aus Nr. 1/78)		1.—	–.40	1.40
.....	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» (aus Nr. 10/78)		1.—	–.40	1.40
.....	Adressliste der Alternativmedien		1.–	–.40	1.40

Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.

Zahlungsmodus
☐ *Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.
(*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18:30
Sa 10.00–13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

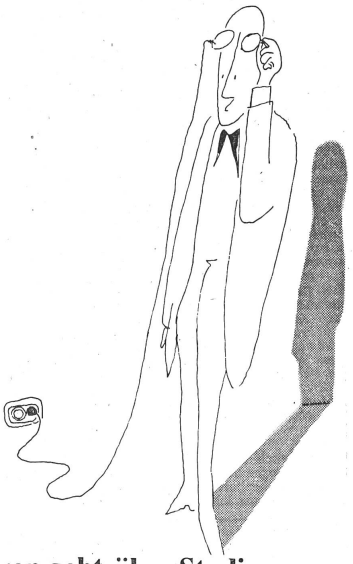
8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien
– Normal 20 Rp.
– mit Legi 15 Rp.
– Verkleinerung 30 Rp.
– mit Legi 25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)

		1-seitig	2-seitig
Reinschriften	30 Ex.	4.50	9.—
	50 Ex.	5.50	10.50
	100 Ex.	7.50	14.50
	200 Ex.	15.—	28.—
	300 Ex.	21.—	38.—
	350 Ex.	23.—	42.—
	400 Ex.	25.50	44.50
	500 Ex.	28.—	52.—
	1000 Ex.	40.—	73.—
Dissertationsdruck			



Kopieren geht über Studieren

.....Blatt für Blatt:
Jeder Student hat Rabatt.
Sein Geld wir ihn schonen
speziell bei Dissertationen.

Copy Quick

8001 Zürich, Schützengasse 4, Tel. 01 211 66 36 ● 8008 Zürich, Kreuzstrasse 19, Tel. 01 34 39 39 ● 8003 Zürich, Zweierstrasse 129, Tel. 01 35 38 88 ● 4051 Basel, Kohlenberg 3, Tel. 061 22 96 96 ● 3011 Bern, Bahnhofplatz 10 B, Tel. 031 22 22 20 ● 1003 Lausanne, Pl. Pépinet 1, Tel. 021 22 50 44

hey

das profilierte Schweizer Homo-Magazin mit dem besten Unterhaltungsteil. Erscheint monatlich mit über 40 Seiten voll engagierter Information in Bild und Text.
Unterlagen bei: SOH, Box 428 CH-8022 Zürich.

SKI RAIL
Günstiger Skifahren mit dem Ski-Rail-Billett vom SSR. Ab 16.12. Abfahrt jeden Samstag/Sonntag nach Klosters, Davos, St. Moritz, Andermatt. Verlang das Sonderprogramm!
SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf: 01/242 31 31
anders als anders
Reisen für junge Leute.

242 11 12
Die Telefonziitig
braucht Hörer, (01/242 11 12)
Informanten (01/242 63 27)
und Gönner (PC 80 – 53650)

ZYTGLOGGE ZYTIG
Monatszeitung für Buch und Bühne

In Ihrer Buchhandlung und am Kiosk erhältlich. Einzelnummer Fr. 1.50.

Ich bestelle 1 Abonnement Zytglogge Zytig.
Name: _____
Adresse: _____
PLZ Ort: _____
Unterschrift: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an: Druckerei Dürrenmatt AG, Pavillonweg 2, 3012 Bern, Telefon 031 23 89 00.

analyse

Die freie Welt braucht ihre Sklaven

*Von Régis Debray**

Jeder, der die Geographie ignoriert, trägt bei zur «Geschichte der Niederträchtigkeit». Heute regeln mehr denn je weltweite Beziehungen das Leben unseres Planeten (wie auch den Fortschritt der Wissenschaften). Wollen Sie einer Sache auf den Grund gehen, so suchen Sie nach den Antipoden. Das *Hier* erklärt sich durch *dort unten*. Wenn Afrika zum Beispiel nicht wäre, was es ist, wäre auch der europäische Westen nicht mehr, was er ist. Wenn man dagegen den Europäern die Realität Europa verschleiern wollte, begänne man am besten damit, es von dem System der Bindungen zu lösen, von den Kommunikationskanälen und -gefässen, die erst dieses privilegierte Stück Land mit freier Meinungsäusserung und materiellem Reichtum ausmachen. Man teile eine Weltkarte nur entlang der West-Ost-Achse ein und vergleiche dann den Luxus des fortgeschrittenen Liberalismus mit den Ungeheuerlichkeiten des Totalitarismus; so verschwindet die Nord-Süd-Achse wie von selbst, auf der sich das Abendland historisch aufgebaut hat und der es heute noch verdankt zu sein, was es ist.

Wenn man das «freiheitliche Europa», das dem CIEL (Comité des intellectuels pour l'Europe des libertés) so teuer ist, von der dritten Welt isoliert, deren andauernde Ausbeutung den Unterhalt dieser Freiheiten erst sichert, trifft man zwei Fliegen auf einen Schlag: Man löst den Westen von seiner blutigen historischen Entstehung, indem man von der Gegenwart die Flecken der vergangenen und heutigen Verbrechen tilgt, und man befreit die Politik von der obskuren Untermauerung durch die Ökonomie, die metaphysische Reinheit der Prinzipien von den schmutzigen Details ihrer Durchführung. Ein doppelter Taschenspielertrick, der Anerkennung verdient. «Die Menschenrechte», meinte ein Zeitgenosse im Elysée kürzlich in allem Ernst, «das ist die Rückkehr des Transzendentalen in die Politik.»

Und so lautet die frohe Botschaft des «Neuen Evangeliums»: Schlagen Sie sich Obervolta, Bolivien, Zaire, Indonesien aus dem Kopf. Diese uninteressanten Gegenden gehören nicht mehr zum freien Westen. Der Beweis dafür ist, dass die Menschenrechte dort nicht respektiert werden und dass sich der Leichnam Marx' dort noch regt: beides Definitionen für Wildheit. Damit ziehen die Intellektuellen in den zivilisierten Ländern tagtäglich im Fernsehen, in den Zeitungen und in den Konversationen die Staatsuhr wieder auf. Die Unverschämtheit sieht noch schönen Zeiten entgegen.

Wenn die Ideologie der Menschenrechte nicht einem schmerzlich realen Problem entspräche, hätte der Kreuzzug in deren Namen, der vor kurzem von der Administration Carter lanciert und in Europa aufgenommen und theoretisiert worden ist, nie einen derartigen Aufschwung gehabt. Die Stärke dieser Ideologie kommt von der Spiegelung zwischen dem Wirklichen, das sie bezeichnet, und dem Bild, das sie dann davon gibt, zwischen dem Unerträglichen der Willkür, der Morde und Völkerverbrechen und dem sentimentalen guten Willen; eine Spiegelung, welche in Tat und Wahrheit ein zusammenhängendes System von Interessen verdeckt. Was die Ideologie der Menschenrechte wirklich zu sagen hat – nämlich, dass das Recht des Staates dort aufhört, wo das Recht der Menschen anfängt –, das lehnt die westeuropäische Version dieser Menschenrechtsideologie als falsch ab und ersetzt es durch eigene Phantastereien: auf dass sich der Staat auf dem Altar des Individuums auflöse! Wie wenn der Mensch Rechte haben könnte, dort, wo ihm nicht zuerst die politische Würde des Citoyen zuteil geworden ist!

Der Verzicht auf dieses Wort «Citoyen» (das in allen *revolutionären* Rechtserklärungen vorkommt) durch die Machthaber unserer Zeit verrät den wirklichen Sinn aller andern Worte. Jeder weiss, dass das kambodschanische Volk nicht unter einem *Übermass* an Staat leidet, sondern, im Gegenteil, bis zum Martyrium unter dem *Mangel* an Staat – einem Staat, der juristisch und praktisch unabhängig von der Willkür der Partei wäre. Statt nun die Förderung von *Rechtsstaaten* zu unterstützen, deren Existenz die erste Bedingung für die Ausübung von individuellen Rechten ist, statt die Unterordnung rückständiger Gesellschaften (mit ihrer religiösen, sozialen und rassistischen Diskrimination) unter die formale Autorität der öffentlichen Macht zu begleiten, opfert die Ideologie der Menschenrechte ihre historische Vergangenheit sehr offenkundig den gegenwärtigen Interessen der westlichen Bourgeoisien: die souveränen Staaten der Peripherie möglichst schwächen, um dann direkt die Reichtümer und Arbeitskräfte dieser Länder anzuzapfen – ohne dazwischengeschaltet «Bürokratie», ohne rechtliche Kontrollen und nationale Schranken.

Ganz wie die Verachtung des Geldes ein Privileg der Reichen ist, so ist die Feindseligkeit gegenüber dem Staat ein «Vorrecht» der Über-verstaatlichten; aber die Über-verstaatlichung des Westens setzt die Unter-verstaatlichung der Peripherie voraus, als Bedingung für eine beschleunigte und massive Mehrwertschröpfung. Das ist in der internationalen Sphäre der politische Nutzen des antipolitischen Geschwätzes, das dem Verstand der kalten Monstren die tröstende Wärme der individuellen Rechte gegenübersetzt, der Engstirnigkeit der Staaten die grenzenlose Universalität der menschlichen Person.

Diese Kritik des Liberalismus ist noch allzu liberal, weil es allzu leicht ist zu zeigen, dass die Meister eines so noblen Anliegens am wenigsten dazu geschaffen sind, es zu verwirklichen. Niemand bezweifelt mehr die Heuchelei der grossen Industriestaaten, welche die gleichen Repressionsapparate finanzieren, schulen, bewaffnen und anführen, deren Härte sie öffentlich verurteilen. Die Gemeinheit des Praktischen dem Erhabenen der Theorie entgegensetzen genügt nicht, wenn man nicht zeigt, dass es genau diese Gemeinheit ist, die der Erhabenheit die Existenz sichert. Das offizielle Anliegen der Menschenrechte setzt als erstes und notwendigerweise die Mittäterschaft des Kritikers und des Vergewaltigers voraus. Auch wenn ein Vergehen durch diejenigen verurteilt wird, die davon profitieren – die Protokolle zum internen Gebrauch, die da und dort mit Nachdruck geführt werden, riskieren keine Folgen. Das ist nicht moralische Schwäche, sondern die einfache logische Konsequenz der Gesetze, welche die Verteilung der Freiheiten auf der Erdoberfläche beherrschen.

Es gibt Tugenden», sagte Rivarol[1], «die man nur als Reicher ausüben kann.» Sie machen überdies das Glück ihrer Träger aus, indem sie diese augenblicklich die Herkunft ihrer Einkünfte vergessen lassen. Gehören die demokratischen Freiheiten zu diesen Tugenden? Tatsächlich hat die politische Internationale der Menschenrechte die ökonomischen Grenzen der OECD, welche die 25 reichsten Länder der Erde (davon 19 europäische) umfasst. Mit der eher heiklen Ausnahme von Indien (wo die religiöse und ethnische Zerstückelung als Ablenkung von den Klassenwidersprüchen dient), haben alle Länder, die nach den statistischen Indikatoren für Armut am untern Ende der Leiter angesiedelt sind – das heisst die grosse Mehrheit der Weltbevölkerung – diktatorische oder repressive Regimes.

Es ist das gleiche kleine Viertel der Weltbevölkerung, das über vier Fünftel der Weltressourcen verfügt, das auch mit dem Luxus der politischen Freiheiten lebt – wie wenn die Breite der politischen Rechte der Individuen sich auf das ihnen sozial zur Verfügung gestellte Energievolumen beziehen müsste und sich auch daran messen könnte. Zur Wechselbeziehung zwischen dem Reichtum der entwickelten Länder und der Armut der Länder auf dem Weg zur Unterentwicklung fügt sich also im Westen der Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und politischer Freiheiten. Daher rührt eine Kausalitätsbeziehung, welche das politische Defizit an Freiheiten, das in der Peripherie vorherrscht und Vorbedingung ihrer Ausbeutung durch das imperialistische Zentrum ist, verbindet mit dem «Überschuss» an Freiheiten, welchen die entwickelten Länder geniessen.

Unsere politischen Freiheiten sind die Sonnenseite einer grundlegenden ökonomischen Ungleichheit, die drei Viertel der Menschheit in den Schatten stellt, in die Not und den biologischen Kampf ums Überleben. In einer bewundernswerten bekenntnishaften Untersuchung hat Jean Ziegler[2] diese schreckliche anthropologische Gegebenheit, auf der jeder von uns wie selbstvedrständlich seine Existenz aufbaut, in Frage gestellt. Die meisten haben taube Ohren aus einem simplen Reflex der moralischen Erhaltung heraus. Das liberal-imperialistische System braucht ein kurzes Gedächtnis und einen gesenkten Blick, um die Millionen von Kadavern zum Verschwinden zu bringen, die ihm gleichzeitig als Horizont und als Sockel dienen.

Nehmen wir an, ein Wunder geschehe: Die Öffentlichkeit kommt dem lieben Gott zu Hilfe und wählt einen Baptistenpfarrer zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, wie sie an die Spitze der französischen Republik einen überzeugten Liberalen gestellt hat. Experten und Dossiers konsultierend, hat nun der eine wie der andere die schmerzliche Pflicht, zu entdecken, dass die grösste Ungerechtigkeit in Afrika, Lateinamerika und im Osten wütet. Sie entscheiden sich also, da und dort der demokratischen Opposition kräftig unter die Arme zu greifen; und das, indem sie die herrschende Klasse überzeugen, in ihrem Land die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Streikrecht usw. einzuführen. Schlagartig hören diese Klassen auf, die herrschenden zu sein, zum grössten Schaden der entwickelten Länder, denen sie bisher gegen Darlehen und militärische Unterstützung Rohstoffe zu günstigen Preisen, billige Arbeitskräfte, Absatzmöglichkeiten und saftige Geschäfte sicherten. Die Völker machen sich die eben erkämpften Menschenrechte zunutze, um gegen die Multis aufzutreten, um den Boden und die Bodenschätze zu nationalisieren, die Ausfuhr von Gewinnen zu stoppen und selber zu ihrer eigenen Kapitalakkumulation zu schreiten. Und siehe da: Als Gegenschlag verzehnfacht sich im Zentrum der Preis für Uranium, Kobalt, Kupfer, Zinn, Bauxit usw.; es gibt beinah blockierte Industriezweige, Fabriken, die geschlossen werden müssen, wichtigste tropische Produkte, die zu rationieren sind. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Hausfrauen gehen mit ihren Kochtöpfen auf die Strasse, die Arbeiter stossen mit der Polizei zusammen: Es gibt Tote. Die Kameraden der Opfer rächen sich Schlag um Schlag. Verhaftungen, Zensur, Aufhebung von Parteien. Der Staat ruft den Ausnahmezustand aus, «um die Sicherheit der Bürger und das höhere Interesse der Nation zu verteidigen». Menschenrechte? – Vorhang zu.

Ein liberaler Staat kann es sich erlauben, die Opposition sagen und machen zu lassen, was sie will, solange dieses «Was sie will» nicht die Grundlagen des Systems der Aneignung von Mehrarbeit gefährdet. Wenn der soziale Überschuss abnimmt, nimmt die Heftigkeit der Kämpfe um seine Verteilung entsprechend zu; und das Verschwinden des «Konsensus» reduziert sehr bald die demokratischen Verhandlungsprozeduren auf ein weniges. Weil sie gemeinsam aus dem etablierten System der Ausbeutung und der Überführung der Werte im Weltmassstab ihren Vorteil ziehen, können *die* herrschenden und beherrschten Klassen, deren Kämpfe nicht auf Leben und Tod gehen, auch weiterhin zusammen von diesem Zustand des Bürgerfriedens profitieren, der allein die Einhaltung der grundlegenden Rechte des Individuums erlaubt.

Wenn die Länder, aus denen der Westen seinen entscheidenden ökonomischen Überfluss zieht (eingewanderte Arbeitskräfte, vereinnahmte «graue Materie», transferierte Technologie, unterbezahlte Rohstoffe und vor allem die aus mehreren Jahrhunderten ungleichem Handel angehäuften Gewinne), anfangen würden, energisch ihr Joch abzuschütteln, sähen sich die schönsten humanistischen Traditionen der Metropolen in Gefahr. Zusammengefasst: Erste Bedingung für die Ausübung der Menschenrechte im Westen ist die Tatsache, dass sie nirgendwo sonst existieren. Die freie Welt braucht ihre Sklaven. Und wie zu den klassischen Zeiten der Sklaverei handeln die grossen Herrschermächte und die lokalen Obligarchien in bestem Einvernehmen; letztere treten ihrerseits einen Teil des ihrem Volk abgenötigten Mehrwertes wieder ab, um das doppelte Spiel in Gang zu halten: in der Vollversammlung die Reden, um das Gesicht zu wahren, und, bei Gelegenheit, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, um sich die Gewinne zu erhalten.

Diese Fabel – eine einfache logische Geschichte – hilft das Verhalten eines Carter oder eines Giscard besser verstehen. Die Klausel der Menschenrechte hört auf zu funktionieren, sobald die Ausbeutungsverträge, welche die Metropole mit ihren Satelliten verbindet, zu zerbrechen drohen – etwa infolge des Aufkommens einer revolutionären Alternative zu den diktatorischen Regimes. Dagegen erscheinen die humanistischen Erörterungen automatisch wieder, wenn diese Alternative verschwindet.

In Chile, Argentinien, Brasilien haben die USA zugewartet, bis der Widerstand des Volkes zermalmt oder gebannt war, um auf die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen. Würde sich die Bedrohung eines Aufstandes am Horizont abzeichnen, sähen sich die Generäle Pinochet, Geisel, Videla oder ihre Stellvertreter beglückwünscht, wie es kürzlich dem Schah von Persien für seine vorbildliche demokratische Wachsamkeit passierte. Als in Nicaragua die Sandinistische Front in die Offensive gegangen war, äusserte das US-Staatsdepartement sein Vertrauen in Somoza, «dass er die volle Respektierung der Menschenrechte wiederherstelle». Man wird ihm erst wieder Vorhaltungen machen, wenn der Aufstand gemeistert ist.

Die Menschenrechte kommen nur dort zum Vorschein, wo man sicher ist, dass ein Volk seine eigenen Rechte nicht mehr warnehmen kann – wie man gewisse Salben erst für die Letzte Ölung hervornimmt. Die Moral des Westens ist eine Blume, die man aufs Leichenfeld pflanzt. Auf christlichem Boden benötigen die Schützen ihre Feldprediger.

Den Import/Export mit einer geistigen Ergänzung zu versehen befriedigt jene Fraktion der französischen Intelligenzija[3], welche die Instrumente der kulturellen Macht in den Händen hat, nicht mehr. Sie erklärt sich bereit für den Dienst des Feldpredigens. Sie bleibt in ihrer Rolle, will Gefallen bereiten. Undankbar ist die Analyse der realen Verhältnisse von weltweiter Ausbeutung und Enteignung, deren Produkte Staat und Gesellschaft im Westen sind. Dankbar hingegen ist es, jene Wesenheiten zu untersuchen, die ihnen als Heiligenschein dienen. «Wir sind reich geworden», sagte Sombart[4] einmal, «weil ganze Rassen für uns gestorben sind; für *uns* sind Kontinente entvölkert worden.» Hier ist einer, der in Regierungskreisen kaum guten Eindruck gemacht hätte.

Wenn es die Funktion der Ideologen ist, die psychische Spannung ihrer Klientel auf das tiefstmögliche Niveau zu bringen, so ist die aktuelle Diskussion der Menschenrechte die leistungsfähigste, die sie führen können: sie vereinigt das Maximum an Annehmlichkeiten mit dem Minimum an Risiko. Da hat man das Denken in seiner sozialen Anwendung. Die hohe Intelligenz, die sich von der niederen durch den freien Zugang zu den Massenmedien unterscheidet, findet sich der Logik des maximalen Publikums – eben derjenigen der Medien – unterstellt. Welcher Mensch kann die Stimme gegen sich selbst erheben? Indem sie sich zum Verwahrer des Menschen macht, als des einen Wesens, des unteilbaren und universellen, über den Klassen, Parteien und Nationen stehenden, fasst die Republik der schönen Wissenschaften – in einem andern Bild gesprochen eine Oligarchie plebiszitären Zuschnitts – alle potentiellen Publika für ein Optimum an Befriedigung zusammen.

* Aus «Le monde diplomatique», Oktober 1978, übersetzt.

[1] Antoine de *Rivarol* (1753–1801), franz. Schriftsteller und Journalist, verspottete die Revolution.

[2] *Main basse sur l'Afrique* (Le Seuil), Paris, 1978. (Eine deutsche Übersetzung ist für 1979 bei Luchterhand geplant.)

[3] Etwa die Nouveaux Philosophes *(Red.)*

[4] Werner *Sombart* (1863–1941), Volkswirtschaftler. Untersuchungen über die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus («Der moderne Kapitalismus»). Schrieb u. a. «Sozialismus und soziale Bewegung», dessen erste Auflage als marxistisch, dessen 10. Auflage als extrem antimarxistisch bezeichnet wird.

Régis Debray, geboren 1941, Philosophie-Studium. 1962 lernt er Fidel Castro kennen, dreht einen Dokumentarfilm über die Guerilla in Venezuela und schreibt über lateinamerikanische Probleme in der Zeitschrift «Les temps modernes». 1967 schliesst sich Debray Che Guevara an, wird Ende 67 in Bolivien zu einer 30jährigen Haftstrafe verurteilt, 1970 vorzeitig entlassen. Lebt bis zum Putsch gegen Allende in Chile. Dann in Paris, als Berater Mitterands und freier Schriftsteller.

- **mit Max Gallo und P.C.E.-Chef Santiago Carrillo. Spanien nach Franco. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung 1975**
- **Kritik der Waffen. Wohin geht die Revolution in Lateinamerika? Rowohlt 1975**
- **bisher nur französisch: Lettre aux communistes français et à quelques autres. Ed. du Seuil 1978**

«das konzept», Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *Januar 1979 bis Dezember 1979 für 18 Fr. (Ausland 22 Fr.)*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*
☐ *Geschenkabonnement, (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf: *Datum:* *dk 12/78*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Ein weiteres Jahr konzeptlos?

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt FLOHMARKT

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.**
Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr)
(Weitere Zeilen 2 Fr. Zeile à 30 Zeichen)

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

treff punkt

Kontaktinserate

Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr., «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

Bärner Psych-Schtudäntin (25/174) suecht **e «gschpürige» Ma zum Gärnha,** Rede, Aalänge, Schwige u wes mues si o Krache. Chiffre C 1215.

Sensibler Mathematiker (29/182/72) sucht im Raum Zürich **interessanten Freund** zum Aufbau einer anspruchsvollen Beziehung. Wohnung und Auto vorhanden. Chiffre B 1214.

Gegenseitiges Aufgehen ineinander, Verständnis für einander, Vertrauen zueinander – dies erhofft sich schnlichst 24j. Basler Student von gleichaltrigem/älterem Studenten/Akademiker. Kunst, Musik, Theater, Reisen sind mir fast ebenso unersetzlich wie eine **tiefe Beziehung zum Mitmenschen!** Chiffre A 1213.

Mann (27/180), schlank, bi., sucht Mann. Wer sucht wie ich nach **Alternativen zur männlichen Rolle?** Bitte schreibe mir mit Bild. Chiffre D 1216.

Unkompl., gutauss. Student möchte **neue Geheimnisse der Liebe** und der Erotik erfahren. Du auch? Wenn Du jünger als 25 Jahre, männl. oder weibl. bist, so schreibe bald. Chiffre E 1217.

Student, 22j., 178 cm gross, blond, sucht einen Jeans-und-Leder-Boy zum **Aufbau einer zärtlichen Freundschaft** oder für gelegentliche Treffs. Jede Bildzuschrift wird beantwortet. Chiffre F 1218.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung

Gratis-Reisepartnersuche

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Je cherche d'accompagner quelqu'un qui ferait un voyage dans les pays de l'Est (surtout **la Hongrie).** Lydia Garreau, (037) 22 64 13.

Ich suche ein Mächen, welches mit mir (17/w) **im Frühling nach Paris** kommen will und einigermassen gut Französisch spricht. Erika Gloor, Friedweg 5, 5600 Lenzburg.

Unternehmungsvoller Schweizer, 27, zurzeit in den USA tätig, sucht Partnerin für **Alaska–Feuerland-Trip.** Dauer ca. 2 Jahre. VW-Bus und Ausrüstung vorhanden. Reisekosten fifty/fifty. Start Frühjahr 79 evtl. 80. Walter Leimgruber, 22, Columbus Ave, New Providence, N. J. 07914, USA.

Fahre Anfang 79 mit Freunden nach Nepal und Indien und suche Leute, die dann **weiter nach Australien** wollen. Wer ähnliche Vorhaben hat, schreibe an: Irmela Tschanter, Friedberger-Anlage 2, 6000 Frankfurt 2, BRD.

Für **Südamerikareise mit öffentlichen Verkehrsmitteln** suche ich (28) Reisepartner(in). Start: Herbst oder Winter 79, für 3–4 Monate. Möchte Dich vor meiner Abreise (März 79) kennenlernen. Ruth Grütter, Büchtoldstr. 15, 8044 Zürich, Tel. G. (01) 241 99 00 (bis 17.00).

Schenken macht Spass.

Spass schenken macht noch mehr Spass.

Werner Nydegger
«AUSLESE»
Cartoons und Karikaturen

160 Seiten zum Lachen und Weinen im Grossformat, davon 45 farbig und alle schillernd.

Werner Nydegger konfrontiert Sie mit den besten Karikaturen und Cartoons die er mit seinem variantenreichen Strich auf dem Weg zur internationalen Anerkennung geschaffen hat.

Ich bestelle ___ Ex. AUSLESE, Werner Nydegger zum Stückpreis von Fr. 29.50

Name:
Vorname:
Adresse:
PLZ., Ort:

Einsenden an:
CARTOONS & COMICS, Postfach 413, 4600 Olten

Ausbildungsinstitut für Psychologie
Abendschule

sucht

Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

für Unterricht, Planung und Betreuung.

Schwerpunkte der AAP:

- Persönlichkeits- und gruppenorientierte Psychologie (Humanistische Psychologie), Gestalttherapie und Gruppendynamik
- Dynamische Psychiatrie

Auskunft erteilt
Akademie für Angewandte Psychologie
Rötelstrasse 73, CH-8037 Zürich.
Telefon (01) 26 47 88, jeweils nachmittags
Dienstag bis Freitag

Akademie für Angewandte Psychologie

Abendschule. Praxisbezogene Vorlesungen und Seminarien in kleinen Gruppen. Als berufsbegleitende Ausbildung in Psychologie bieten wir:

Kurs A: Grundstudium in Psychologie
Dauer: 4 Semester
Neues Semester: Herbst 1979

Kurs B: ▶ Ausbildung zum Therapeuten:
Schwerpunkte:
- Gestalt und Imaginationstherapie und -theorie
- Gesprächsführung (nach ROGERS)
- Gruppendynamik
- Psychosomatik
- Supervision

Dauer: 4–6 Semester
Beginn: April 1979

▶ Ausbildung zum Sozialtherapeuten/Erwachsenenbildner:

Dauer: 4–6 Semester
Beginn: Oktober 1979

Anfragen oder Informationsgespräch bei Akademie für Angewandte Psychologie, Rötelstrasse 73, 8037 Zürich
Telefon (01) 26 47 88, jeweils nachmittags Dienstag bis Freitag

---

Neueröffnung! Neueröffnung!

Fachbuchhandlung

Seit über dreissig Jahren führen wir wissenschaftliche Literatur, Fachbücher- und Zeitschriften aus der DDR.

Mit der Produktion dieser Bücher wurde stets das Ziel verfolgt, den wachsenden Anforderungen der Berufsausbildung, der Weiterbildung, des Studiums, der Forschung und der Praxis zu entsprechen. Diese Bemühungen fanden auch ihren Ausdruck in der ständigen Weiterbearbeitung der zahlreichen Titel.

Viele wissenschaftliche Bücher haben heute an unseren Universitäten einen festen Platz, und manche Fachbücher gehören zum festen Lehrstoff vieler Gewerbeschulen. Zu unseren Hauptkunden gehören auch Betriebs-, Instituts- und Universitätsbibliotheken.

Es ist uns gelungen, unmittelbar neben unserer Buchhandlung ein schönes Ladenlokal zu mieten, in dem Sie in Ruhe unser reiches Angebot überprüfen können.

Wir führen Fach- und wissenschaftliche Bücher aus folgenden Wissensgebieten:

Mathematik, Physik, Chemie/chemische Verfahrenstechnik, Biologie

Technik/Elektrotechnik/Elektronik/EDV

Textil, Holz, Geographie, Geologie, Mineralogie, Astronomie, Umweltschutz

Öffnungszeiten: Montag geschlossen
Dienstag bis Freitag 8.30–12.15, 13.15–18.30
Samstag 8.30–12.15, 13.15–16.00

Buchhandlung Genossenschaft LITERATURVERTRIEB,
8004 Zürich
Abt. Fachbücher und wissenschaftliche Literatur
Zweierstrasse 22 (direkt hinter Eschenmoser), Tel. (01) 242 86 12

Neuauflage – Neuauflage – Neuauflage

das konzept hilft verhüten

unerwünschte Schwangerschaften und, wenn es nicht mehr anders geht, unerwünschte Kinder. Soeben hat «das konzept» die Liste der Ärzte, die Verhütungsmittel liberal handhaben, neu überarbeitet. Auch in das Merkblatt zum Schwangerschaftsabbruch haben wir wieder mehr Informationen zu Kliniken und Ärzten im In- und Ausland aufgenommen, darunter auch Rückmeldungen von Frauen, die mit unserer Dienstleistung etwas anfangen konnten. Sie erhalten die Liste auf Anfrage gratis (bitte frankiertes Antwortcouvert beilegen!).

DISSERTATIONEN

druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.60
100	3.80
150	4.10
200	4.35
300	4.55

Angebot anfordern

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Schnelldruckerei

Frachtverbilligung
Raster billigst!

Plausch-Ferientrümpfe: Winterferien im SSR-Hotel

Skiakrobatik-Kurs in Leysin Fr. 385.-
Hot-Dog-Fahren, Skiballett und Springen, 6 Tage mit Halbpension im SSR-Hotel Universitaire, Skiabonnement und Skiunterricht, 7.-13.1./28.1.-3.2.79

Ski-Hit-Wochen Fr. 225.-
7 Tage mit Halbpension, Doppelzimmer, 6 Tage Skiabonnement

Spezialskikurs in Scuol Fr. 335.-
Für mittlere und sehr gute Skifahrer, 7 Tage mit Halbpension im SSR-Hotel Quellenhof, Generalabonnement und 10 Skilektionen mit Testprüfung und Diplom, 6.-13.1.79 (Doppelzimmer Fr. 350.-)

Skiwochen in Andermatt Fr. 196.-
7 Tage im SSR-Haus Bonetti mit Halbpension (DZ Fr. 245.-)

Skiplausch in Davos Fr. 175.-
SSR-Haus Bolgenschanze, 7 Tage mit Halbpension MZ 182.-
Touristenlager Terminus, pro Woche/Halbpension MZ 175.-

SSR-Reisen
anders als anders
Reisen für junge Leute.

Zürich, Basel, Bern, St. Gallen, Chur, Luzern, Solothurn.

Telefonverkauf: 01/242 31 31

---

b+i

taschenkalender '79

Frauenkalender Fr. 6.80
Herausgegeben von Ursula Scheu und Alice Schwarzer

Roter Kalender gegen den grauen Alltag, Fr. 4.50

Kinderkalender Fr. 5.–

Taschenkalender aus dem Verlag Urachhaus
Fr. 10.–
Dieser Kalender dient der Entwicklung eines zeitgemässen Zeitbewusstseins. Die Gestirne des Himmels, die Zeiten und Rhythmen der Erde, die christlichen Feste und die Geschichte der Menschheit sind seine Grundlagen.

Frauenbuchverlag

310 Seiten, Fr. 19.80, mit vielen Abbildungen

Weismann Verlag

Bildergeschichten von Ro Marcenaro zum Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx & Friedrich Engels

104 Seiten, Fr. 9.80, mit vielen Sprechblasen

Rotbuch Verlag

Peter Schneider
Die Wette
Erzählungen
Rotbuch Verlag Berlin

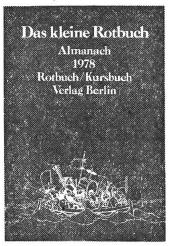
neu

Rotbuch 186, 112 Seiten, Fr. 8.–

Rotbuch Verlag

gratis 70 Seiten

Geschichten, Gedichte und Notizen



In jeder Buchhandlung erhältlich oder bei
buch+information, 8915 Hausen a.A.

Die «erlaubten Höchstwerte» für radioaktive Strahlung werden fragwürdig

Strahlenschäden im Cern?

Von Eva Eliassen («Leser Zeitung»), Beat Schweingruber («das konzept») und Klaus Vieli («focus»)

Unabhängig voneinander liegen 1973 in der Genfer Kinderklinik vier Kinder, die zwei Dinge gemeinsam haben. Das erste: Sie sind körperlich geschädigt, deformiert, und es handelt sich möglicherweise um genetische Schäden. Das zweite: Die Väter dieser vier Kinder sind vor der Zeugung radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen – bedeutend unter dem gesetzlich festgelegten Höchstwert, aber auch bedeutend über der «natürlichen» kosmischen Dosis. Die Väter haben diese Radioaktivität von Berufs wegen abgekriegt, sie arbeiten alle im Cern, dem «Centre européen pour la recherche nucléaire».

Im Cern, getragen von 12 westeuropäischen Staaten (worunter die Schweiz), treiben rund 4000 Leute seit 20 Jahren Kernforschung bzw. Subkernforschung, bis hinunter zu den kleinsten Teilchen, den Quarks. Es handelt sich nicht um ein Atomkraftwerk, es gibt dort keinen Atomreaktor, aber es wird bei wissenschaftlichen Versuchen Radioaktivität freigesetzt. In kleinen Mengen zwar, aber das seit knapp 20 Jahren.

Auch anderswo müssen sich Leute berufshalber radioaktiven Strahlen aussetzen: In Röntgenstationen etwa oder, was jetzt immer mehr in Mode kommt, in Atomkraftwerken. Weil die heimtückische Gefährlichkeit dieser Strahlen nicht zu übersehen ist, hat man die Gefahr reglementiert, Sicherheitsvorschriften erlassen. Man ist ja auch in der Kernbranche nicht durchaus gegen den Menschen. Man ist human.

Trotz Höchstwerten und Sicherheitsvorschriften . . .

Man heftet also den Leuten, die in die Höhle der Gamma- und Beta-Löwen tauchen, kleine Filmstreifen an den Kittel, «Badge» genannt, und wenn die Löwen los sind, dann kratzen sie Spuren in diese Filme. Nach 14 Tagen jeweils wird der Film entwickelt, und man stellt fest, wie angekratzt einer ist. Wenn er vollgekratzt ist, gemäss Reglement, dann darf er eine Weile nicht mehr in die Höhle hinunter, dann werden andere geschickt. Im nächsten Jahr nimmt man an, dass die Kratzspuren verheilt sind, und dann darf er wieder zu den flüchtigen Gamma-Tierchen.

So wird das seit Jahren gehandhabt, und man hat auf diese Weise bisher erfolgreich verhindern können, dass einer nicht mehr lebendig herausgekommen oder dass einem der Arm verdorrt wäre. Was darüber hinaus mit und in den Leuten passiert, das weiss man nicht so genau. Man will es offenbar auch gar nicht wissen. Genaue Untersuchungen darüber fehlen fast ganz und werden auch kaum an die Hand genommen. Die Energie-Manager, die mit Atomanlagen hantieren wie mit Börsenpapieren und im Brustton tiefster Überzeugung die Harmlosigkeit ihrer Strahlenfabriken verkünden, bringen höchstens ein schwaches Seufzen hervor, wenn es darum geht, die behauptete Harmlosigkeit wissenschaftlich unter Beweis zu stellen.

. . . merkwürdige Vorkommnisse bei «Cern-Kindern»

Im Falle des Cern in Genf hat letzthin ein österreichischer Wissenschafter etwas Unruhe in die betuliche Selbstsicherheit gebracht. Der Mann, Dr. nat. techn. Arnulf Pichler, hatte während 12 Jahren als Uno-Mitarbeiter in Genf gelebt, und zwar in Meyrin, der Standortgemeinde des Cern. Ein Nachbar und Landsmann von Pichler arbeitete als Elektrotechniker im Cern. Dessen Frau brachte ein erstes und drittes Kind gesund zur Welt, das zweite aber hatte keine Geschlechtsorgane und starb nach wenigen Tagen. Das war 1963. Dazu Pichler: *«Da die Missgeburt von den Ärzten im Kantonsspital eindeutig auf eine Genschädigung zurückgeführt wurde und der Elektrotechniker sich aus beruflichen Gründen zeitweise im strahlungsbedrohten Bereich aufhalten musste, vermutete er, dass Strahlung die Ursache der Missgeburt war, obwohl die Kontrollfilme nie eine Überschreitung der zulässigen Dosis angezeigt hatten. Die befragten Ärzte im Cern schlossen diese Möglichkeit zwar nicht aus, verwiesen aber auf die vielfältigen anderen Ursachen von Genschädigungen (. . .).»*

10 Jahre danach, 1973, lernt Pichler eine Physiotherapeutin kennen, die in der Kinderklinik des Kantonsspitals Genf arbeitet. *«Sie erzählte, dass in dieser Abteilung durchwegs gengeschädigte Kinder von der Geburt bis zum vollendeten 14. Lebensjahr betreut werden. Nach diesem Alter müssen sie entweder an ihre Familie oder an eine soziale Institution abgegeben werden. Damals waren 28 Kinder aus dem ganzen Kanton Genf in der Abteilung untergebracht, davon stammten 21 aus der Gemeinde Meyrin, und davon wiederum kamen 18 aus Familien, von denen mindestens ein Elternteil im Cern beschäftigt war.»*

Pichler macht sich seinen Reim auf die Harmlosigkeit radioaktiver Strahlung auch in zulässigen Mengen, und publiziert seine Informationen 1976 in einigen kleinen österreichischen Blättern, darunter den «Vorarlberger Nachrichten». Die Angaben werden in diversen Leserbriefen weiterzitiert, auch in der Schweiz, und im Oktober 1977 erhält die Cern-Leitung offiziell Kenntnis von den zwar vagen, aber schwerwiegenden Vorwürfen.

Eine Alibi-Untersuchung . . .

Und was tut die Cern-Leitung? Sie lässt die Vorwurfsfälle untersuchen, um alsdann festzustellen, dass alles nicht wahr ist. Der Elektrotechniker mit dem missgebildeten Kind von 1963 wird eruiert. Im Archiv werden seine Kontrollfilme von damals überprüft. Der Mann war tatsächlich im strahlungsgefährdeten Bereich, aber, so versichert uns Cern-Direktor Lévi-Mandel, *«die Einstrahlung auf den Filmen war Null!»* Pichler seinerseits ist sicher, dass sein Landsmann ihm etwas anderes gesagt hat: *«Es war unterhalb des Toleranzwertes, aber es war nicht Null.»*

Der Betroffene war leider nicht aufzufinden. Das Cern hat uns den Namen nicht preisgegeben. Aber auch von Pichler haben wir ihn nicht erfahren. Die Geschichte habe den Mann psychisch sehr belastet, und er wollte nichts mehr davon wissen. Das tönt etwas merkwürdig für jemanden, der seinerzeit selber einige Ärzte mit seinem Verdacht bemüht hat. Direktor Lévy-Mandel hilft uns weiter: *«On lui a demandé de ne pas prendre d'actions.»* Auf deutsch: Man hat ihn aufgefordert zu schweigen. Der Mann arbeitet immer noch im Cern . . .

Um die Aussagen der mutmasslichen Physiotherapeutin zu überprüfen, wird unter der Führung des Leiters der Kinderklinik, Prof. Pierre E. Ferrier, eine eingehende Untersuchung durchgeführt. («Mutmasslich» deshalb, weil laut Ferrier und Lévy-Mandel diese Dame nie habe ausfindig gemacht werden können.)

. . . mit interessanten Ergebnissen

Die Untersuchung ergibt nach Auskünften der Cern-Direktion folgendes: Im Jahr 1973 haben insgesamt 416 Kinder den physiotherapeutischen Dienst beansprucht, mehrheitlich ambulant. 166 davon können sofort ausgeschieden werden, da die Herkunft ihrer Schädigung eindeutig anderweitig lokalisiert ist. Unter den verbleibenden 250 finden sich tatsächlich 18, von denen ein Elternteil im Cern arbeitet, bei sechs davon allerdings erst nach der Geburt. Von den restlichen 12 Kindern können wiederum 8 Fälle ausgeschieden werden, da deren Krankheiten mit Sicherheit nicht auf Schädigung des Erbgutes zurückzuführen sind. Es bleiben somit 4 Kinder, bei denen eine *genetische Schädigung «nicht auszuschliessen ist».*

Kontrolle der Filmstreifen im Archiv, wie gehabt. Ergebnis: Alle vier Väter haben ihre Kratzer im Film, alle haben ihr Quantum Radioaktivität abgekriegt. Das geht von 240 mrem (Millirem) in 2 Jahren bis zu 3370 mrem in 3,5 Jahren, oder, in Mittelwerten 120–960 mrem/Jahr.

Das heisst einerseits: Alle Werte sind höher als die in Genf übliche kosmische Strahlung von etwa 85 mrem/Jahr. Aber sie sind auch alle unter dem deklarierten Höchstwert von 5000 mrem/Jahr. Grund genug offenbar für die Cern-Leitung, die Hände befriedigt in den Schoss zu legen: Seht, es ist gar nichts dran, es ist alles in Ordnung, den Vorschriften wurde genüge getan.

Die Untersuchung wird im übrigen auch nicht veröffentlicht.

Willkürliche Grenzwerte

Aber wie sind diese Höchstwerte festgelegt worden? Man hat einfach unterhalb einem bestimmten rem-Wert «keine Schädigung mehr festgestellt. Nichts, was man sehen, fühlen oder sonstwie hätte feststellen können», erklärt Dr. Hertz, oberster Chef des Strahlenschutzes im Cern. Dann hat man diesen Wert noch durch fünf oder zehn dividiert, zur Sicherheit, und so ist man auf die 5000 mrem/Jahr gekommen. Im Grunde ein völlig willkürlicher Wert.

Das ist etwa so, wie wenn man den erlaubten Alkoholpromillewert für Autofahrer bestimmt, indem man feststellt, dass ein paar Leute fünfzigmal mit 2 Promille herumgefahren sind, ohne einen Unfall zu bauen.

Die Idee, dass vielleicht die Vorschriften nicht genügend sind, scheint die Herren vom Cern nicht weiter zu belasten. Es müsste doch immerhin zu denken geben, dass von vier Cern-Kindern volle 100% bestrahlte Väter haben, obschon nur etwa 30% des Cern-Personals überhaupt mit dem Strahlungsbereich in Kontakt kommen.

Vier Kinder sind zwar statistisch keine relevante Grösse, aber es sind vier Kinder, und möglicherweise bloss die Spitze eines Eisbergs. Wenn die Cern-Leute wirklich an einer aufschlussreichen Untersuchung interessiert gewesen wären und nicht bloss an einer Alibi-Übung, dann hätten sie im Kinderspital die Situation in all den Jahren seit Bestehen des Cern untersuchen müssen und nicht einfach gerade das Jahr, von dem eine Angestellte etwas ausgeplaudert hat.

Im weiteren hätten sie ihre Untersuchung auf das gesamte fragliche Cern-Personal ausdehnen müssen, hätten feststellen müssen, wie viele Totgeburten, Fehlgeburten und missgebildete Kinder da vorkommen, und diese Werte wären mit denjenigen der Gesamtbevölkerung zu vergleichen.

Eine solche Untersuchung könne man nicht machen, meint Direktor Lévy-Mandel. *«Man kann die Eltern nicht fragen: Haben Sie ein deformiertes Kind? Das verletzt die Privatsphäre.» (Die darf offenbar nur verletzt werden, wenn es um politische «Sicherheit» geht.)*

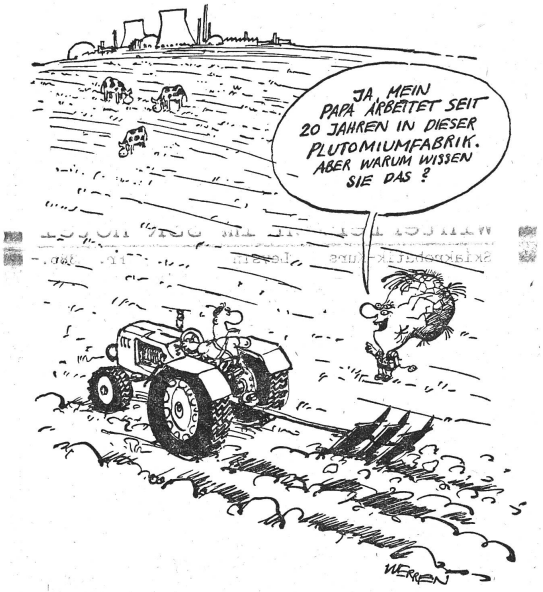
Und so wird nicht weiter geforscht. Das heisst, geforscht wird schon, das Cern verbuttert dafür 650 Millionen Franken im Jahr. Aber ausschliesslich für die physikalische Grundlagenforschung und nicht für Fragen wie die Schädlichkeit von radioaktiver Niedrigstrahlung.

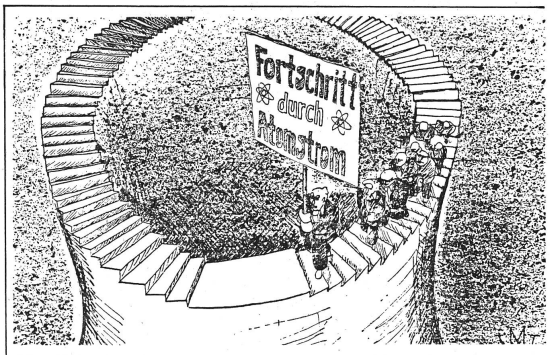
Cern untersteht keiner externen Kontrolle

Die Aussagen des Cern über die minimalen Strahlenmengen, denen das Personal ausgesetzt ist, wollten wir beim Eidgenössischen Gesundheitsamt, Sektion Strahlenschutz, und beim Genfer Fabrikinspektorat überprüfen. Beide Stellen haben Kontrollpflichten für Betriebe wie das Cern. Dabei ist Erstaunliches zu erfahren. Anders als in den schweizerischen Atomkraftwerken haben die staatlichen Strahlenschutzleute keine Kontrollbefugnisse und keinen Zutritt im Cern. Die Forschungsorganisation hat sich bisher auch geweigert, sich den Vorschriften des Arbeitsinspektorats zu unterstellen, wie das bei Betrieben dieser Grössenordnung sonst obligatorisch ist. Als übernationale Organisation untersteht das Cern nicht den schweizerischen Gesetzen und Vorschriften, und das Gelände, auf dem es sich befindet, ist exterritoriales Gebiet.

Das Cern gibt sich selber die Vorschriften und kontrolliert deren Anwendung, erklärt Direktor Lévy-Mandel. Diese seien allerdings sehr streng, strenger und zweckmässiger als diejenigen der Staaten, die das Cern finanzieren. Und ernsthafte Pannen mit höheren Strahlenmengen als den tolerierbaren 5000 mrem/Jahr habe es im Cern noch gar nie gegeben.

Ob und in welchem Ausmass radioaktive Strahlen des Cern zu den Geburtsschäden führten, können wir nicht klar sagen. Klar ist uns im Verlaufe unserer Untersuchung aber geworden, wie gefährlich es ist, ein Gebiet wie die Atomtechnologie in grossem kommerziellem Massstab anzuwenden, solange noch so viele entscheidende Fragen offen sind. ●





33× Kernenergie

Weisswascherei im Konterangriff

«Schweizer Experten stehen Red und Antwort.» So heisst der neueste Coup der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA). Mit der Broschüre «33× Kernenergie» liefern unbefangene Experten ungefragt Antworten. Der Preis der «Expertise»: 1 Schweizer Franken. Erhältlich in Buchhandlungen; gedruckt – psychologisches Detail – auf Umweltschutzpapier.

*

33 Fragen, der Argumentation der AKW-Gegner entnommen, werden auf je einer halben Seite objektiv beantwortet. Das darf man doch annehmen, denn der zur Antwort gehörige Kopf, der den Rest einer Seite für sich beansprucht, hat die Aufgabe, fachmännisch, ernst und vertrauenerweckend-kompetent in die Welt zu schauen. Wenn polemisch gefragt wird: «Gibt es die sogenannte Atomlobby wirklich, die mit Kernkraftwerken Millionen verdient?», darf der geneigte Leser dreimal raten, in welchem Sinne die Antwort ausfällt.

Des Rätselratens kurzer Sinn: Mit scheinheiliger Pseudoobjektivität sollen auf 39 Seiten Bedenken aus dem Weg geräumt, Ängste abgebaut, Kritiken umgepolt werden. Die Atomlobby buhlt ums Vertrauen in ihr unbelastetes Fachwissen.

Soweit der Kurzbeschrieb. Noch etwas: Unter den 33 Experten befindet sich keine einzige Frau . . . Dafür wimmelt es nur so von bebrillten Herren (sind sie alle kurzsichtig?), die krawatten- und titelbeschmückt dem Leser im Sinne der sicheren Zukunft entgegenlächeln.

*

Ein gewisser Pierre Krafft, unter anderem Direktor der Elektrowatt AG, hat Bedenken gegenüber alternativen Energiequellen. So meint er, dass «die Windenergie . . . nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden» könne, «in welchen z. B. der Eingriff in die Landschaft hingenommen wird». Zusatzfrage: Und wie steht es mit dem von Kühltürmen geprägten Landschaftsbildern?

*

Ambros P. Speiser, Prof. Dr., Direktor, Chef der Konzernforschung der BBC Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. (bitte tief Luft holen), meint es nur gut mit der Menschheit. Statt Strom aus Kohle will er Strom aus Atom. Das tönt dann so: «Sowohl aus der Sicht der Kosten als auch vom Standpunkt des Umweltschutzes ist ein Kernkraftwerk vorteilhafter als ein Kohlekraftwerk.» Bei der Verbrennung von Kohle entsteht Kohlendioxyd. Und weiter: «Es bestehen Anhaltspunkte, dass dieses Gas in der Atmosphäre verbleiben wird und dass diese Anreicherung zu weltweiten Klimaveränderungen führen könnte.»

Gut gebrüllt, Löwe! Allein, wo bleibt die konsequente Haltung? Wo bleibt das konsequente Streben nach umweltfreundlichen Technologien? Führt der Weg tatsächlich nur – wie Herr Speiser meint – über die Atomenergie? Wie steht es zum Beispiel mit der furchtbaren Blutkrankheit Leukämie, die in weitester Umgebung von AKWs massiert auftreten soll (vgl. «Focus», November, 1978)?

Frage an Herrn Speiser: Was im Innern der Körper Ihrer lieben Mit-Konsumbürger vorgeht, gehört das nicht auch zur Umwelt? Für Ihresgleichen heisst dieser Bereich wohl «Privatsphäre des Individuums». Da wird nicht rumgefummelt. Nur hineingestrahlt.

Noch ein Hinweis: Tatsächlich spricht Speiser nur von Tatsachen. Unterschwellig spielt er mit der Angst. Ich meine die Kombination Gas–Atmosphäre–Klimaveränderung. Wer denkt da nicht ans Treibgas Freon? Wer hat keine Angst vor Hautkrebs? Von Freon hat Speiser nichts geschrieben (besser: schreiben lassen). Aber auch die SVA hat ihre Psychologen . . .

*

Diplomingenieur Axel Schreiber vom Kernkraftwerk Mühleberg hält fest, dass bei der Berichterstattung über AKW-Unfälle die Presse «es . . . mit der Wahrheit nicht einmal besonders genau» nehme. Und betont: «In Wirklichkeit ist durch Strahlung aus den rund 200 Kernkraftwerken noch nie ein Mensch zu Schaden gekommen, und (im gleichen Atemzug) die Sicherheitsvorrichtungen haben stets, wie vorgesehen, funktioniert.» No comment!

*

Fazit: «33× Kernenergie» ist eine interessante, unbedingt lesenswerte Broschüre. Sie zeigt, wie man einen wichtigen Abstimmungskampf anzieht. Mit Fachleuten und mehr oder weniger wahren Tatsachen. Abweichung vom Mittelmass plus/minus 50 Prozent. Damit die Abstimmung hundertprozentig stimmt, bleibt zu hoffen, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Einen Fehler hat das Ganze schon jetzt: Die sonst so weissen Kragen der Atomherren sind lediglich grau. Kunststück: Alles kann man nicht weisswaschen – auf Umweltschutzpapier schon gar nicht.

Michael Ausfeld

Radioactive Höchstwerte im Wanken

In letzter Zeit häufen sich die Aussagen von Wissenschaftern, wonach die heute tolerierten Höchstmengen an radioaktiver Strahlung keineswegs ungefährlich sind:

Professor Karl Z. Morgan, jahrelang Vorsitzender jener internationalen Kommission, welche die Höchstwerte für radioaktive Belastung festgesetzt hat, erklärt aufgrund neuester Forschungen, dass die Langzeitfolgen schwacher radioaktiver Strahlung weit unterschätzt worden seien. Diejenigen, die in der Nähe «normal funktionierender» AKWs leben, müssen demnach in etwa dreissig Jahren mit Spätschäden rechnen (Vgl. «das konzept» Nr. 11/78)

Walter Soyka, wissenschaftlicher Berater der Universität Bremen, findet heraus, dass seit Inbetriebnahme des Plutoniumreaktors Lingen (bei Bremen) im Gebiet der Haupt-Windrichtungen die Leukämie-Erkrankungen von Kindern sprungartig zugenommen haben. (Vgl. «focus» Nr. 11/78)

Ernest J. Sternglass, Professor für Strahlenkunde in Pittsburgh, schliesst aufgrund umfassender Untersuchungen:
– Föten, Säuglinge und Kinder sind 100- bis 1000mal empfindlicher auf Strahlungen als Erwachsene. Sogenannte ungefährliche «Niedrig»-Strahlung kann zu Totgeburten, schweren Missbildungen, Leukämie und Krebs führen.
– Radioaktive Gifte wie Strontium 90, Cäsium 137, Jod 131 und andere (die auch bei AKW im Normalbetrieb in Nahrungsmittel und Milch gelangen) werden vom Körper aufgenommen und darin angereichert.
– Die Radioaktivität im Körper kumuliert sich, eine Ausscheidung der Stoffe oder ein «Heilungsprozess» angegriffener Organe findet nicht unbedingt oder nur in geringem Masse statt. (Somit ist auch eine Sicherheitslimite von 5000 Millirem im Jahr ein illusorischer Schutz.)
– Es gibt also keine untere Grenze der Gefährlichkeit von Radioaktivität.
(Vgl. «focus» Nr. 3/78)

Wer im Flitzer gern mal sitzenbleibt.
Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt.
Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.

GAULOISES

Das gibt's doch nicht!

XEROX-KOPIEN

für 10 Rp.

Einführungspreis

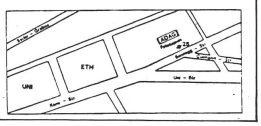
gibt's doch!

ab 13. Nov. 78

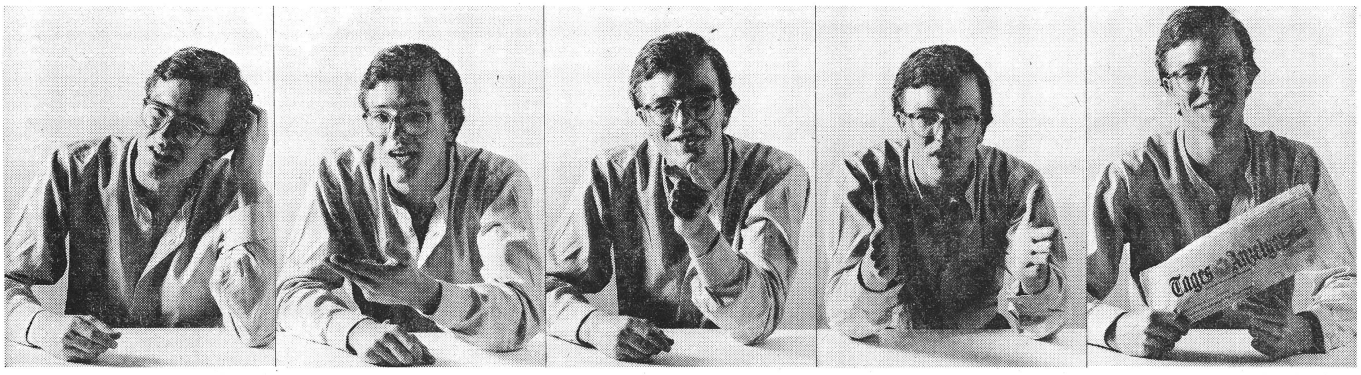
Oeffnungszeiten:
Montag - Freitag
8.00 - 18.00 Uhr

ADAG COPY-CENTER Administration & Druck AG

Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54



Wer de Tagi liest, cha über alles mitrede.



Es ist doch so: Mit allen Leuten können Sie nicht über die gleichen Themen reden, über die Sie sich mit Ihren Kollegen unterhalten.

Und mit Ihren Kollegen wollen Sie sehr wahrscheinlich auch einmal über etwas anderes reden als übers Studium.

Der Tages-Anzeiger schreibt täglich über Dinge, die gerade Gesprächsthema sind und für die sich viele interessieren. Sei es etwas aus der Politik oder aus der Wissenschaft, aus dem Sport oder aus Zürich und seiner Umgebung.

Aber auch weniger Alltägliches kommt zur Sprache. Auf den Kulturseiten und ganz besonders im farbigen Magazin, das der Samstagausgabe beiliegt. Es greift nicht nur Gesprächsthemen auf; es hat ebensooft schon Gesprächsthemen geschaffen.

Nebenbei macht sich der Tages-Anzeiger auch als Vermittler von Zimmern und Wohnungen, von Stellen oder Gebrauchtwagen nützlich.

Es liegt uns viel daran, dass gerade Sie als Student mitreden und Ihre Meinung äussern. Und deshalb erhalten Sie während Ihres ganzen Studiums das Tages-Anzeiger-Abonnement mit 30% Rabatt.

Tages-Anzeiger

30% Studentenrabatt.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.
☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ monatlich Fr. 7.— ☐ halbjährlich Fr. 39.90
☐ vierteljährlich Fr. 20.15 ☐ jährlich Fr. 79.10

Name
Strasse 7512
PLZ, Ort
Fakultät
Semester

Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich

WDW

Kleiner Überblick über die studentische Bewegung in der Westschweiz

Apathie weit verbreitet

Leider muss man feststellen, dass an einigen Unis der Westschweiz sogar das Minimum an Strukturen, das für eine Aktion erforderlich ist, fehlt: An der Uni Lausanne sind die Aktivitäten der *AGECITE* nach langem hin und her 1971 von den Studenten eingestellt worden; seit 1972 existiert die *FEN* in Neuenburg nicht mehr (Selbstauflösung durch die Studenten). In Genf vertritt seit 1971, ein Jahr nach der Aufhebung der Zwangskörperschaft, die *CUAE* (Conférence universitaire des associations d'étudiants), eine Art Fachschaftskorporation, die Interessen der Fachgruppenmitglieder gegenüber den Behörden. Diese Organisation ist nicht Mitglied des VSS, sie lebt nur von Subventionen und Spenden, ohne Beitragsgelder.

Als löbliche Ausnahme muss man aber das AGEPOLY der ETH Lausanne erwähnen. Diese Studentenschaft, zusammen mit Freiburg die letzte, die auf Zwangskörperschaft basiert, ist recht aktiv. Sie ist u. a. wesentlich an der Schaffung der *«UNES-Presse»* beteiligt gewesen und setzte sich mit Eifer für die Gründung der *EER* (Editions étudiantes romandes) ein, welche die «UNES-Presse» herausgibt.

Die *AGEF*, in Freiburg hat wohl das Glück, in den neuen Unistatuten verankert zu sein, doch scheinen die meisten Studierenden nicht sehr an ihrer Zukunft interessiert zu sein. Vorletztes Jahr war das AGEF-Komitee – die Exekutive – während mehr als eines Semesters kaum mehr funktionsfähig. Im Studentenrat ist fast an jeder Sitzung das 50%ige Quorum der gewählten «Abgeordneten» nicht erreicht.

Die Art und Weise, wie man in der Westschweiz die studentischen Forderungen durchboxen wollte, die Formen, die dabei gewählt worden sind (meistens Vollversammlungen statt Urnenkonsultationen, weniger Parlamentarismus), kurz: die labile Strukturierung beschleunigte einen raschen Verfall der Westschweizer Sektionen des VSS. Es ist aber anscheinend nie ernsthaft versucht worden, gerade diesen Mangel in den Strukturen der Sektionen durch eine institutionalisierte Zusammenarbeit, mindestens auf nationaler Ebene, zu sichern. Es ist äusserst schwer, den genauen Gründen für die Verschlechterung der Beziehungen zur Westschweiz und für das Scheitern vieler Vorstösse auf die Spur zu kommen.

Es wäre aber naiv, als Deutschschweizer zu glauben, man könne die Romands zu vermehrter Mitarbeit im Verband motivieren, solange dieser seine Informationen mehrheitlich nur noch in deutscher Sprache herausgibt (Grundsatzentscheid 1973, nach dem Rückzug der Lausanner-Modell-Initiative).

Die weitverbreitete Apathie der Romands steht natürlich auch mit dem Scheitern der 68er Postulate – Mitbestimmung bei Berufungen, gemeinsame Planung der Lehrinhalte usw. – in Zusammenhang. Die Beziehung zum Pariser Mai war begreiflicherweise enger als in Bern und Zürich, entsprechend stärker waren auch gewisse Illusionen . . .

Laurent Duvanel,
membre du comité de l'UNES

PS: Il est encore nécessaire de remercier nos copains suisses-allemands de la confiance qu'ils ont accordé à notre minorité linguistique. Ce merci peut paraître un peu bizarre, mais l'esprit de collaboration n'est pas toujours tellement évident que cela entre deux mentalités si différentes.

UNES*-Presse

Die «UNES-Presse» ist ein überregionales Studentenblatt der Westschweiz (getragen von VSS, AGEF, AGEPOLY und CUAE). Seit der ersten Nummer (1977) sind vier weitere erschienen. Ziel des Organs ist die Verbesserung des Informationsflusses zwischen den welschen Hochschulen.

* UNES: Union nationale des étudiants suisse

Sprach- und Kulturbarriere auch für Studenten

Ils sont fous, ces Romands!

ld. Vermutungen, die Romands seien verrückt, sind wahrscheinlich für einen waschechten Neuenburger nicht zu verantworten. Es ist leider eine Tatsache, dass die meisten deutschschweizerischen Studenten eher schlecht über die Verhältnisse «de l'autre coté de la Sarine» informiert sind. Klischeevorstellungen von den gemütlichen Romands, die gerne trinken und zuviel reden, prägen immer noch das idyllische Bild der Westschweiz, wo sich das Leben mit einem Hauch von Anarchismus entfaltet.

Obwohl die Distanzen bei uns lächerlich kurz sind, fühlt man sich nach einer Stunde Zugfahrt ins Welschland praktisch wie im Ausland. Die föderalistische Grundlage unserer «Heimat» hat ihre Spaltungsaufgabe auch im Hinblick auf die studentische Bewegung gut erfüllt: Immer deutlicher vertieft sich der Graben zwischen den Sprachgebieten; die Erfahrungen des einen nützen dem anderen nichts, Erziehungsdirektor Gilgen ist den Romands kein Begriff, und in der Deutschschweiz kennen nur wenige François Jeanneret, der als Vorsteher der Erziehungsdirektion des Kantons Neuenburg eine ähnliche Rolle spielt.

Kennt man bei uns viel zuwenig die «exotische» Romandie, so wollen umgekehrt die Westschweizer kaum etwas von der «rauhen» Deutschschweiz wissen. Eine der Ursachen dafür ist, der ach so gute Föderalismus, aber er ist nicht die einzige; man muss berücksichtigen, dass erstens die ziemlich einseitige Presseinformation ihren Beitrag zur Entfremdung und zum gegenseitigen Misstrauen leistet, indem sie das «Feindbild» einmal indirekt via fehlende Berichte über wichtige Themen, einmal direkt mit heissen Beguelin- und Ziegler-Zitaten aufpoliert (das gibt den Eindruck, die Welschen seien nur zu negativer Kritik fähig).

Zweitens bildet der vielfach mangelhaft und schlecht koordinierte Fremdsprachenunterricht eine schlechte Voraussetzung für «nichtmuttersprachliche» Kontakte. Es nützt nichts, pauschal von der «drohenden Germanisierung» zu sprechen, vielmehr wäre hier eine umfassende Untersuchung am Platz, die endlich einmal die Hintergründe und den Nutzen solcher nationalistischer Kampagnen gegen «Dütsch» aufdecken.

bildungs—news

VSS-Kurzinformationen — **Redaktion: Martin Graf, Vorstand VSS**

Ohne Gilgen-Erlaubnis kein Seminarbesuch

Der Fall Kamber ist bekannt: Die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich hat die Wahl des (von seinem Professor vorgeschlagenen) Geschichtsstudenten zum Tutor ohne Angabe von Gründen abgelehnt – höchstwahrscheinlich aber wegen seiner Beteiligung an «subversiven» Umtrieben in einer Rekrutenschule. Die Antwort auf Kambers Rekurs in dieser Sache schliesst mit den Worten: «Schliesslich möchten wir Sie noch ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass die Mitwirkung an Lehrveranstaltungen der Universität als Lehrbeauftragter oder Assistent nach den Bestimmungen der Universitätsordnung der Bewilligung durch die Erziehungsbehörden bedarf, und zwar unabhängig davon, ob diese Mitwirkung vom Staat bezahlt wird oder nicht. Falls Sie trotz der Ablehnung Ihrer Anstellung als Unterassistent an Lehrveranstaltungen des Historischen Seminars mitwirken sollten, müsste die Erziehungsdirektion die entsprechenden Sanktionen treffen..» Das einfachste wäre doch, die ED würde für alle politisch verdächtigen Studenten die Pflicht zur persönlichen Voranmeldung beim Herrn Erziehungsdirektor vor dem Besuch eines Seminars einführen!

Kanton Bern: Schizophrene Finanzpolitik?

Der Grosse Rat des Kantons Bern beschloss am 14. November gegen die Stimmen der SP und der Freien Fraktion, die Steueranlage um ein Zehntel zu senken. Staat und Gemeinden erleiden dadurch beträchtliche Einbussen im Gesamtbetrag von rund 150 Millionen Franken. Und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo allenthalben gejammert wird, es sei zuwenig Geld vorhanden für Schulen, Universitäten und soziale Einrichtungen! Einerseits bereitet man wegen der ungesicherten Finanzierung der Universitäten einen Numerus clausus vor, anderseits spricht man sich Steuergeschenke zu – ist das nicht schizophren? Von der Interessenlage der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rates her gesehen durchaus nicht, ist es doch die durch die Ratsmehrheit vertretene Minderheit der Grossverdiener, die von diesen Steuergeschenken verhältnismässig viel mehr profitiert als die kleinen Leute. Die Grossverdiener brauchen ja auch im Gegensatz zu den kleinen Leuten keine Sozialeinrichtungen, und die Finanzierung der Bildung ihrer Kinder braucht ihnen keine Sorgen zu bereiten . . .

Berner Unigesetzrevision ohne Studenten

Wie mehr oder weniger zufällig zu erfahren war, bereitet in Bern seit diesem Sommer eine vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe eine Teilrevision des Universitätsgesetzes vor. Die Studentenschaft war vermessen genug, sich einzubilden, auch sie hätte da etwas mitzureden. Sie musste aber bald einsehen, dass sie Fragen wie die der Verankerung des NC im Unigesetz oder neuer Strukturen der Universitätsleitung eigentlich nichts angehen. Ihre höfliche Anfrage auf Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe wurde nach nicht minder höflichem, dreieinhalbmonatigem Wartenlassen dahingehend beantwortet, es handle sich lediglich um eine «verwaltungsinterne Arbeitsgruppe», die sich im übrigen um eine «angemessene Informationspolitik» (sic!) bemühen werde. Die Brisanz der zu behandelnden Themen lässt eine solche gutbernische (vive l'Ancien régime!) Geheimniskrämerei sehr wohl verständlich erscheinen . . .

BL: Numerus clausus für Seminaristen

Hauptdiskussionspunkt der Schulgesetzdebatte im Baselländer Landrat vom 13. November bildete die Frage, ob der Regierungsrat die maximale Schülerzahl für das Lehrerseminar festsetzen dürfe. SP-Sprecher wiesen darauf hin, es sei reichlich inkonsequent, einerseits mit Millionenbeiträgen an die Basler Universität einen dortigen NC zu verhindern und andererseits Lehrerkandidaten durch einen NC zu benachteiligen. Ausserdem müsste ja die Seminarausbildung nicht unbedingt zum Lehrerberuf führen, sondern biete eine breite Grundlage für weitere attraktive Berufe. Der Rat entschied deutlich gegen den SP-Streichungsantrag und also für die gesetzliche Verankerung des NC, nachdem Erziehungsdirektor Jenni unter anderem noch auf die finanzielle Lage des Kantons hingewiesen hatte (zur Finanzpolitik der Kantone im allgemeinen siehe oben!).

Wie man elegant den Zwangskörperschaftsgegnern entgeht

In Neuenburg wurde einmal von rechtsstehenden Studenten gegen die Zwangsbeiträge Klage erhoben: Kurz darauf teilte das Rektorat mit, dass den Leuten, die nicht zahlen wollten, ihr Geld an der Unikanzlei zurückerstattet werde. Der Erfolg war bezeichnend: Von etwa 1600 Studenten kamen ganze vier (4!) Unzufriedene ihre 10 Fr. abholen . . .

das konzept Tip

Atomgesetzrevision

Das revidierte Atomgesetz erhebt den Bau und den Betrieb von Atomanlagen zur nationalen Aufgabe und zentralisiert alle Kompetenzen in der Hand des Bundes. Der Bevölkerung verbleiben nach wie vor überhaupt keine gesetzlichen Entscheidungsrechte. Das Komitee gegen die Teilrevision des Atomgesetzes hat kürzlich eine *Broschüre* produziert, wo man nachlesen kann, wie die Rahmenbewilligung gehandhabt, das Problem der Lagerung von radioaktiven Abfällen gelöst werden soll oder was die Behörden mit den ausgedienten AKWs zu tun gedenken usw. Im weiteren hat das Komitee beschlossen, das Referendum gegen die Teilrevision zu ergreifen. Für die Unterschriftensammlung werden noch Helfer gesucht.

Die Broschüre kann beim Zürcher Komitee gegen die Teilrevision des Atomgesetzes, c/o Beatrice Hasler, Austrasse 47, 8045 Zürich, oder bei Esther Tobler, Weststrasse 35, 8400 Winterthur, bestellt werden. Preis 50 Rappen. Unterschriftensammler können an obiger Adresse auch Unterschriftenbogen beziehen. Für die noblen Spender steht das PC 80 - 25899 zur Verfügung.

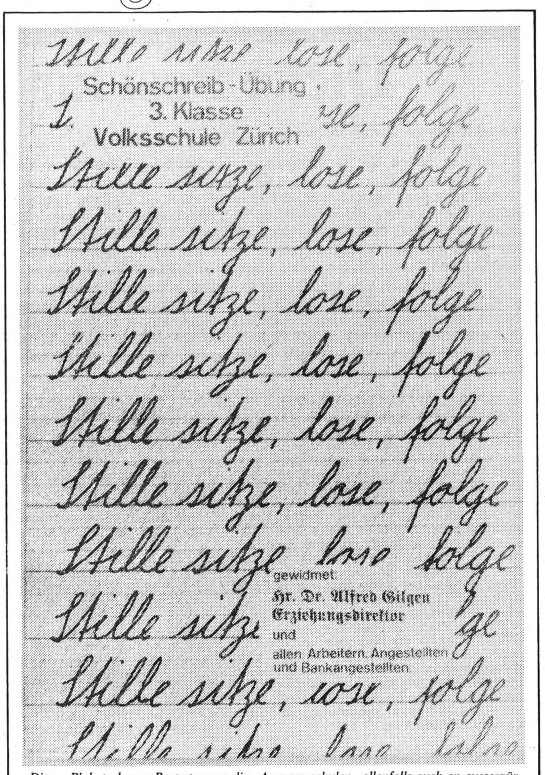
Steibock-Fest

Die Alternativzeitung für den Kanton Nidwalden, «Steibock», lädt am 13. Januar 1979 um 13.30 Uhr und 20 Uhr im «Chäslager» Stans zu einem Zeitungsfest mit viel Musik, Alternativem und Kreativem ein. Mit von der Partie sind Res Gwerder, Martin Heiniger und Urs Zumbühl, hoffentlich viele junge Künstler zum Kindermalen, Händler und Käufer auf dem Alternativenmarkt.

«Der Alltag»

«Der Alltag» heisst eine neue schweizerische Vierteljahresschrift (herausgegeben von Walter Keller und Nikolaus Wyss). Angefangen hat es mit Talk-Shows, welche die Herausgeber im Zürcher Theater an der Winkelwiese unter dem Titel «Schule des Alltags» durchführten. Die als Nr. 3 gezeichnete neuste Nummer (1 und 2 waren Programmhefte) bringt unter anderem Beiträge – in subtiler Analyse – über den Zürcher Hauptbahnhof und seine vielfältigen Benützer, über den Autor des Buchs «Männerphantasien», Klaus Theweleit, über die Arbeit und das Barackenleben der Tunnelarbeiter am Furka.

«Der Alltag», Nr. 3, Oktober 1978, 5 Fr. In Buchhandlungen und an Kiosken.



Dieses Plakat, dessen Protest gegen die «Anpasserschulen» allenfalls auch an ausserzürcherische Erziehungsdirektionen und Lehrkräfte gerichtet sein könnte, ist für 5 Franken erhältlich bei: Voxpop, Stauffacherstr. 119, 8004 Zürich; Pinkus, Limmatbuchhandlung, Froschaugasse 7, 8001 Zürich

Offener Brief an eine Lehrerin

Nur noch dahocken, zuhören und gehorchen?

«Stille sitze, lose, folge», in diesen vier Wörtern hat der Zürcher Arzt Peter Frei seine eigenen Volksschulerfahrungen und die seiner zwei Söhne zusammengefasst. Er hat die Original-Schönschreibübung seines Drittklassprösslings auf Plakatgrösse gebracht und lässt sie bis Ende Dezember in Zürich 100fach aushängen. Etwa 5000 Franken lässt sich Frei diese Aktion kosten, die mit einer «rechten Portion Wut und Phantasie» einen Beitrag «zum jahrelangen, eindeutig erfolglosen Kampf um eine menschlichere Schule» leisten soll. Ebenfalls veröffentlicht hat Peter Frei, ohne Namensangabe, den aufschlussreichen (bis heute unbeantworteten) Brief an die Urheberin der Schönschreibübung, die Lehrerin von Niklaus Frei.

«Mein Sohn Niklaus war bei Ihnen in der zweiten und dritten Klasse. Meine Frau und ich waren damals besorgt wegen der zunehmenden Angstzustände von Niklaus. Bei kleinsten Schwierigkeiten mit den Aufgaben war er sehr verzweifelt. Unsere Beschwichtigungsversuche waren fruchtlos, und er antwortete mit Sätzen, welche mit ‹Aber meine Lehrerin . . .› begannen.

Ich suchte Sie deshalb auf. Gleich nach der Begrüssung lobten Sie Niklaus, er sei intelligent und arbeitsam. Dann versuchte ich meine Besorgnis mitzuteilen, doch bereits nach wenigen Sätzen warfen Sie mir an den Kopf, dass ich meinen Sohn in eine andere Klasse versetzen lassen könne.

Mein zweiter Besuch bei Ihnen galt keiner Besprechung mehr, sondern einer Schönschreibaufgabe, welche Ihre Klasse am Abend zuvor geschrieben hatte. Es war eine Hausaufgaben und keine Strafaufgabe. Sie verlangten von mit erst eine Begründung, und als ich die Begründung brachte, war die Aufgabe im Papierkorb. Mein Sohn jedoch hat mir zuliebe in derselben Woche dieselbe Aufgabe auf dasselbe Papier wiederholt. In der Beilage erhalten Sie einen vergrösserten Ausschnitt davon.

Inzwischen machte ich Bekanntschaft mit weiteren Lehrern, die zu dieser Schönschreibübung fähig wären. Allesamt stramme und ehrbare Leute, die wohl nie ernsthaft mit Herrn Dr. Gilgen zu tun hatten oder haben werden.

‹Stille sitze, lose, folge›. Von nichts kommt nichts. Man kann nicht weitergeben, was man selber nicht hat, oder man kann nicht erlauben, was man sich selber nicht erlaubt. Wer seine eigenen Bedürfnisse aufgeben muss, wer sein eigenes Spiel nund Abenteuer vergisst, der kann in Tat und Wahrheit nur noch dahocken, zuhören und gehorchen. Darin dürfte wohl die Tragik Ihres eigenen Lebens liegen und die Tragik vieler und auch vieler Eltern, die dieser Überzeugung sind.

Diese Tragik berührt mich. Fast täglich sitze ich in meiner Praxis stillsitzenden, gehorsamen Menschen gegenüber, die langsam krank werden und die Lust an einem solchen Leben verlieren. So dachte ich immer wieder an Ihre Schönschreibaufgabe. Gut drei Jahre sind inzwischen vergangen, und meine Wut hat sich nicht gelegt, im Gegenteil.

Vielleicht beeindruckt Sie das Grossformat mehr als die ca. 20 von Kinderhänden geschriebenen Seiten, welche Sie damals korrigierten. Vielleicht auch haben Sie in den vergangenen drei Jahren etwas von den Kindern gelernt, was ich Ihnen von ganzem Herzen wünschen möchte.»

Es grüsst Sie freundlich

Peter Frei.

Arzt, Zürich

Bücher zur Entwicklungspolitik

Al Imfeld, Entwicklungspolitik. Eine annotierte Bibliografie. (Laetare-Verlag) Stein 1978. 7 Fr. (ab 25 Ex. 5 Fr./Ex., ab 100 Ex. 4 Fr./Ex.)

rk. Dieses Buch voller Buchtitel hat deshalb seinen Wert, weil es sich um den ausserordentlich breiten Themenbereich *Entwicklung und Entwicklungspolitik* handelt und weil damit das kaum mehr zu überblickende Bücherangebot zu diesem Thema geordnet wird: Teil 1 umfasst allgemeinere Bücher und Einführungen, Teil 2 klassiert die Literatur nach Stichwörtern, etwa: *Rassenfragen/ Rassismus. Einzelne Multis: Fallstudien* oder *Hunger – Überfluss,* um nur drei von über 30 zu nennen. Teil 3 ordnet nach Ländern.

Über 600 Titel sind so erfasst, und zwar nach drei verschiedenen Schwierigkeits- bzw. Anspruchsgraden gekennzeichnet. Darüber hinaus macht der Autor *Al Imfeld* in der Vorbemerkung seine Aufnahmekriterien der (ausschliesslich deutschsprachigen) Literatur transparent. Die zu jedem Buch angeführten Angaben enthalten nicht nur Titel, Verlag, Seitenzahl und Preis; der Autor gibt in wenigen Sätzen einige Hinweise und Hintergrundinformationen zum Buch.

Ende Jahr erscheint:

Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978
(Ergänzung zum Verzeichnis 1972–77)

Das ganze Verzeichnis 1972–78 kostet 8.50 Fr. plus 70 Rp. Porto, die Ergänzung 1978 allein 2.50 Fr. plus 70 Rp. Porto.

Bitte bestellen Sie sofort. Die Auslieferung erfolgt Anfang 1979.

Bezahlung in Briefmarken an «das konzept», Weinbergstr, 31, 8006 Zürich, oder auf Postcheck 80 - 37626, «das konzept», Zürich, mit Vermerk: Verzeichnis 72–78, oder: 78.

Parlamentarierbrief unter 20-Monate-Zensur – Hintergründe zu einem Kommissionsbericht

Dicke Post für Hindelbank

Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Hänni

Gefängnisse haben die Eigenschaft, gesellschaftliche Verhältnisse recht genau widerzuspiegeln. Deshalb hat sich die eidgenössische Kommission für Frauenfragen dazu entschlossen, die Frauenrealität am einzigen Frauengefängnis der Schweiz, den «Anstalten in Hindelbank», zu messen.* Den Anlass dazu bildete eine Petition der Gefangenen von Hindelbank aus dem Jahr 1977. Nicht im Kommissionsbericht stehen die Begleitumstände der Hindelbanker Bittschrift. Sie geben weniger ein Bild von den Bedingungen des Strafvollzuges als von der Haltung der damit betrauten Behörden. Und die ist mehr als bedenklich: Ein Brief von Berner Kantonsparlamentarierin ist auch anderthalb Jahre nach dessen Versendung immer noch nicht durch die Anstaltszensur gegangen, Strafvollzugskritiker wurden in den Terroristen-Sympathisantensumpf gestellt, und das von höchster Stelle immer wieder garantierte Petitionsrecht wurde missachtet.

Am 19. April 1977 verschickte die Berner SP-Grossrätin Ruth Hamm 63 einzeln adressierte Briefe. Auf den Briefumschlägen standen die Namen der 63 Frauen, die einen Monat zuvor im Frauengefängnis Hindelbank eine Petition an den damaligen Bundespräsidenten Kurt Furgler unterschrieben hatten. Enthalten war darin ein von 41 Berner Kantonsparlamentariern unterzeichneter und vervielfältigter Brief, mit dem die Grossräte die Frauen im Gefängnis in *«Ihren Forderungen für einen menschlicheren Strafvollzug weitgehend unterstützen»*, den Gefangenen *«einerseits Geduld»* wünschen, *«anderseits aber auch den Mut, weiterhin auf legale und demokratische Weise für die Verbesserung des Strafvollzuges zu kämpfen»*. Die Schreiben erreichten zwar per Post ihren Bestimmungsort, nicht aber die angeschriebenen Empfängerinnen. Die Briefe sind heute – fast 20 Monate später – immer noch nicht angekommen.

Amtsschimmel beisst sich in den Schwanz

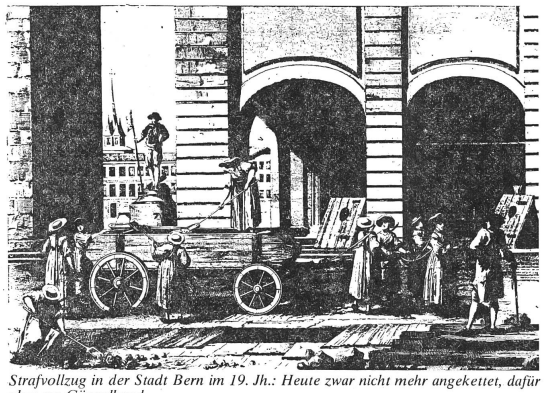
Die Direktion der Anstalten in Hindelbank, verantwortlich für die Briefzensur (!), sandte das Bündel an die vorgesetzte Polizeidirektion, verantwortlich für den bernischen Strafvollzug und damit auch für das einzige Frauengefängnis in der Schweiz. Beide Stellen weigerten sich, die Briefe an die 63 Frauen weiterzuleiten.

Seit Ende November dieses Jahres liegt jetzt auch ein Entscheid des Regierungsrates vor, welcher das Vorgehen des Polizeidirektors Robert Bauder (FDP) im wesentlichen schützt, wenn auch nicht ausdrücklich gutheisst: Die Kollegen in der bernischen Exekutive haben dem obersten Chef über den Strafvollzug in Sachen *Zensur von Kantonsparlamentariern* (vorab der SP, aber auch der Poch, CVP, FDP und des LdU) Absolution erteilt. Die Briefe sollen *«anhand der einschlägigen gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen über den Briefverkehr für Strafanstalten auf ihre Zustellbarkeit hin überprüft»* werden, heisst es im Protokoll des hohen Regierungsrates des Staates Bern vom 21. November 1978. Genau d a s hatte Anstaltsdirektor Fritz Meyer schon vor 20 Monaten getan: *Der obrigkeitliche Amtsschimmel kann nicht mehr wiehern, er hat sich in den Schwanz gebissen.*

Dickkopf reingewaschen

Für den Null-Entscheid hat die Berner Regierung fast auf den Tag genau ein Jahr und sechs eng beschriebene Protokollseiten gebraucht. Erst auf zwei Beschwerden hin bequemte sich der Regierungsrat überhaupt zu einer Stellungnahme. Dem Vernehmen nach fanden mehrere Sitzungen statt, bis ein Weg gefunden war, den Polizeidirektor von aller Schuld reinzuwaschen. Einen Nutzen daraus – die Briefe sind heute ziemlich wertlos – zieht nur Polizeidirektor Bauder: *Er hat seinen Kopf durchgesetzt.*

Bis dahin hat es einige juristische Rösselsprünge und manchen faulen Trick gebraucht. Von Anbeginn: Die am 15. März 1977 veröffentlichte Petition an Landesvater Furgler versetzte die Berner Polizei in Harnisch. Bereits am 21. März wurden sämtliche Gefangene – 63 von 64 hatten unterschrieben! – in Anwesenheit des Anstaltsdirektors einzeln zivilen Fahndungsbeamten der Kantonspolizei vorgeführt, die einen ganzen Fragenkatalog zur Petition vorbereitet hatten. Dabei fanden sie heraus, «dass nur 23 Insassinnen die Petition aus Überzeugung» unterzeichnet hatten. Das provozierte SP-Grossrätin Marie Boehlen zur



Strafvollzug in der Stadt Bern im 19. Jh.: Heute zwar nicht mehr angekettet, dafür aber am Gängelband

Schriftlichen Anfrage, ob «ein solches Vorgehen (nicht) bundesrechtswidrig und eines Rechtsstaates abträglich» sei.

Eine Hand wäscht die andere . . .

In einem Brief versicherten 41 Grossräte die Frauen ihres Mitgefühls: *«Die von der kantonalen Polizeidirektion angeordnete ‹Befragung› über die Beweggründe, die Sie zur Unterzeichnung der Petition veranlasst haben, können wir nicht akzeptieren. Wir sehen darin einen schweren Verstoss gegen ihre persönlichen Rechte.»* Zweimal wurden die Briefe von der Polizei unter Angabe durchsichtiger Gründe *(«. . . mit der höflichen Bitte, den Versand in direkt adressierten Einzelbriefen selber besorgen zu wollen»* – sie wollten an die Unterzeichnerliste!) zurückgesandt. Beim dritten Versand vom 19. April 1977 griffen die Behörden in die Trickkiste: Schon am Tag nach Eintreffen der Briefe schrieb Justizdirektor Ernst Jaberg (SVP) seinem «sehr geehrten Herrn Kollegen» Bauder wie bestellt ein Gutachten: Der Brief der 41 Grossräte stelle einen *«im Widerspruch zum Prinzip der Gewaltentrennung stehenden Akt dar, der angesichts der besonderen Umstände geeignet ist, den geordneten Gang des Straf- und Massnahmenvollzuges in den Anstalten in Hindelbank zu gefährden.»* Eine Hand wäscht die andere . . .

Verschleppung, Diffamierung

Die Briefe verschwanden in der Versenkung, die Absenderin wurde nicht informiert. Erst als sich einige Monate später eine Insassin mit der Nachricht meldete, die Briefe – die Presse hatte darüber berichtet – seien immer noch nicht angekommen, konnte Bauder zur Rechenschaft gezogen werden. Wieder lehnte er die Zustellung der Schreiben ab. Jetzt reichte Ruth Hamm Beschwerde ein. Die Obrigkeit liess sich ein Jahr Zeit (siehe oben).

Doch nicht genug: Als im Kantonsparlament Anfang 1977 Strafvollzugsfragen zur Debatte standen, zauberte Polizeidirektor Bauder im Rathaus unvermittelt eine Dokumentation hervor, die beweisen sollte, dass die Hindelbanker Petition von zwei deutschen «Anarchisten», die damals in der Strafanstalt Regensdorf inhaftiert waren, ausgebrütet worden sei. Ein NA-Grossrat sprach aus, was Bauder nur vornehm andeutete: *«Mit grosser Wahrscheinlichkeit»* sei *«ein Anarchist der Urheber der Petition»*, und es liessen sich *«Querverbindungen zwischen den oder dem Anarchisten und den 41 unterzeichneten Grossräten nicht ausschliessen»*. Gleichentags stellte ein Berner Staranwalt klar den nachweisbar wahren Sachverhalt dar: Die Petition war von einer seiner Mandantinnnen verfasst und in der *Anwaltspost hinausgeschickt* worden (der Rechtsanwalt erhielt dafür ein mehrmonatiges Korrespondenzverbot mit sämtlichen seiner Kunden in bernischen Strafanstalten!). Die bürgerliche Presse stürzte sich gierig auf die Terroristen-Fährte, worauf mehrere der grossrätlichen Briefe-Unterzeichner aus Angst vor Nichtwiederwahl bei Bauder zu Kreuze krochen.

Unterschriftensammlungen behindert

In auffallender Regelmässigkeit steht in den Verlautbarungen bernischer Polizeibehörden im Zusammenhang mit dem Petitionsrecht in Strafanstalten, man habe *«nie versucht, eine Unterschriftensammlung zu verhindern und Unterschriftenbogen zu vernichten»*. Diese stehende Formulierung schliesst nicht aus, dass eine Unterschriftensammlung *behindert* wird. Das wird denn auch scheinheilig praktiziert – z. B. in Hindelbank: Nach den Verhören zur ersten Petition startete dieselbe Gefangene, welche auch schon die erste Bittschrift in Umlauf gesetzt hatte (damals wurden in Abwesenheit der Gefangenen Zellen durchsucht, wie der *«Schwarzpeter»*, die Zeitung der *«Aktion Strafvollzug»* berichtete), eine zweite Petition mit einem Protest gegen die *«Unterhöhlung des Petitionsrechts»*. Sie legte den Text vorschriftsgemäss der Anstaltsleitung zur Genehmigung vor, worauf sie sogleich isoliert und schon wenige Tage darauf in die Frauenabteilung des Tessiner Gefängnisses La Stampa geschafft wurde. Und noch früher, 1976, als die «Aktion Strafvollzug» in den Gefängnissen für eine Gefangenen-Lohnpetition sammelte, erklärte der Berner Gefängnisinspektor Franz Moggi gegenüber der *«National-Zeitung»*: *«Petitionsrecht ja, aber nicht über die Astra.»* Die Beschlagnahme von Unterschriftenbogen war zugegeben worden.

Frauenfragen-Kommission: «Anarchistische Agitatoren»

Warum dies alles wieder in Erinnerung gerufen werden muss? Die eidgenössische Kommission für Frauenfragen (neun Frauen, neun Männer, Ständerätin Emilie Lieberherr als Präsidentin) unterstützt in ihrem Bericht über «Strafvollzug an Frauen in der Schweiz» die Forderungen der ersten Hindelbanker Petition *«mit diversen Modifikationen fast alle»*, wie es im Bericht heisst. Forderungen sind vom Berner Polizeidirektor in einer Stellungnahme der Berner Polizeibehörden am 28. Juli 1977 samt und sonders in kolossaler Selbstherrlichkeit abgewiesen worden. Ausserdem schrieb Bauder an Furgler im Blick auf die in Regensdorf *«anlässlich der Durchsuchung einer von einem bekannten Anarchisten bewohnten Zelle zutage geförderten»* Dokumente *«den Hintermännern»* der Hindelbanker Petition gehe es *«nicht primär um eine Verbesserung des Strafvollzugs»*, sondern *«um politische Agitation mit dem Mittel des Strafvollzugs»*. Eine helvetische Kommission voll anarchistischer Agitatoren?

Was beim Briefwechsel zum zensurierten grössrätlichen Schreiben so erschreckend ist: Hier springt der oberste Polizeibeamte des zweitgrössten Kantons der Schweiz mit einer Kantonsparlamentarierin – sie spricht im Namen eines Teils jener, die ausgerechnet die Regierung kontrollieren sollten – mit einer unvorstellbaren Arroganz um. Wie werden von den gleichen Amtsstellen erst Leute behandelt, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen und sich nicht zu wehren wissen?

Anstaltsdirektor Fritz Meyer bestätigte auf Anfrage, dass die *Briefe bisher nicht zugestellt* wurden. Zum Bericht der Frauenfragen-Kommission, der sich fast ausschliesslich mit Hindelbank beschäftigt, wollte Meyer keine Stellungnahme abgeben. Er habe *«Weisung, vorläufig nicht darauf einzugehen»*. Die gefangenen Frauen hätten im übrigen die Zeitungsberichte dazu lesen können, und selbst eine *«Blickpunkt»*-Sendung dazu hätten sie sich angesehen. Das war nicht immer so: Als im *«Tages-Anzeiger-Magazin»* über den Tod der Jordanierin Rasmieh Hussein in einer Hindelbanker Zelle berichtet wurde (TAM 6/77), war der Samstags-«Tagi» vorerst *ohne Magazin* ausgeliefert worden.

* «Strafvollzug an Frauen in der Schweiz», Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, November 1978

Zündstoff

fh. Die Eidgenössische Kommision für Frauenfragen dürfte der Berner Polizeidirektion mit ihrem 80-Seiten-Bericht – die Bestandesaufnahme wurde ohne Hilfe der Berner Behörden erstellt, was die erfreulich freimütige Stellungnahme erklärt – noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. So liefert die Kommission indirekt jenen immer wieder verketzerten Strafvollzugskritikern, die eine Absetzung des Hindelbank-Anstaltdirektors Fritz Meyer gefordert haben, Argumente: Die Leitung der Frauenanstalten sollte Frauen übertragen werden, meint die Kommission diplomatisch. Ausserdem werden die Forderungen der Petition nach kürzerer Arbeitszeit, Verzicht auf die Bunkerstrafe, Mitsprache,«offenen Zellen», Abschaffung des Strafsystems durch Entzug des Taschengeldes infolge «schlechten» Allgemeinverhaltens usw. unterstützt.

echo echo

Pressereaktionen auf den Rechtsextremisten-Artikel im November-«konzept»

Die Walliser Rechte ist verschnupft

Der Artikel «Rechtsextremisten tarnen sich im Mao-Look» von Frank Garbely im «konzept» 11/78 hat bei den betroffenen Kreisen im Wallis den Zorn der Ge-Rechten entzündet. Die französischsprachige Tageszeitung «Nouvelliste» geifert lang und fettgedruckt über die «Schreibtisch-Untersuchung eines Marxisten», ohne eine einzige Tatsache zu widerlegen. Falsch ist das Ganze offenbar allein darum, weil von einem linken Journalisten geschrieben. Und doppelt falsch und verachtungswürdig, weil es vom etwas kurzatmigen Konkurrenzblatt «Journal du Valais» als Serie nachgedruckt wurde. Über sachliche Fehler sind indessen bis jetzt – entgegen den Behauptungen im «Nouvelliste» – weder rechtliche noch andere Klagen eingegangen . . . Auch der Walliser Ex-CVP-Sekretär Roger Lovey beschränkt sich im CVP-Wochenblatt «Valais Demain» aufs Trotzen, «anstelle einer Antwort», wie es im Originaltitel heisst. Trotz der giftigen Polemik bleibt einem das Lachen im Halse stecken, wenn sich da Walliser Magistraten offen zum Faschismus bekennen – und es sich politisch offenbar auch leisten können.

Die Redaktion

Frontartikel im «Nouvelliste», 22. 11. 78

Wirbel um nichts

Jedermann kann sich seine Artikel-Themen nach eigenem Gutdünken aussuchen. Aber es gibt auch Regeln dafür, was sich schickt! Das wissen die Walliser wohl, wenn man sich auf ihre gesunde Haltung gegenüber diesen Veröffentlichungen *(in der zweiten französischen Walliser Tageszeitung «Journal du Valais», die Red.)* verlassen darf, die übrigens nur Wiederholungen von irreführenden, ja diffamierenden Ausserungen sind, über die das Urteil schon seit geraumer Zeit feststeht. Wirbel um nichts? Niemand zweifelt daran. Wie könnte dem auch anders sein, wenn man zum Beispiel weiss, dass dieser Text über die extreme Rechte nur die aufgewärmte Version eines Artikels von demselben Autor ist und im marxistisch-revolutionären Zürcher Studentenblatt «das konzept» erschien? (. . .)

Der Autor dieser Veröffentlichung, Frank Garbely, 30 Jahre alt, mit einer Walliserin, Frl. Stoffel, verheiratet, wohnt vorübergehend in Genf. Er stammt aus Reckingen und war während seiner Kollegiumszeit in Brig einer der Begründer der «Studentenregierung». Muss man hinzufügen, dass es sich dabei um eine linke Gruppe handelte? . . . und präzisieren, dass diese «Studentenregierung» als Vorläuferin des K. O. (Kritisches Oberwallis) gilt, einer Organisation, welche selbst der für seinen Non-Konformismus wohlbekannte Paul Schmidhalter auf der *äussersten Linken ansiedelt?* (. . .)

Wir werden uns nicht weiter über den Hintergrund dieser Pseudo-Untersuchung verbreiten, denn mehrere Strafanklagen wurden schon oder werden noch erhoben (aber nicht durch uns).

Aber verlangen Sie einmal von einem marxistisch-leninistischen Schreiberling, er solle seinen Beruf korrekt ausüben. Hat er einmal «Faschist» gesagt, so hat er alles gesagt. (. . .)

Frank Garbely antworten? (. . .) Wir ziehen es vor, in seinen Augen weiterhin als «Faschisten» zu gelten. Ist es nicht ein besonderer Leckerbissen für einen Feinschmecker, so behandelt zu werden von einem schreibenden Possenreisser, der den Wegbereiter für eine linke Organisation im Oberwallis *(eben das K. O., die Red.)* spielt?

Artikel nicht namentlich gezeichnet

Editorial in «Valais Demain», 24. 11. 78

Anstelle einer Antwort

Da hat sich also ein Herr – Mitglied des Kritischen Oberwallis (K. O.), soviel ich weiss *(F. Garbely ist nirgends Parteimitglied, auch nicht in der Gruppe K. O., die Red.)*, und scheint's Journalist – die Mühe genommen, über die europäische Rechte und ihre Verbindungen ins Wallis aufsehenerregende Dinge zu enthüllen.

Aufsehen erregte in Wirklichkeit nur, dass Personen verleumdet wurden. Verleumdung ist für mich, wenn einer behaupten darf, die genannten Personen pflegten irgendeine direkte oder indirekte Beziehung zu Organisationen und Leuten, die bereit sind, auf blinde Gewalt und Terrorismus zurückzugreifen, und in der sinnlosen Raserei ihrer perversen und pervertierten Ideologien nicht davor zurückschrecken, durch eine Bombe oder irgendein anderes gemeines Mittel den Tod zu sähen. Ja, Verleumdung ist es schon, wenn man diesen Personen auch nur die geringsten Sympathien für solche Organisationen und Menschen nachsagt.

Herr Journalist, Sie wissen, wes Geistes Kinder diese Mörder in ihrer erdrükkenden Mehrheit sind, über deren Bluttaten die Zeitungen schon seit allzuvielen Jahren allzu oft berichten; Sie wissen, zu welchen Gruppen oder Grüppchen sie sich zählen. Ich konnte bei ihnen nicht oft einen Bezug zur Rechten feststellen, und ihre Farbe ist das satte Rot des Blutes.

Aber ich halte den Terrorismus für hassenswert, ob er nun von rechts oder von links kommt, oder woher auch immer; und Sie halte ich für verachtungswürdig, dass Sie es gewagt haben, irgendeine nur in ihrer Phantasie bestehende Verbindung herzustellen zwischen diesen Scheusalen und den Personen, die Sie namentlich erwähnen.» (. . .)

Und Sie wollten mich zum Erröten bringen? Mein armer Junge, rot ist doch nicht meine Farbe!

Sie sollen hiermit wissen, dass Ihre wahnwitzigen Hirngespinste und sinnesverwirrten Unterstellungen meiner Seelenruhe nichts anhaben können.

Die «Eurorechte» macht Ihnen Kummer? Wenn es sie doch nur gäbe! Um ein Gegengewicht zu bilden zur Internationalen – Sie wissen schon, welche ich meine –, die Fortschritte macht, sich ausdehnt, sich strukturiert und Erfolge erzielt. So, dass die Lage nach menschlichem Ermessen recht bedrohlich aussieht. Wenn auch ein sich Aufbäumen noch möglich scheint und zu hoffen ist, dass sich das Blatt noch wendet. Wie in Portugal, das die Rote Bestie fest in ihren Klauen wähnte und das sich ihr nun entwindet, vorläufig wenigstens.

Aber es wird Zeit, mich zu verabschieden. Und mich zu dieser späten Stunde in ein Buch zu vertiefen, das den Titel SALAZAR trägt und dessen Autor Ploncard d'Assac (vgl. Artikel im «konzept» 11/78) heisst. Dieses Buch lese ich aus mindestens drei Gründen: erstens, weil es mir gefällt, zweitens, weil es Sie ärgert, wenn Sie es wissen; und der dritte (rein äusserliche) Grund: um diese Zeit halten sich die Kläffer still.

Roger Lovey, Staatsanwalt, Ex-CVP-Sekretär im Wallis

KANTON BERN AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES REGIERUNGSRATES

21. November 1978

3744 Hindelbank /Bern; Nichtzustellung von Briefsendungen an die Anstaltsinsassinnen, Beschwerde von Frau Ruth Hamm gegen die Polizeidirektion des Kantons Bern

A. 1. Im März 1977 unterzeichneten Insassinnen der Strafanstalten in Hindelbank eine Petition für Verbesserungen im Strafvollzug. Sie verliess auf einem nicht offiziellen Weg die Anstalten und wurde sm[illegible] Bundespräsi-

Aus diesen Gründen wird

e r k a n n t :

1. Der Polizeidirektor des Kantons Bern wird veranlassen, dass die Leitung der Anstalten in Hindelbank

- die Briefe, welche Frau Grossrätin Ruth Hamm am 19. 4.1977 mit direkt adressierten Einzelkuverts an die seinerzeitigen Anstaltsinsassinnen übergeben lassen wollte, anhand der einschlägigen gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen über den Briefverkehr für Strafanstalten auf ihre Zustellbarkeit hin überprüft;
- im Falle der Ablehnung der Zustellung der Briefe an die Anstaltsinsassinnen dies in einer begründeten Verfügung Frau Grossrätin Ruth Hamm förmlich eröffnet.

«Zustellbarkeit wird überprüft»